



HURFON
HUMAN RIGHTS FORUM NEPAL e.V.
unterstützt die Verwirklichung der Menschenrechte in Nepal

(supports the implementation of human rights in Nepal)

NEPAL-FORUM

Rundbrief des Human Rights Forum Nepal e.V.

Nr. 9

April 1993

Bezugspreis für Nichtmitglieder: 10,00 DM

Wieder Todesopfer infolge von Polizeischüssen



Die Polizei schoß im Sindhuli-Distrikt willkürlich auf demonstrierende Menschen vor dem Distriktverwaltungsgebäude und verletzte drei Personen. Die fünfzehnjährige Samjana Dahal, eine Schülerin der zehnten Klasse, starb auf dem Weg ins Krankenhaus. Sie wurde von einem Schuß in den Bauch getroffen, als sie etwa 300 Meter entfernt vorüberging.

HUMAN RIGHTS FORUM NEPAL e.V.

Funkegasse 15

W-5202 Hennef 1

GERMANY

Tel.: (0049)-02242/83657

Fax: (0049)-02242/85398

Vorstand (executive committee):

Karl-Heinz Krämer, Tel.02242/85657, Fax 45398

Hari Karti, Tel.0241/64443

Egon Bender, Tel.06343/7984

Ludwig Debusch, Tel.0203/763559, Fax -767488

Hildegard Möller-Karti, Tel.0241/64443

Konto-Nr. (bank acc.):

480019-431, Post giroamt

Essen, BLZ 36010043

als genehmigt anerkannt

durch Finanzamt Siegburg

Themen

Aktuelles		S. 3
Ausschreitungen	Hari Karki	S. 3
No Human Rights Commission...!	INSEC	S. 4
Torture in Nepal	INSEC	S. 5
Amnesty Details Police Torture Cases		S. 6
Kinderarbeit		S. 7
Das Ende eines Mythos	Ingrid Decker	S. 7
Kinderarbeit - ein notwendiger Bestandteil	Egon Bender	S. 8
The Issue of Child's Rights	Gauri Pradhan	S. 11
Frauen		S. 14
Frauenrechte - eine Fallstudie	Ratna Dhungei	S. 14
Keine Menschenrechte für Frauen in Nepal	Jamuna Shrestha	S. 15
Gift From God		S. 18
Ethnische Gruppen		S. 18
Nepal - ein multi-ethnischer Staat	Karl-Heinz Krämer	S. 19
Indigenous People of Nepal and Human Rights	Parshuram Tamang	S. 23
Auszüge aus einem Brief an HURFON	Gopal Gurung	S. 29
MR in einer multiethnischen Gesellschaft	Pasang Sherpa	S. 29
Politische Beteiligung der ethnisch. Gruppen	POLSAN	S. 35
"Magarant" State Demanded		S. 36
Children of the Deprived	Mathura Shrestha / Indira Shrestha	S. 37
Bhutanische Flüchtlinge		S. 44
Human Rights Violations	Amnesty International	S. 44
Die Kehrseite des "letzten Shangri La"	Ingrid Decker	S. 45
Kein ethnisches sondern ein politisches Problem	Ingrid Decker	S. 47
Nepal-Kontakte		S. 49
Bericht meiner Nepalreise	Hari Karki	S. 49
Kurzinformationen		S. 50
Aktuelles aus Nepal	Hari Karki / K.-H. Krämer	S. 50
Nepal-Indien		S. 54
Tanakpur	Hari Karki / K.-H. Krämer	S. 54
Öffentlichkeitsveranstaltung / Mitgliederversammlung		S. 58

Die Redaktion

Redaktion: Hildegard Möller-Karki
 Hari Karki
 Karl-Heinz Krämer

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe des Rundbriefes ist der 31. Juli 1993.
 Beiträge engagierter Mitglieder und Nicht-Mitglieder zum Thema "Menschenrechte in Nepal" und zur Vereinsarbeit sind erwünscht.

Mitarbeiter dieser Ausgabe

Egon Bender, Ingrid Decker, Ratna Dhungei, Gopal Gurung, Hari Karki, Karl-Heinz Krämer, Hildegard Möller-Karki, Pasang Sherpa, Lhakpa Sherpa-Krämer, Indira Shrestha, Jamuna Shrestha, Mathura Shrestha, Ludmilla Tüting

Aktuelles

Ausschreitungen

zusammengestellt von Hari Karki

Die Koalition der Oppositionsparteien, einschließlich CPN-UML, rief am 5. März 1993 die Bevölkerung zu einem Dharna, ein Sitzstreik, als Protest gegen die hohen Preise, die zunehmende Kongressisierung, die andauernde Regierungskontrolle der Massenmedien, gewaltvoller Polizeimethoden sowie den Ausverkauf der nepalesischen Wasserressourcen an Indien (Tanakpur-Frage) auf. Das Dharna wurde im Kathmandu vor dem Singhdurbar und außerhalb des Tales vor den Distriktverwaltungen organisiert.

Wie geplant, fingen die Menschen um 9.30 Uhr an, sich in Kathmandu vor dem Tor des Singhdurbar zu versammeln. Die Polizei war in Alarmbereitschaft. Als um 10.30 Uhr die Menschenmasse, einschließlich des Parlamentsoppositionsführers Man Mohan Adhikari und vieler anderer Parlamentsabgeordneter, an das Tor des Singhdurbar gingen, schoß die Polizei ohne Vorwarnung Tränngas ab und schlug mit Stöcken auf die Menschen ein. Nach Augenzeugenberichten zielte hierbei die Polizei besonders auf den Oppositionsführer Man Mohan Adhikari, NCP-UML, und den Generalsekretär der NCP-UML und Parlamentsabgeordneten Madan Bhandari. Auch auf verwundete, am Boden liegende Menschen, schlugen die Polizisten weiter brutal ein. Krishna Gopal Shrestha, ein Parlamentsabgeordneter der NCP-UML, wurde durch die Stockschläge der Polizisten derart verletzt, daß er über mehrere Stunden bewußtlos war und im Bir-Hospital eine Woche lang behandelt werden mußte. Ein anderer Demonstrant, H. B. Karki, wurde durch einen Schuß am Kopf getroffen und mußte zur Behandlung in die Intensivstation des Bir-Hospitals eingeleitet werden. Folgende Personen wurden durch diesen massiven und gewaltvollen Polizeinsatz gegen friedliche Demonstranten ernsthaft verletzt:

1. Krishna Gopal Shrestha, Parlamentsabgeordneter der NCP-UML
2. Keshav Badal, Parlamentsabgeordneter der NCP-UML
3. Bansidhar Mishra, Parlamentsabgeordneter der NCP-UML
4. Madhav Nepal, Oppositionsführer des Oberhauses
5. Man Mohan Adhikari, Oppositionsführer des Unterhauses, Parlamentsabgeordneter der NCP-UML
6. Madan Bhandari, Parlamentsabgeordneter der NCP-UML
7. Lilamani Pokhrel, Parlamentsabgeordneter der UPFN
8. Ramesh Phuyal, Vorsitzende Alpot VDC,

Kathmandu
 9. Dipak Rai
 Auch in Sindhuli, Chitwan, Pokhara, Svanja, Biratnagar und Ramechhap ging die Polizei gegen die Demonstranten mit Schlagstöcken, Tränngas und Schußwaffen vor. Im einzelnen gab es folgende Vorfälle.

Sindhuli: 150 Personen wurden verhaftet. Frau Samjana Dhahal wurde von einem Schuß getroffen und starb auf dem Weg zum Krankenhaus. Frau Goma Devkota, Führerin der NCP-UML, wurde von der Polizei zu Boden gedrückt.

Chitwan: Devi Gyanwali und Ram Prasad Shrestha wurden von der Polizei mit Schlagstöcken brutal geschlagen. Etwa 27 Personen wurden verhaftet.

Pokhara: Hunderte wurden von der Polizei zusammengeschlagen. Etwa 90 Menschen wurden verhaftet.

Syanja: Zahlreiche Personen wurden verhaftet. Biratnagar: Guru Baral, Mitglied des Zentralkomitees der NCP-UML und 24 andere Personen wurden verhaftet.

Ramechhap: 20 Personen wurden verhaftet. Dhanusha: Etwa 384 Personen wurden verhaftet.

Dang: 15 Personen wurden verhaftet. Surkhet: 12 Personen wurden verhaftet. (INSEC, Informal Sector Service Centre)

In Sindhuli setzte die Polizei willkürlich und unkontrolliert Schußwaffen ein. Samihana Dahal war 300 Meter vom Distriktverwaltungsgebäude entfernt. Sie wurde von einem Schuß getroffen. Vater von Samihana Dahal sagte: "Sie forderten mich auf, die Leiche zu übernehmen und ein Papier zu unterzeichnen. Ich habe sie gebeten, die Version des Papiers so zu korrigieren, daß Samihana durch den Schuß starb, nicht durch ihr Schicksal. Sie zwangen mich, die Leiche so schnell wie möglich einzusichern." Er sagte weiter: "Ich habe die Einäscherung entscheidend Kultur und Riten geplant, aber die Polizei erlaubte dies nicht und sie hielt uns zwangsweise 12 Stunden fest."

Nach Befragungen vor Ort in Sindhuli durch die Untersuchungskommission, bestehend aus vier Menschenrechtsorganisationen, INSEC, FOPHUR, INHURED und CIVICT, sagte der Augenzeuge Puspa Shrestha, ein Mitglied des Distriktkomitees des Nepali Congress: "Die Aktion, die die Administration vornahm, war nicht notwendig gewesen. Die Situation war nicht so schlimm

oder außer Kontrolle." Ähnliche Äußerungen machten auch andere Augenzeugen und Betroffene.

Der Innenminister Deupa nahm Stellung zu den Vorfällen in Sindhuli: Die Demonstranten versammelten sich vor der Distriktverwaltung. Sie attackierten die Polizei mit Backsteinen. Dadurch wurde ein Polizeiwagen demoliert und der 'Police Inspector' Narayan Bahadur Thapa wurde verletzt. Daraufhin setzte die Polizei Tränengas ein und schob zwei Platzpatronen ab. Als dies ineffektiv blieb, deklarierte die Distriktverwaltung dieses Gebiet als Störungsgebiet. Trotzdem sind auch weiterhin Menschen mit Waffengegenständen gekommen und sammelten Backsteine, mit denen sie die Polizei bewarfen. Acht Polizisten wurden verletzt. Dann war die Polizei gezwungen von den Schußwaffen Gebrauch zu machen. Infolgedessen wurden zwei Personen verletzt. Eine von ihnen war Samjhana Dahal, die später im Janakpur-Krankenhaus starb. (Gorkhapatra, 06.03.1993)

Die Stellungnahme des Innenministers Sher Bahadur Deupa zu den Vorfällen in Kathmandu war wie folgt: "Die Polizei setzte Tränengas und leichte Gummiknüppel ein, um die Demonstranten zu zerstreuen, die öffentliche Wege blockierten, und den Weg vor dem Zentralsekretariat freizuhalten." Er sagte ferner, daß die Regierung dies entschieden habe und die Protestorganisationen über diese Entscheidung der Regierung informiert wurden. Er sagte: "Darum war es meine Pflicht, den Weg für freizuhalten. Ich trage diesbezüglich die Verantwortung." (Gorkhapatra, 06.03.1993). In Bezug auf den Parlamentsabgeordneten, Krishna Gopal Shrestha (NCP-UJML) erklärte der Innenminister, daß dieser nicht durch eine Mißhandlung der Polizei bewußtlos wurde, sondern aufgrund seiner eigenen schlechten Gesundheitskondition.

* * * * *

NO HUMAN RIGHTS COMMISSION... ?

National Council at its meeting on March 5, 1993 rejected the motion tabled by MP Subash Nemwang of the CPN (UML) for the formation of a high level, all party national commission comprising of persons concerned for protection and promotion of human rights.

In the voting, chairman Beni Bahadur Karki announced that 16 votes had been cast in favour and 27 votes against the motion tabled by MP Nemwang.

In reply to the motion, Home Minister Sher Bahadur Deupa stressed the need for all the political parties to provide appropriate training to party workers for democratization of the society.

He expressed the view that democracy cannot be made dignified by carrying out practical exercises for this purpose.

In einer gemeinsamen Presseerklärung vom 8. März 1993 verurteilte die linke Allianz die Aktion der Regierung zur Unterdrückung des Dharna vom 5. März 1993 und forderte, die Verwundeten medizinisch zu versorgen, Samjhana Dahal als 'nationale Martyrerin' zu erklären, eine Entschädigung für die betroffene Familie zu zahlen sowie die sofortige Freilassung aller Inhaftierten. (Gorkhapatra, 09.03.1993).

Im Parlament forderte Oppositionsführer Man Mohan Adhikari die Bildung einer Justiz-Kommission zur Untersuchung der Todesfälle, die an verschiedenen Orten des Landes seit Regierungsantritt des Nepali-Congress vorgekommen sind. Er beklagte, daß die Regierung die linken Parteien für alle ihre Fehler beschuldige.

Am 9. März 1993 attackierten die UML und andere Oppositionelle die Regierung im Parlament für ihre "repressive" Politik gegenüber den friedlichen Protestprogrammen. (Rising Nepal, 10.03.1993).

Am 11. März 1993 berichtete G. M. Poudel (NCP-UJF) in der Nationalversammlung, daß er mit einem Parlamentsabgeordneten, Madan Dhunge, den Vorfallort in Sindhuli besucht habe. Ihre Untersuchungen hätten gezeigt, daß die Schießerei ungerechtfertigt war und die Regierung keine medizinische Versorgung für die Verletzten zur Verfügung stellt habe. Er verurteilte auch den örtlichen 'Chief District Officer', der den bei diesem Vorfall inhaftierten Personen keine Besucher erlaubte. (Rising Nepal, 12.03.1993)

Der Parlamentsabgeordnete K. B. Sharma Oli (NCP-UJML) behauptete, daß die Regierung einen exzessiven Gebrauch der Gewalt zur Unterdrückung der Demonstration angewandt und damit die fundamentalen Rechte der Bürger verletzt verletz habe. Er forderte eine juristische Untersuchung bezüglich dieser Vorfälle. (Gorkhapatra, 10.03.1993)

The Home Minister said that it was not necessary to form any commission as human rights organizations are active in the country. He further added: "There should be limitation on human rights". He also stated that there was a Section on Human Rights under the Home Ministry and a Committee in the Parliament which are active.

How funny !

The representatives of human rights organizations and prominent human rights activists in Nepal argue the need of human rights commission. They opine that the day the National Council rejected the proposal for a Human Rights Commission, should be regarded as a "black day" in the history of human rights movement in Nepal. It is an irony of democracy. The statement of the elected Home Minister in a democratic country like Nepal should be condemned. This kind of government response has revealed its real face and shown its lack of commitment towards promoting and protecting human rights. Everyone can see the human rights situation in Nepal.

In this context, inaugurating a meeting of human rights activists with regard to World Conference on Human Rights organized by INHURED, the Speaker of the House Mr Daman Dhungana expressed, "We need a Human Rights Commission", adding "A motion was tabled at the National Council, but it was rejected from the side of the ruling party. However, I am convinced that we need such a commission represented by various political parties and human rights organization".

Informal Sector Service Centre (INSEC)

P.O.Box: 2726

Kathmandu, Nepal

Tel: 270770

TORTURE IN NEPAL

In February 1993, Amnesty International has published a report about Nepal entitled "Nepal: Recent reports of torture by police" (under AI Index ASA/31/02/93). The extract of the report is given below:

Between October and December 1992, at least 18 people were reportedly tortured during interrogation in police custody. In the first incident, in Sindhuli district at the end of October, six supporters of the main opposition party, who had been arrested for questioning about two murders, were tortured by police after denying any involvement in the murder. The second incident took place in Gorkha district in November: six people arrested for questioning about theft were severely tortured in police custody, and one victim later died. It has not been established whether or not the death occurred as a result of injuries caused during torture. Later in November, in Pokhara, several people were arrested and reportedly beaten by police during or after arrest; and in December a 24-year-old woman was reportedly tortured and raped in police custody in Kathmandu.

Death in Custody

Of course, tortures in police custody are increasing. However, most of the cases go untold and remain hidden. But some of them come to the notice of public.

Recently, on March 10, 1993 in Hetauda of Makawanpur district, police arrested an innocent person at police post and beat him to death. According to the Makawanpur district office, two police personnel have been taken into custody on the charge of detaining and beating him to death. However, further action against those police personnel is unknown yet.

The policemen — Bal Bahadur KC and Ganesh Bahadur KC — had taken a 45-year old man, Majim Biswakarma, a resident of Handikhola VDC-5 of Makawanpur district, to Newarpani Dhikar police post at Basani VDC without any reason and beat him on March 10. The victim died while being taken to Hetauda hospital on the same evening.

* * * * *

Police Brutality

Even in the present time while Nepal is exercising democracy, police brutalities are continuing like in Panchayat regime and remain unchecked. Police are using more brutal practice of torture. Recently, on March 4, 1993, Mr. Ramchandra in Biratnagar was tortured brutally in police custody by a policeman Mr. Baidhnath Yadav. The victim was kept up-side-down. A stick was inserted into his anus. He is now undergoing treatment. The incident took place in Betauna village of Morang District, Area No. 3.

On the basis of verbal complaints, four persons, namely, Khemang Limbu, Karma Bahadur, Til Bahadur and Ramchandra were arrested. They were accused of thieving fire-wood and chicken. All of them were tortured severely.

Amnesty Details Police Torture Cases

By M.R. Josse

Amnesty International has followed up its allegations of torture in this country summarised in its newsletter last month with a fuller account, dated February 1993, entitled *Nepal: recent reports of torture by police*.

The Amnesty report states that the outset that "between October and December 1992 at least 18 people were reportedly tortured in police custody" in Nepal.

However, the international human rights organization, then goes on to acknowledge that there were several positive changes in the human rights situation during 1990-91, "with a lifting of a thirty-year ban on political activity, the introduction of a new Constitution providing substantial human rights protection (including the prohibition of torture and provision against self-incrimination), and Nepal's accession to several international human rights instruments, including the Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment."

It also recalls that the Koirala government, "which came to office in May 1991 after the first democratic elections in over 30 years," had repeatedly declared its commitment to human rights protection as well as the Nepal Congress' election manifesto which included human rights protection.

However, the Amnesty report then grimly recounts: "Despite these positive changes, it appears that tor-



Street drama depicting the confrontation between a demonstrator and the police. Photo: Bikas Ramnar

ture in police custody is still being used, as was the case under previous governments, both as a means to obtain information or 'confessions' by force and possibly, on occasion, to punish political prisoners. During the last twelve months, dozens of opposition supporters have been arrested on criminal charges and subsequently tortured, usually in regions where the opposition has strong local support.

Even more seriously — especially in the context of the recent police action against Left demonstrators in Kathmandu and elsewhere leading to the tragic death of a 15-year old, innocent school girl in Sindhuhi — Amnesty caps the Koirala government squarely on

Kinderarbeit

Ingrid Decker

Das Ende eines Mythos

Ergebnisse einer Untersuchung über Kinderarbeit in Nepals Teppichfabriken

Kanchi Maya behauptet 15 zu sein, ist aber mit Sicherheit nicht älter als 10. Seit sie vor zwei Jahren zusammen mit ihrer Schwester nach Kathmandu kam, arbeitet sie als Teppichknüpferin. Flink schlägt sie die Wolle um Ketten und Eisenstab, von morgens 7 bis abends 10 Uhr. Um einen Quadratmeter Teppich zu weben, braucht sie 6 Tage, der versprochene Lohn dafür sind 400 Rupien (ca. 14 DM), die sie aber niemals ausgezahlt bekommt, da dieses Geld angeblich gerade für ihre Unterkunft und Verpflegung reicht.

Eine Untersuchung der Nichtregierungsorganisation CWIN (Childworkers in Nepal) über Kinderarbeit in den Teppichfabriken hat nun endgültig den Mythos zerstört, daß der Kauf eines tibetischen Teppichs die tibetischen Flüchtlinge im Lande unterstützen hilft.

2.000 Teppichfabriken gibt es in Nepal, die meisten haben sich im Kathmandu etabliert. 300.000 ArbeiterInnen werden beschäftigt, die Hälfte von ihnen ist unter 14 Jahre alt.

CWIN-Forscherer Bijaya Sainju und sein Team interviewten 3.320 Kinder in 365 Teppichfabriken, außerdem 85 Manager, Besitzer sowie 70 Mittelmänner.

Das Ergebnis ist "hearttouching", meint Vijay Sainju. "Die physische und soziale Ausbeutung dieser Kinder (aber auch der Erwachsenen) ist zu einem der größten Probleme hier geworden."

Die Arbeitszeit liegt bei durchschnittlich 15 Stunden täglich. Da der Lohn nach Quadratmetern bezahlt wird, sind die Fabrikmanager so frei, zu behaupten, daß die KnüpferInnen selbst so lange arbeiten wollen. Resultat ist u. a. der schlechte Gesundheitszustand der ArbeiterInnen. Sie klagen über Kopf- und Rückenschmerzen, haben Fieber und es gibt Fälle von TBC. Medizinische Vor- und Fürsorge existiert nicht.

90% sind Analphabeten und (auch) nicht in der Lage zu errechnen, was ihnen an Monatslohn zustünde.

Die meisten (80%) kommen aus den Dörfern außerhalb des Kathmanduales.

Der Weg in die Metropole

Die für unsere Augen oft pittoresken Dörfer im Himalaya sind attraktiv für den Trekkingtouristen, für den nepalischen Farmer aber eine stete Herausforderung, den Lebenskampf nicht zu verlieren. Hierzu kommt seine "Rückständigkeit", wobei das Gefühl, rückständig zu sein,

schwerer wiegt als die Tatsache selbst. Informationen über die Außenwelt erreichen die Menschen dort nur durch das Radio oder durch Vorwandernde.

Das erste Traumziel, vor allem auch für Kinder, ist die Hauptstadt Kathmandu. Vernachlässigt oder von Bürgen überhäuft, verlassen sie die Familie und beginnen ihre Odyssee auf der Suche nach "Freiheit und Abenteuer". Was sie erwartet ist die Brutalität der Straße in der die Position in einer Gang und vor allem Geld lebenswichtig sind. Als Fluchpunkt suchen sich viele dieser Kinder vermeidlichen Schutz und Lohn in den Teppichfabriken.

Häufig sind es auch die Eltern, die ihre Kinder in die Fabriken bringen, die hoffen, daß diese so zum kläglichen Einkommen der Familie etwas beitragen.

50% aller Kinder werden jedoch durch Mittelsmänner aus den Dörfern in die Stadt gebracht. Sie versprechen, ein faszinierendes Großstadtleben und genug Rupien, sich das alles auch leisten zu können. So haben sie leichtes Spiel und in Gruppen von 5 bis 25 Kindern und Erwachsenen kehren sie zurück. Hierzu kommt, daß der Mittelsmann auch häufig Kleinkredite an die zurückgebliebenen Verwandten vergibt und verspricht, daß die Kinder mit dem Lohn in der Teppichfabrik leicht die Summe wieder begleichen und in ihr Dorf zurückkehren werden.

Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Der Mittelsmann hat die Aufgabe, in regelmäßigen Abständen die Löhne an die ArbeiterInnen zu verteilen. Dabei wandert erstmal die Hälfte in die eigene Tasche, vom Rest verteilt er nur die kleinsten Scheine, da angeblich der Verdienst nicht mal für Unterkunft und Essen reicht.

Wer Geld hat, bekommt hier alles, das begreifen auch die Kinder sehr schnell. Um überhaupt über die Runden zu kommen, nehmen viele nun wiederum Kredite auf, mit Zinsen so hoch, daß die Schuldsomme nur ständig steigen kann. Vijay Sainju hat nachgerechnet, daß 2 Millionen Rupien als Kredite an diese Minderjährigen Fabrikarbeiter vergeben wurden.

Der Weg nach Indien

Das traurigste Kapitel ist allerdings das der Mädchen und Frauen in den Teppichfabriken. Die Hälfte der Befragten berichtete von sexuellen Belästigungen. (Anderer) Arbeiter und auch die Fabrikbesitzer zwingen die KnüpferInnen, mit

innen die Nacht zu verbringen. Bei einer ärztlichen Untersuchung, (von CWIN unterstützt) in einer Teppichfabrik in Patan waren 17 Mädchen unter 16 Jahren schwanger, ohne daß sie es wußten. Ist ihr Umstand offensichtlich, werden sie vom Arbeitsplatz entfernt. Ohne Einkommen sind sie dann leichte Beute für Zuhälter. Von den 200.000 nepalesischen Mädchen in indischen Bordellen sind 20% unter 16 Jahre alt und man nimmt an, daß sie zuvor in einer Teppichfabrik im Kathmandulal gearbeitet haben. 25.000 junge Nepalinnen arbeiten bereits in indischen Teppichfabriken in Benares unter menschenunwürdigen Bedingungen. Sie müssen am Arbeitsplatz schlafen und haben Sprechverbot, wie ein Nepali CWIN berichtete, der dort einige Wochen gearbeitet hat.

Business as usual

Mittelsmänner und Fabrikbesitzer nach diesen Zuständen gefragt, legten größte Unschuld an den Tag. "Ja, wir wissen davon. Aber bei uns gibt es das nicht." war eine häufige Antwort. Auf die Frage, warum er in seiner Fabrik Kinder beschäftigt, entgegnete mir ein Besitzer: "Die sind mit ihren Eltern hier, ich kann sie doch nicht wegschicken."

Die CWIN-Interviewer hatten oft Schwierigkeiten, überhaupt in die Betriebe eingelassen zu werden. Übersetzungsarbeit mußte geleistet

* * * * *

Egon Bender

Kinderarbeit- ein notwendiger Bestandteil des nepalesischen Wirtschaftssystems?

Kinderarbeit wird in Nepal sehr häufig damit begründet, daß sie angesichts der schlechten wirtschaftlichen Situation Nepals notwendig - ja überlebensnotwendig - sei. Diese Argumentation erscheint auf den ersten Blick plausibel, jedoch ist sie auf nationaler, volkswirtschaftlicher Ebene unsinnig. Der Produktionsfaktor Arbeit ist wie in allen Ländern der sogenannten Dritten Welt, im Überschuß vorhanden. Anders formuliert: es gibt sehr, sehr viele arbeitslose bzw. unterbeschäftigte Menschen in Nepal. Warum soll diese Arbeitslosigkeit durch Kinderarbeit noch vergrößert werden?

Im Vordergrund wird nachfolgend die Frage stehen: "Warum ist Kinderarbeit, obgleich sie volkswirtschaftlich unnötig ist, so weit verbreitet?" Diese Frage kann jedoch nicht eindeutig, umfassend und mit wissenschaftlicher Präzision beantwortet werden. Vielmehr sind die nachfolgenden Betrachtungen exemplarisch oder besser gesagt symptomatisch. Sie zeigen, welche absurden Ergebnisse entstehen, wenn ökonomisch Kräfte ohne die notwendige Kontrolle durch Gesellschaft und Staat aufeinander einwirken.

werden. "Wir sind nicht gegen Euch und auch nicht gegen Kinderarbeit, sondern nur gegen den Grad der Ausbeutung." argumentierten sie an den Fabriken. In 16 Fabriken wurden sie nicht eingelassen, andere aber zeigten sich einsichtig und manchmal auch kooperativ.

Inzwischen wurde im Parlament ein Gesetz über Kinderarbeit verabschiedet. Darin ist festgelegt, daß Kinder unter 14 Jahren nicht eingestellt werden dürfen und die Arbeitszeit bis 16 Jahren nur 6 Stunden täglich betragen darf. Die Durchsetzung dieser neuen Bestimmung geschieht aber mehr als halbherzig.

Als das Ergebnis der Untersuchung publik wurde, besuchten zwei Beamte des Arbeitsministeriums das CWIN-Office. Es wurde eine Verabredung getroffen, zusammen in die Fabriken zu gehen, da durch das Gesetz eine ganz andere Grundlage der Argumentation geschaffen wurde, doch kam später die Absage vom Arbeitsministerium.

Mittlerweile ist es "common sense" in Kathmandu, daß die Situation in den Teppichfabriken eine eklatante Menschenrechtsverletzung darstellt. CWIN will sobald wie möglich einen Workshop organisieren, um die Ergebnisse der Untersuchung mit Industriellen, Regierungsbeamten, Gewerkschaftern, NGO's und Menschenrechtsorganisationen zu diskutieren. Vor erst aber heißt es weiter: Business as usual.

die Mitarbeit der Kinder ist etwas Normales und das Nutzen von Chancen zur Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Situation ist weltweit üblich (wir Westler sind z. B. Weltmeister in dieser Disziplin). Der Aufbau eines dörflichen Arbeitsmarktes, der aufgrund des Bevölkerungswachstums additiv zu den Subsistenzkulturen zwingend notwendig ist, wird durch die Kinderarbeit behindert.

Landlose bzw. die Kleinbauern, die zu wenig bzw. zu schlechtes Land besitzen, haben aufgrund der extrem niedrigen Löhne keine Chance, durch zusätzliche Lohnarbeit den Lebensunterhalt ihrer Familien sicherzustellen. Infolge müssen die Familienväter der ärmsten Familien in der Ferne nach Arbeit suchen.

Kinderarbeit in Abhängigkeitsverhältnissen

Wenn die Väter der ärmsten Familien das Haus verlassen, bleiben die Frauen mit ihren Kindern zu Hause und müssen die Arbeit alleine verrichten. Werden die finanziellen Zuwendungen der Familienoberhäupter jedoch unregelmäßig oder fallen fallen etwa völlig aus, so ist die Frau gezwungen, mit ihren Kindern eine zusätzliche Einkommensmöglichkeit zu suchen. Die Frauen arbeiten mit ihren Kindern für einen Hungerlohn, im wahrsten Sinne des Wortes, denn satt werden sie trotzdem nicht immer.

Eine andere Form der Kinderarbeit entsteht, denn Arbeitgeber der Kinder ist jetzt nicht mehr die eigene Familie, sondern eine fremde Person bzw. ein weitläufiger Verwandter. Arbeitsrhythmus, Arbeitsergebnisse und Arbeitsbedingungen werden nun nicht mehr von den Eltern bzw. der Mutter bestimmt. Kommerzielles Denken faßt Fuß und Leittragende sind die, die wirtschaftlich abhängig sind und sich weder gesellschaftlich noch juristisch und letztendlich auch nicht physisch wehren können: die Frauen und ihren mitarbeitenden Kinder. Gravierende Einschränkungen der kindgerechten Entwicklung werden unter diesen Bedingungen immer häufiger.

Kinder als Arbeitnehmer

Unter den zuvor beschriebenen Bedingungen ist es nicht überraschend, daß Kinder sich selbstständig. Wer keine Chance hat, kann auch keine verlieren, und so suchen Kinder im Alter von 8 oder 10 Jahren ihr eigenes Glück - sprich ihren eigenen Arbeitsplatz. Hierbei verlieren die Kinder jedoch ihre soziale Bindung. Nicht nur der Verlust von Wertvorstellungen und gesellschaftlichen Normen, sondern auch Verrohung und Aggressivität sind häufige Folgen. Eine neue, inhumanere Form der Kinderarbeit entsteht.

Fatal sind auch hier wiederum die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, denn wenn jemand Arbeitskräfte braucht, wird er die schlechtbezahlten und gefügigen Kinder einer erwachsenen Arbeitskraft mit eigenem Willen und einem wenn auch geringen Einfluß in der Öffentlichkeit vorziehen. Der Teufelskreis beginnt sich zu schließen, denn immer mehr Männer finden keine Arbeit und müssen ihre Familien verlassen.

Kinderarbeit in der Stadt

Bisher haben wir die Abläufe in den ländlichen Regionen betrachtet, jedoch der Teufelskreis breitet sich aus. Die vielen arbeitsuchenden Männer strömen in die Städte, bevorzugt Kathmandu, aber auch in indische Städte. Dort senkt der harte Konkurrenzkampf die Löhne bis auf ein Niveau, das sich nur noch durch Kinderarbeit überbieten läßt. "Kein Problem" denken sich einige Schlepper, fahren aufs Land und sammeln die vielen arbeitsuchenden Kinder auf. Den Eltern - bzw. meistens ist nur noch die Mutter anwesend - werden Zukunftschancen für die Kinder versprochen oder Geld angeboten, mit dem man die erdrückende Last der Schulden verringern kann.

Durch das Anschleppen von Kindern verfallen die Löhne für die meisten Arbeiten auf ein Niveau, für das kein erwachsener Mann arbeiten würde die Erwachsenen es tun, so würde das Lohngefüge gänzlich zusammenbrechen. Steigende Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung für die Erwachsenen ist die Folge.

Kinderarbeit für Exportgüter

Wer die harten (und selten fairen) Bedingungen des internationalen Handels kennt, weiß, daß die Preise für Produkte der Länder der sogenannten Dritten Welt häufig rasant fallen, aber praktisch nie steigen. Das Weltwirtschaftssystem ist so gestaltet (man könnte auch sagen wird so manipuliert), daß sich die wirtschaftlich schwächsten Teilnehmer die härtesten Konkurrenzkämpfe leisten. Hierdurch erhalten sie keine Chance, ihre Produkte zu einem angemessenen Preis abzusetzen. Eine wesentliche Rolle spielt hierbei die Kinderarbeit, denn sie drückt das Lohnniveau enorm nach unten. Das durch Kinderarbeit geprägte Lohnniveau ist für die wirtschaftsschwachen Nationen quasi Voraussetzung für die Teilnahme an gewissen Segmenten des Welthandels. Ein sehr hoher Anteil an Kinderarbeit in den arbeitsintensiven Industrien - wie z. B. in den Teppichmanufakturen - ist die Folge.

Kinder als "Verschleißteil"

Durch den harten Konkurrenzkampf verschlechtert sich nicht nur das Lohngefüge (hier ist ja kaum noch etwas zu sparen), sondern die Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Kinder werden ständig schlechter. Die nächste und brutalste Form von Kinderarbeit breitet sich aus: die Kinder werden nur noch für einen gewissen Zeitraum beschäftigt und anschließend wie verschlissene Ersatzteile durch neue von Schleppern feilgebotenen Kindern ausgetauscht.

Sinnlosigkeit der Kinderarbeit am Beispiel der Teppichindustrie

Markantes Beispiel für menschenwürdige Kinderarbeit ist die Teppichindustrie und es erscheint notwendig, diese nachfolgend etwas detaillierter zu betrachten.

Durch die Kinderarbeit in Nepal können die tibeto-nepalesischen Teppiche trotz des hohen Arbeitsaufwandes für niedrigste Preise in den

deutsch Warenhäusern angeboten werden. Die Kunden wollen dieses natürlich nicht wahr haben und berühen ihr schlechtes Gewissen - so fern vorhanden - mit dem Statement: "Die Nutznießer der Kinderarbeit sind doch gewinnbringender Zwischenhändler!". Diese Aussage ist nicht völlig falsch aber auch nicht korrekt, denn marktwirtschaftliche Mechanismen zwingen die Händler, den dominanten Teil der durch Kinderarbeit entstehenden kommerziellen Vorteile an die Entverbraucher weiterzugeben. Wer das nicht glauben will, der möge doch bitte mal überschlägig errechnen, was ein Teppich "Made in Germany" bei unserem Lohnniveau kosten würde.

Viele werden die Scheite auf die nepalische Teppichindustrie nicht bedenken akzeptieren, denn schließlich gilt die Teppichindustrie neben dem Tourismus doch als ein devisenbringendes Flagggeschiff der nepalischen Volkswirtschaft. Angemerkt sei jedoch, daß es einem Menschen mit Sozialverantwortung schwerfallen sollte, Bewunderung für eine Wirtschaftsbranche aufzubringen, der es nicht gelingt, menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen für die zu bieten, die in dieser Branche hart arbeiten müssen.

Nutzen wird die Teppichindustrie auch den meisten Unternehmern in Nepal nicht bringen, denn in der Regel werden große Teile der Erträge reinvestiert; wer jedoch das trndabhängige Konsumverhalten in Absatzländern wie Deutschland kennt, muß befürchten, daß der Absatzmarkt in nicht zu fern Zukunft wie eine Seifenblase zerplatzen wird. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen - so ist zu befürchten - werden nicht überschaubar sein. Doch warum soll man sich jetzt Gedanken darum machen, denn die Teppichindustrie boomt und boomt und boomt.

Verlassen wir nun die wirtschaftliche, soziale und finanzielle Betrachtungsperspektive, so bleibt festzustellen, daß aufgrund des starken kommerziellen Drucks nicht nur die Qualität der Teppiche sinkt, sondern insbesondere ist ebenso festzustellen, daß das Qualitätsmerkmal "handgeknüpft" zur Farce wird. "handgeknüpft" kann doch nur als ein ideelles Qualitätsmerkmal gewertet werden, wenn sich dahinter ein handwerkliches, ja künstlerisches und mit Kreativität gestaltetes Produkt verbirgt. Bei den in Manu-

aktoren durch Kinderarbeit gefertigten Teppichen kann doch hiervon keine Rede sein. Hier werden die Maschinen doch nur durch Kinder ersetzt (und die Kinder oft auch so behandelt).

Alle müssen handeln

Sinnlos erscheint es, Schuldige zu suchen, ihnen massive Vorwürfe zu machen, und anschließend mit einem beruhigten Gewissen und viel Interesse zuzuschauen, wie sich die Situation leider trotzdem kontinuierlich verschlechtert. Vielmehr ist es notwendig, das erforderliche verantwortungsvolle Handeln von aller dirkt oder indirekt Beteiligten ganzheitlich und mit Sachlichkeit zu fordern.

In Nepal ist ein aktives Engagement zur Beseitigung von Kinderarbeit erforderlich:

- vom Gesellschafts- und Wirtschaftssystem,
- von den vielen aufkeimenden NGOs,
- von den Menschenrechtsorganisationen,
- von der Regierung und ihrer Administration.

Aber auch z. B. bei uns in Europa - und speziell in Deutschland - ist ein verantwortungsvolles Handeln erforderlich:

- von den Regierungen,
- von unserer Wirtschaft,
- von den Konsumenten,
- von Hilfsorganisationen,
- von Menschenrechtsorganisationen.

Bewußt sein sollte man sich, daß niemand die erforderliche Kompetenz hat - und vielleicht auch besser nicht haben sollte - eine eindeutige Aufgabenteilung vorzugeben und alle engagierten Institutionen auszusteuern. Vielmehr muß jede Institution - bzw. jede einzelne Person - die Herausforderungen ganzheitlich betrachten, den eigenen Verantwortungsbereich erkennen sowie eindeutig und öffentlich artikulieren, was sie von anderen erwartet. Anschließend gilt es, unverzüglich innerhalb seines Verantwortungsbereiches konkret zu handeln (und nicht darauf zu warten, bis eine Vielzahl von gewünschten Startvoraussetzungen erfüllt ist).

Betrachten wir unsere Aufgabe als Human Rights Forum Nepal dieses weite Spektrum von Ansatzpunkten nicht als (unlösbares) Problem, sondern als (interessante) Herausforderung!

* * * * *

NEPAL

The Issue of Child's Rights: Many Commitments and Little Action

- Gauri Pradhan

Children's Right: Reality and Fantasy

The ratification of the UN Convention on the Rights of the Child on 20th November, 1989 was a milestone in the movement for the Rights of the Child. After the disaster of First World War, the issues of safeguarding children and their basic right was raised in different occasion of the world history, such as the Child's Rights Declaration of 1924, the UN Declaration on the Rights of the Child, 1959, and the commemoration of the International Year of the Child, 1979. In spite of the such wide international concern and effort, the survival and protection of the world's children are continuously being challenged. Fortunately, the issues of the special rights of the child are being raised from the beginning of the 90s,

and the world community has expressed a firm commitment to put the UN Convention into reality.

The convention is a formal treaty among the state parties and guarantees the basic childhood and the rights of the child all over the world. Most of the countries in the SAARC region, including Nepal, have ratified the convention; and the concerned governments are trying to put it into practice. But this is a mere trial period. We all have to wait and see whether these commitments will ever become a reality or remain a fantasy.

Children's Rights: Still Just A Thin Cry

Most of the South Asian countries, including Nepal, share a common issues and problems of children. It is not difficult to identify and realise the basic problems of our children who are living in the most difficult socio-economic and cultural situation. Illiteracy, ignorance and malnutrition are the most dreadful diseases that not only hamper the growth of our children, but also put the next generation into danger as well. The children are not only deprived of their fundamental rights to survival and protection, but equally exploited and discriminated in their everyday life. Moreover, in many places, children are still being pushed into slavery.

People around the world find Nepal very attractive because of its unmatched natural beauty. But what is



not as well known as its beautiful landscapes is the painful fate of its countrymen crushed under severe poverty. About 70% of the total people in Nepal live under the line of absolute poverty and about 60% are illiterate. They are living a very hard life and so are their children.



Child labour, street children, child abuse and neglect, trafficking, selling and commercial use of children for sex trade, child bondage, all are very common issues in our society.

Child labour exists in a very large scale, as an integral part of the socio-economic reality. The issue of street children is gaining a big momentum along with other problems brought in by the urbanisation. The trafficking and selling of young girls into the brothels in India has become another increasing tragedy in our society. The number of young girls sold in the red light areas of India has reached close to 200,000. They had been either kidnapped or lured and cheated by individuals or organised criminal gangs. Similarly, the existence of bonded child labour in the western Nepal is yet another shameful example of the child right violation in our society.

Of course, these are a part of the many serious problems created by the growing poverty and the increasing gap between the haves and have-nots, and between urban and rural life. But so many other major factors, too, are responsible for the violation of the rights of the child.

Many Commitments but Little Action

As other countries in South Asia, Nepal has signed and ratified the Un Convention on the Rights of the

Child and has already adopted the first child law on the country - 'Children's Act 1992' - based on the Convention. The government of Nepal has also expressed its strong commitment to bring the Convention into reality during the World Summit on Children, 1990.

During the last three years of the new democratic rule, Nepal has made many, many commitments in the national and international arena for the restoration of the rights of the child. People have been given many promises and dreams. The individuals, organisations and even government in Nepal seem to be easily making commitments. However, the basic question of their intention at ever fulfilling them remains unanswered. Unfortunately, this is being developed as a trend where concerned parties make commitments only to clear their ways to reach the top.

Nepal has ratified and signed on so many international conventions to express its commitment in the international area. The government should be congratulated for ratifying these international agreements, however, they are far behind the implementation. It is better not to make many commitments if we can not ever bring them into action.

Empowerment, Motivation and Networking

A very big majority of our child population has been put into a severe situation of servitude, where they are not only unsecured but also are deprived of their natural growth and development. They are socially, economically and sexually oppressed and exploited. If we are really committed at rescuing these children from deprivation and exploitation, we should critically review and reassess the results of our work. And reach the conclusion whether we really are able to respond the need of our target groups.

To work for children is not only a welfare or patronising work. It is empowerment, motivation and networking of people/group for action. In this regard, we have to correct our mistakes and should bring our efforts back into the concrete action.

Empowerment does not mean imposition at all. It goes along with the independence and autonomy of the movement. No social movement can bring an impact over the status of children until and unless our strategies meet the depth of the magnitude of problem. The Rights of the Child (ROC) movement is not an absolute matter but an integral part of the overall social movement for change. The ROC move-

ment can not find momentum if other movements remain intact.

It is a commitment and action through mobilisation, motivation, networking and organisation. In this movement, we will be able to find out a way through differences and gain power through the similarities. ROC is a socio-political issue, but demands every individual, group or political parties to rise above their personal, social or political interest while working for it. To realise the rights of the child in the country, the government should first clean the administration and give priority to the protection of children in its plans and action.

There are too many issues of children to be addressed at the ROC movement. However, there are some issues which need to be addressed urgently, such as the children living at the difficult circumstances and at risk. If we are not able to rescue them immediately, it might be too late. Therefore, we must commit ourselves to bring all our effort into a concrete action to help protect the most unprotected children at our milieu.



Frauen

Frauenrechte

Eine Fallstudie von Ratna Dhunge

Aus dem Englischen übertragen von Ingrid Decker

Das Dorf Sitapaila liegt westlich von Swayambhu (den Touristen auch als Affentempel bekannt) im Kathmandual. Narayani, die Heldin dieser Geschichte, hatte dort ein Haus und et was Land von ihrer Mutter geerbt. Der Vater hatte die Familie verlassen, als Narayani noch ein Kind war, um sich eine andere Frau zu nehmen. Mit 16 wurde sie dann von der Mutter verheiratet. Bald darauf wurde die Mutter krank und starb. Narayanis Ehemann verließ das Dorf. Land und Haus der Mutter war Narayani in einem Dokument zugesichert worden, eine Kopie jedoch besaß der Vater, der mittlerweile wieder zur Stelle war. Zusammen mit dem Dorfältesten versuchte er Narayanis Dokument in die Hände zu bekommen. Diese Aktion schlug jedoch fehl. Um ihren Unterhalt zu verdienen, spannte die Frau Wolle für eine Teppichweberei, ihr Einkommen war jedoch so gering, daß sie sich fortan oft Geld bei den Nachbarn leihen mußte.

1987 begannen wir von 'Non-Formal-Education-Service-Center' eine Erwachsenenbildungskampagne in Sitapaila. Narayani nahm an den Abendklassen teil und lernt Lesen, Schreiben und Rechnen. Fortan war sie in der Lage, nachzuhalten, was ihr als Lohn für die Spinnarbeiten wirklich zustand. Sie konnte nun ihren Namen auf Dokumente setzen und brauchte nicht mehr den Daumen dafür zu benutzen. Durch einen Schneiderkurs verbesserte sich ihr Einkommen erheblich. Narayani erzählte mir von ihrem Problem, endlich das geerbte Land und Haus auf ihren Namen überschrieben zu bekommen. Wir schickten sie zum 'Women Legal Service' und eine Rechtsanwältin übernahm ihren Fall, gab ihn jedoch bald an einen männlichen Kollegen weiter. Diesem gelang es unter einem Vorwand, Narayani in sein Haus zu locken. Er versprach, ihren Fall anzufechten, falls sie sich seinen "Wünschen" füge. Narayani weigerte sich, schwieg aber auch über diesen Vorfall. Sie entschied, die Hilfe eines Nachbarn anzunehmen, der versicherte, sich beim 'Landtax- und Registration Office' für sie einzusetzen. 200 bis 300 Rupien monatlich verlangte er für seine Dienste, aber nichts geschah. Narayani, inzwischen auch hier mißtrauisch geworden, fand heraus, daß (auch) er sie betrog. Sie nahm all ihren Mut zusammen, denn Behördengänge sind Männersache, und ging nun selbst zum Office. Durch die Hilfe eines Beamten dort,

wurde ihr 'Landcertificate' zugesichert. 200 Rupien wollte sie als Dankeschön dem hilfreichen Beamten zustecken, einer seiner Kollegen forderte jedoch 500 Rupien. Als sie sich weigerte und argumentierte, schlug er sie. Narayani, nicht entmutigt dadurch, suchte den Chef der Behörde auf, und erfuhr, daß die Registrierung kostenlos ist.

Zurückgekehrt in ihr Dorf wurde sie bald als Haus- und Grundstückbesitzerin begehrtes Heiratsobjekt für Junggesellen. Sie begriff, daß sie auf Dauer nicht alleine in Sitapaila leben konnte. Deshalb verkaufte sie das Haus und läßt heute in Kalimati / Kathmandu. Sie besitzt heute eine eigene Schneiderei sowie ein Bankkonto. In Zukunft möchte sie Unterricht in Englisch und Mathematik nehmen.

Narayanis Geschichte ist kein Einzelfall und auch nichts Besonderes, mit dem Unterschied, sie konnte sich durchsetzen. Sie sagt selbst: "Nur durch dieses bißchen Bildung allein habe ich diese Kraft bekommen." Sie zögert nicht mehr, die Wahrheit zu sagen und hat den Mut zu Menschen zu sprechen, egal welchen. Ein großer Fortschritt für eine nepalesische Frau.

Daß Frauen nicht nur in der Familie, sondern auch bei den Behörden Willkür und Gewalt ausgesetzt sind, zeigt ein Fall, der sich in Budhanikantha (Kathmandual) im Dezember 1992 ereignet hat.

Eine junge Teppichknüpfarin hatte Hilfe bei der Polizei gesucht, da ihr Arbeitgeber ihr den Lohn vorenthalten hatte. Subinspektor Dhakal, an den sie geriet, soll sie mit sexuellen Witzen und Belästigungen empfangen haben, um ihr dann zu befählen, am Abend wiederzukommen. Aus Angst jedoch suchte sie Schutz bei der Frau eines anderen Polizeibeamten. Von dort wurde sie einen Tag später von mehreren Polizisten aufs Revier verschleppt. Am darauf folgenden Morgen wurde sie dann auf Befehl von Dhakal von der Frau, bei der sie Schutz gesucht hatte, wieder abgeholt. Die Kleider der jungen Frau waren zerrissen, ihr Gesicht zerkratzt. Dhakal hatte sie in der Nacht geschlagen und vergewaltigt.

Durch die Behauptung, die Frau sei eine Prostituierte gewesen, versuchte nicht nur Dhakal, sondern auch sein Kollege Khadka diese Untat zu rechtfertigen. Er wägte sich so sicher, da er angeblich der Mann eines hohen politischen Of-

fiziellen ist, daß er sich erlaubte, alle Presseinformanten, derer er habhaft werden konnte, einzusperrten und zu verprügeln. Es wurden sogar sieben Haftbefehle ausgestellt.

Die aufgebrachtten Bewohner von Budhanikantha waren jedoch nicht so leicht zum Schweigen zu bringen. Sie organisierten eine Woche später eine Versammlung und brachten den Fall an die Öffentlichkeit. Ihrer Ansicht nach ist dieses brutale Verhalten der Polizei, nicht nur gegen

* * * * *

Dr. Jamuna Shrestha

Keine Menschenrechte für Frauen in Nepal übersetzt von Karl-Heinz Krämer

Trotz einiger Versprechungen und Ambitionen stattet die neue Verfassung die Frauen nicht mit den vollständigen Bürgerrechten aus. Dies ist nicht sonderlich überraschend, da wir Frauen an dem mit dem Verfassungsentwurf beauftragten Komitee nicht beteiligt wurden, trotz unseres zahlenmäßig gleichen Anteils an der Bevölkerung und trotz unserer überwiegenden Rolle im nationalen Leben. Auch in der Übergangsregierung und der heutigen Regierung erlangten die Frauen keine repräsentative Rolle, außer zur bedeutungslosen Scheinwahl. Trotz der Beteiligung der Frauen in allen Parteien wird uns keine bedeutende Führungsrolle oder Stimme zuerkannt. Dieser Mangel sowohl an konstitutionellen Rechten und Schutz als auch an der politischen Repräsentation der Frauen, ganz gleich welcher sozialen Schicht sie angehören, hat seine Ursache in der grundlegenden sozio-ökonomischen und ideologischen Unterdrückung in Haushalt und Gesellschaft. Die neue Verfassung hat nichts Wesentliches zur Verbesserung der Situation beigetragen, ja sie stellt in mancher Hinsicht sogar einen Rückschritt dar.

Keine Erbrechte

Erstens wird den Frauen weiterhin das Erbrecht vorenthalten, welches Erbe von väterlichem Besitz bedeutet. Seit den rühesten Demokratien, seien es die 'Panchayats' des alten Indien oder die Versammlungen von Athen, wurde die Bürgererschaft durch das Besitzrecht definiert. Ohne Erbrecht werden die Frauen überall unter der Kontrolle ihrer Brüder und Ehemänner in Haushalt und Familie gehalten. Wenn eine Frau weiterhin gezwungen wird, unter der Kontrolle und in Abhängigkeit von jemand anderem zu bleiben, wie soll sie dann ihre Rechte als gleichberechtigte Bürgerin in der Gesamtgesellschaft ausüben?

Beraubung der Mutterschaftsrechte

Zweitens sind entsprechend der Verfassung auch die Kinder von Frauen Nicht-Bürger, wenn sie keinen nepalesischen Vater haben oder vaterlos sind. In diesem Sinne ist die neue Verfassung,

Frauen, auch 3 Jahre nach der Demokratiebewegung, kein Einzelfall. Besonders ist nur, daß die junge Frau nicht geschwiegen hat, sondern den Versuch wagte, sich gegen einen reichen Teppichfabrikbesitzer und einen scheinbar allmächtigen Polizeinspektor zu wehren. Sie soll in ihr Dorf zurückgeschickt worden sein. Wo kein Kläger....

Dhakal wurde mittlerweile entlassen.

* * * * *

trotz ihrer Ambitionen, für die Frauen noch autokratischer und rückschrittlicher geworden als die vorhergehende Panchayat-Verfassung, welche zumindest die Mutterschaft in einem größeren Maße anerkannte. Wir sind wie die Sklavinnen der alten Welt, wo die Kinder einer Bürgerin und eines Sklaven ebenfalls Sklaven waren, während falls freie Bürger wurden; in dieser Hinsicht bleibt das Kastensystem in Nepal heute in Funktion, indem die Frauen in der Stellung von Besitzsklavinnen und Handelswaren gehalten werden. Heute ist es die Folge und der hintergründige Anlaß dieser Gesetzgebung, sicherzustellen, daß die bereits enteigneten und ihrer Erbschaft beraubten Frauen keinen Zugang zu Beständen erhalten. Eine solche Frau, eine sogenannte "Bürgerin", muß ihren Lebensunterhalt durch einen männlichen Bürger (Vater, Ehemann, Bruder, Sohn usw.) erhalten, wodurch sichergestellt wird, daß die Frauen machtlos und unter der Kontrolle der Männer bleiben.

Verlust des Wohnrechts bei Heirat

Drittens verliert eine nepalesische Frau in Übereinstimmung mit den zuvor genannten Erbschafts- und Mutterschaftsregelungen das Recht, in ihrem eigenen Land zu leben, wenn sie einen Ausländer heiratet, in gleicher Weise wie sie im Falle einer Heirat überhaupt die Geburtsrechte gegenüber ihrem väterlichen Haushalt verliert. Ganz gleich, ob sie ihre Staatsbürgerschaft aufgibt oder nicht. Eine solche Frau darf nicht länger in Nepal bleiben, wenn sie mit ihrem Ehemann zusammenleben möchte, weil sie als eine Nicht-Bürgerin per Gesetz keine Aufenthaltsgenehmigung für ihren Ehemann erhalten kann. Solche Frauen und ihre Ehemänner erfahren unerbittliche und grausame Schikanie durch die Einwanderungsbeamten, welche ihre eigene Rolle darauf beschränken, Ungleichheit und Abneigung gegen Frauen im Namen von "Politik und Verordnungen" zu untermauern. Wenn im Gegensatz dazu ein nepalesischer Mann

chen Heiratsbeziehungen als ein Mittel, die eigene Stellung in ihrer Klasse auf Kosten anderer Familien zu erhalten oder zu verbessern. Indem sie jedoch die bereits bestehenden Trennungslinien betonen anstatt Einheit und Gleichheit von Männern und Frauen bzw. Familien und unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen zu schaffen, machen sie die Zerstörung ihrer gesamten Klasse und des Landes unvermeidlich. Nationale Führer, offensichtlich einschließlich der Schöpfer der derzeitigen Verfassung, sind häufig verstrickt in lokale und internationale Interessen und verhindern den Aufbau jeglicher effektiver Politik und Aktionen gegen solche Morde.

Diese Morde sind im Gegensatz sogar ein Symptom für den allgemeineren langsamen Mord an den Mädchen und Frauen in den Altagsprozessen der Gesellschaft, welche erleichtert und gefördert werden durch konstitutionell vorgeschriebene Ungleichheit. Weniger Nahrung, weniger Bildung, weniger Gesundheitsfürsorge, mehr Arbeit, weniger Chancen: das alles tötet Mädchen, erstickt ihre Fähigkeiten und enthält ihnen eine Welt vor, die so dringend all das benötigt, was sie geben könnten. Wie ermutigt die neue Verfassung die Eltern diese Mädchen zu schützen und zu ernähren, wenn Frauen keinen Zugang zu Eigentum haben, wenn Frauen Kinder gebären, aber nicht wirklich Mütter sind, wenn Mädchen ihres Heims und ihres Landes beraubt werden, wenn sie heiraten?

Mißbrauch

Fast alle Frauen des Landes werden ihr Leben lang mißbraucht. Dieser Mißbrauch ist nicht auf körperliche Gewalt (wie sie in allen Schichten der Gesellschaft vorkommt) beschränkt, er umfaßt die Formen der Aufzucht der Kinder, die zwischen Jungen und Mädchen unterschieden werden, psychologische und soziale Schikane, die Unfähigkeit an Entscheidungsfundungen teilzunehmen, gesellschaftlich aufgezwungene Knechtschaft, Mangel an Eigentumsrecht und an der Früchten ihrer Arbeit, unterschiedlich auf erlegte Lebensmöglichkeiten und -erwartungen usw.. Es ist wahr, daß das Leben einer Frau schwer wird, wenn ihr Mann stirbt: Die Familie ihres Mannes, die sie ihr Leben lang umsonst hat - die selbe Familie, die von ihr verlangt hat, daß sie keinen Unterschied macht zwischen den Eltern ihres Ehemannes und ihren eigenen und zwischen ihren eigenen Kindern und denen der Brüder ihres Mannes - erkennt sie nun als eine Last für die Ressourcen der Familie und als eine Bedrohung für ihr Eigentum.

Ungleiche Entwicklung

Die weiblichen Arbeiter in Landwirtschaft und Industrie in den Dörfern und städtischen Slums sind noch größerer Not unterworfen durch die Ungleichheiten der sogenannten wirtschaftlichen "Entwicklung" und haben nicht einmal Luxus für die Ambitionen und Illusionen der Heirat wie die Klassen über ihnen. Ihre Menschenrechte werden Tag für Tag verletzt durch Zwangsarbeit, durch Raub durch Grundbesitzer, Geschäftsleute und Bürokraten und allgemein durch den Raub,

der durch die Inflation bedingt ist, welche auf dem Austausch unterbewerteter nepalesischer Arbeit gegen überbewertete technologische Waren und der Veruntreuung des Staatsschatzes durch die herrschenden Klassen beruht. Entwicklung im Namen der Armen auf Kosten der Armen, das ist alles.

Wie überall in der Gesellschaft haben die Frauen die größte Last zu tragen, doch wird diese zusätzlich noch aufgewogen durch die Ungerechtigkeit und Ungleichheit der gesamten Gesellschaft. Das die Männer auf der Suche nach Arbeit selbst oft von zu Hause abwesend sind, fällt die Last der Aufrechterhaltung der ländlichen Wirtschaft noch zusätzlich zur Bürde der häuslichen Arbeit in zunehmendem Maße auf die Schultern der Frauen. Sie sind ein Objekt der Gewalt für ihre Männer und deren Verwandte infolge von Frust und Verzweiflung immer häufiger vor, daß Vettern, Brüder und sogar Eltern ihre Töchter bzw. Schwestern verkaufen oder zu Prostitution und Leibeigenschaft zwingen. Die "heilhäutige und willige" Sally Gurkha des 21. Jh. wird dem "tapteren und verwegenen" Johnny Gurkha des 20. Jh. ins Ausland hinterhergeschickt.

Frauen, die unter den harten Bedingungen der Bordelle arbeiten, dürften auch die unerschütterliche Arbeit in den Ausbeuterbetrieben der Bekleidungs-, Teppich-, Straßenbau- und anderer Industrien auf sich nehmen. Nun, da der internationale Währungsfond Indien umgedreht hat - begünstigt durch die Verderbtheit der eigenen männlichen herrschenden Klasse - wird es nicht lange dauern, bis die Geschlechterungleichheit in Nepal die nepalesischen Frauen für die Ausbeutung durch große Fabriken opfern wird, wie sie es schon so fügsam für die Bordelle getan hat. Wie diese Fabriken bereits Südostasien erreicht haben, so werden sie es auf der Suche nach bereits ausgebeuteten, entengneten und passiven Frauen auch auf dem südasiatischen Subkontinent tun. Billige Frauenarbeit, oder sogar weit verbreitete Sklavenarbeit, drückt auch die Gehälter der Männer nach unten und trägt somit zur allgemeinen Verarmung der Bevölkerung bei. Die fortgesetzte wirtschaftliche Unterdrückung und Ausbeutung der Frauen wird zur allgemeineren internationalen Unterdrückung und Ausbeutung der Gesamtbevölkerung Nepals führen.

Frauenrechte beginnen zu Hause

Anders als bei anderen Formen des Mißbrauchs der Menschenrechte, die safely in high sounding and self-righteous Worten und Phrasen verurteilt werden können, beginnt die Beendigung des Mißbrauchs der Rechte der Frauen mit Aktionen (Verhalten) in unseren eigenen Heimen - sogar ganz besonders in den Reihen der Mittelklasse, die am Slogan der Menschenrechte interessiert ist. Wir können die Töchter gleichbehandeln wie die Söhne. Wir können uns um die Rechte und Wünsche unserer Töchter, Ehefrauen, Schwestern, Schwiegermütter und weiblichen Bediensteten kümmern. Wir können die Haushaltsaufgaben teilen und die Frauen zu

einer Partizipation außerhalb des Haushalts ermutigen. Wir können das Haushaltseigentum unter den Söhnen und Töchtern gleich aufteilen (or incorporate it with equal shares for all). Wir können alle Haushaltsangelegenheiten mit den weiblichen Familienmitgliedern besprechen und gemeinsame Beschlüsse anstatt einseitige treffen. Derart veraltete Ideen, daß eine andere Person nur auf unsere eigenen Kosten gestärkt werden kann, stammt von Leuten, die bereits auf Kosten anderer leben. Die Wahrheit ist, daß wir alle stärker werden, wenn wir die Schwächsten unter uns stärken.

Die Verfassung ist nicht demokratisch

Ich stelle die gegenwärtige "demokratische" Verfassung in Frage, wenn sie diese Ungleichheiten und den ernsthaften Mißbrauch der Menschenrechte, der aus jenen Ungleichheiten in jenem Haus - einschließlich derer der sogenannten Menschenrechtsadvokaten - des Landes resultiert, weiterhin fördert. Ich glaube nicht, daß ein Wandel von Regierungen, Verfassungskomitees und Kommissionen ausgenügt wird, die sich aus Männern zusammensetzen, obgleich ich Männer willkommenheiß, damit sie erzählen, daß Frauen genauso große Bedürfnisse, Wünsche und Fähigkeiten besitzen wie sie selbst. Ich begrüße sie, auf daß sie lernen, mit den Frauen als menschlichen Wesen umzugehen (und dabei gleichzeitig lernen, selbst bessere Menschen zu werden) anstatt uns zu Objekten von Institutionen zu reduzieren, welche Männer, ihre Bedürfnisse und ihre Begierden begünstigen.

Selbst angeblich aufgeklärte und fortschrittliche Männer sind allgemein groß in ihren Worten und klein in ihren Taten gewesen, insbesondere wenn es ihr persönliches Lebensumfeld betrifft; hierzu gehören auch die Mitglieder der nepalesischen Menschenrechtsorganisationen. Die Entscheidungsfälle in Regierung oder Haushalt scheinen nicht daran zu denken, daß diese Dinge berichtigt werden sollten, soweit dies nicht direkt zu ihrem eigenen Nutzen beitragen würde. Daher habe ich aufgezeigt, wie der Erhalt der konstitutionellen und sozialen Ungleichheit und der Mißbrauch der Frauen die langfristigen Interessen des nepalesischen Volkes bedroht und den selbststüchtigen Interessen von Leuten dient, die sich selbst höher setzen als Land, Gemeinschaft und Leute um sie herum. Es ist nun Handeln gefordert von mir und von den Lesern dieses Artikels innerhalb und außerhalb der Heime. Es ist Zeit, daß das Töten unserer Schwestern und Töchter, ihrer Fähigkeiten, ihrer Träume und ihrer Wünsche beendet wird.

(aus: FOPHUR (publ.), Human Rights, Vol.4, No.11, September 1992)

1 Indiens derzeitige Kapitulation gegenüber dem Weltwährungsfond in Indien selbst als das Ergebnis einer nationalen Politik, welche lange Zeit die oberen Chargen der Bürokraten, Bankiers und großen Kaufleute und Industriellen auf Kosten der großen Masse des Volkes gefördert hat. Es ist nicht verwunderlich, daß jene Leute, welche die Macht in Indien gebürt

haben, genau jene waren, die als Kollaborateure die Stiefel der Briten geleckt haben, selbst zu Zeiten des Unabhängigkeitskampfes. Daß Nepal nun bei seiner

* * * * *

"Gift From God" An Extra Burden

By: Ram Pradhan

Each year, approximately 935,000 women in Nepal discover Karma. In fact, life for most Nepali women is nothing more than a cycle of hardwork, childbearing and hope, and if it is their first pregnancy, or they have no sons, they would wish for a boy. But a woman on her sixth or seventh pregnancy may have an entirely different frame of mind - more apprehensive because the "gift from God" actually means an extra burden on her. She, after all, is the main nurturer of family health and welfare. Each pregnancy increases her health risk, and especially for one in the remote villages, the chances of death during childbirth are greater.

With one of the highest maternal mortality rates in the world, Nepali women's subjective apprehension in this regard is sadly justified. Morbidity is also noticed in women, but the exhaustion from chronic anaemia and respiratory infections, in terms of severity and frequency, even though the latter are officially reported more frequent. All the more disturbing is the fact that many pregnancy-related problems become chronic which, in turn, exert extra stress on the country's resources in terms of social costs and loss of productivity. The findings admit that in data collection,

it appears that the only attempt being made are to collect maternal mortality data, excluding morbidity. Amongst hospital admissions, complications of pregnancy, child birth and the puerperium regularly rank first, representing around 47% of admissions, estimates the situation analysis.

(The Independent, 17. März 1993)

* * * * *

Ethnische Gruppen

1993 - "Jahr der eingeborenen Völker"

Die ethnischen Gruppen Nepals fordern ihre Rechte ein

Die Vereinten Nationen haben 1993 zum "Jahr der eingeborenen Völker" erklärt - Anlaß für uns, das Thema in Bezug auf Nepal in diesem Heft aufzugreifen. Wir möchten Sie mit den nachfolgend abgedruckten Artikeln über die Diskussion der rechtlichen Stellung der ethnischen Minderheiten Nepals informieren, die in Nepal selbst immer intensiver geführt wird.

Zunächst vermittelte der leicht überarbeitete Artikel von K.-H. Krämer, der ursprünglich in der Zeitschrift "Südasiens", 1-2/92, pp.45-49, veröffentlicht wurde, einen Überblick über die ethnischen Bevölkerungsgruppen Nepals. Der Beitrag von Parshuram Tamang (Indigenous People of Nepal and Human Rights) wurde als Ar-

"Entwicklung" und seinen Verträgen die gleiche Politik verfolgt, muß zu denken geben.



Two Magar women: main nurturers of family welfare. Photo: Explore Nepal

beitspapier auf dem Seminar zu "Human Rights in SAARC Countries", organisiert vom Forum for Protection of Human Rights (FOPHUR) am 20./21. Januar 1993 in Janakpur, vorgelegt und im Human Rights Bulletin, Vol. 5, No. 12 (March 1993), pp.14-19, abgedruckt. Der Autor beschreibt sehr eindringlich alle wesentlichen Aspekte der Problematik aus der Sicht eines Betroffenen. In ähnlicher Weise sind die Auszüge aus einem Brief von Gopal Gurung, dem Vorsitzenden der Mongol National Organization, an den Vorsitzenden unseres Vereins sowie der Artikel von Pasang Sherpa, ergänzt durch die Auswertung der POLSAN-Studie, einzustufen. Der Beitrag von Mathura Prasad Shrestha und Indira Shrestha (aus "Human Rights Bulletin", Vol. 5, No. 12, March 1993, pp.34-40) geht das Thema aus medizinischer Sicht und mit besonderem Blick auf die betroffenen Kinder an. Schließlich soll der kurze Auszug aus der Wochenzeitschrift "Independent" verdeutlichen, wohin die Situation führen kann, wenn sich die Politiker und Verfassungsrechtler Nepals nicht bald ihrer Verantwortung bewußt werden. Es geht nicht darum, den "eingeborenen Völkern Nepals" einen Gefallen zu erweisen, diese Völker klagen lediglich ihre Rechte ein.

Karl-Heinz Krämer

Nepal - ein multi-ethnischer Staat

Nepal rühmt, das einzige Hindukönigreich der Welt zu sein. Auch nach der neuen Verfassung vom November 1990 bekennt sich Nepal politisch weiterhin zum Hinduismus. Doch erstmals werden auch den nicht-hinduistischen Völkern konstitutionelle Rechte eingeräumt. Wie vereinbart sich der Hinduismus mit der multiethnischen und multireligiösen Realität?

Schenkt man den jüngsten offiziellen nepalischen Statistiken Glauben, so bekennen sich 86,2% der Bevölkerung zum Hinduismus. Die Zahl der Buddhisten liegt bei 7,8%; beim ersten Zensus, 1952/54, sollen noch mehr als 8,5% der Bevölkerung Buddhisten gewesen sein. Von den übrigen Religionen sind nur noch die Moslems 3,7% erwähnenswert.

Diese staatlichen Zahlen sind von Ethnologen schon immer stark angezweifelt worden (z.B. Walter A. Frank, Ethnische Grundlagen der Siedlungsstruktur in Mittelnepal, München 1974, pp.153 f.). Nach W.A. Frank darf man als sicher annehmen, daß nicht wesentlich mehr als 60% der Gesamtbevölkerung Hindu sind. Ursache für die Abweichung der tatsächlichen Prozentzahlen ist in erster Linie der Umstand, daß die Zensoren die Ethnien, die noch stark von den traditionellen animistischen Stammesregionen geprägt sind, im Laufe der Zeit aber in unterschiedlich starkem Maße Hinduipraktiken und -werte übernommen haben, d.h. hinduisiert wurden, als Hindu eingruppiert.

Ein Blick auf die Einwanderungsgeschichte der nepalischen Ethnien macht deutlich, daß diese Konstellation durchaus nicht immer so gegeben war. Die altindischen Hinduinschriften bezeugen zwar, daß Nepal immer ein Zentrum hinduistischer oder arischer Kultur gewesen ist, doch war Nepal damals und sogar noch bis vor gut 200 Jahren lediglich das Tal von Kathmandu und seine nähere Umgebung. Die ethnische Gruppe dieses Gebietes, die Newar, weisen

heute eine stark synkretistische Mischreligion aus Hinduismus und Buddhismus auf, was darauf hindeutet, daß sie mit beiden Religionen schon vor langer Zeit in Kontakt kamen. Anthropologisch und linguistisch ist jedoch erwiesen, daß sie ursprünglich einmal in vorbuddhistische Zeit aus Tibet nach Nepal eingewandert sein müssen, wo sie dann mit den indischen Religionen und ihrer Kultur in Berührung kamen.

Ähnlich wie die Newar ist im Laufe der Jahrhunderte noch eine ganze Reihe anderer tibeto-mongolischer Völkerschichten von Norden her in den zentralen Himalayaraum eingewandert, der etwa ab der Mitte des 18. Jahrhunderts von den Gorkhali gewaltsam zum modernen Staat Nepal vereinigt wurde. Die erste uns bekannte Gruppe waren die Kiranti, die etwa zwischen 1500 und 1000 v.Chr. in den nordöstlichen nepalischen Gebirgsraum einwanderten. Eine Zeit lang stellten sie offensichtlich auch die herrschende Schicht im Kathmandutal dar. Man spricht heute von einer Kiranti-Dynastie, für die Herrschergeologieen für das 7.-1. Jh.v.Chr. vorliegen, die allerdings erst in sehr viel späterer Zeit verfaßt wurden. Linguistisch läßt sich jedoch die einstige Präsenz der Kiranti im Kathmandutal nachweisen, z.B. anhand alter Ortsnamen. Die Nachkommen jener Kiranti sind heute in Ostnepal zu finden; die bedeutendsten heutigen Kiranti-Völkerguppen sind die Rai und Limbu.

Die übrigen tibeto-mongolischen Völkerschichten des nepalischen Gebirgsraumes kamen insbesondere in zwei größeren Einwanderungsschüben. Die älteren Gruppen, wie die Magar und Gurung Zentralnepals, kamen etwa im 7. Jh. n.Chr., als im nördlich angrenzenden Tibet ein mächtiges Königreich unter König Srong- Btsan-Sgampo bestand und der Buddhismus erstmals nach Tibet vordrang. Mit der zweiten großen Einwanderungswelle im 11.-12. Jh kamen u.a. die Tamang, welche sich über den gesamten zentralen Gebirgsraum ausgedehnt ha-

ben und heute die zahlenmäßig stärkste tibetomongolische Volksgruppe Nepals darstellen. Der Einwanderungsstrom aus Tibet ist im Grunde bis in die heutige Zeit nicht abgebbt. Die jüngeren tibeto-mongolischen Volksgruppen des hohen nepalischen Himalaya wie z.B. die Sherpa, Lhomi, Lopa, Dolpopa und Manangba sind anthropologisch, sprachlich und kulturell noch so eng ihrer einstigen tibetischen Heimat verbunden, daß sie von den staatlichen Zensoren nicht auseinandergehalten werden können. Sie werden in den heutigen nepalischen Sprachstatistiken daher zusammenfassend als Bhotas (Tibeter) aufgeführt. Daneben erfolgte in jüngster Zeit ein verstärkter Zustrom echter Tibeter, die wegen der Terrormaßnahmen der chinesischen Bestzungsmacht in ihrem eigenen Land Zuflucht in der Himalayaregion suchten.

Die für die Zukunft Nepals bestimmenden ethnischen Gruppen wanderten jedoch im Laufe der Zeit aus den benachbarten indischen Gebieten nach Nepal ein. Zwar hatten der malariaverseuchte Flachlandgürtel des Tarai und die schroff ansteigende, bis zu 3500m hohe Mahabharat-Gebirgskette immer einen natürlichen Schutzwall für den nepalischen Gebirgsraum dargestellt, doch dürften schon seit ältesten Zeiten Volksgruppen aus der nordindischen Gangesebene und den westlich an Nepal angrenzenden, heute indischen Himalayavorbergen nach Nepal eingewandert sein. Zumindest das Tal von Kathmandu, das Nepalital, ist bereits in den alten Hindschriften wie dem Mahabharata erwähnt.

Etwa im 9. Jh. drangen die sogenannten Khas, eine heute anthropologisch nicht mehr faßbare, da mit anderen Ethnien vermischte Volksgruppe, von Nordwesten in den nepalischen Gebirgsraum vor, wo sie vermutlich nicht unwesentlich zu dem im 13./14. Jh. blühenden westnepalischen Malla-Königreich von Jumla beitrugen. Ihre Sprache, das khas kura, war der Vorläufer des heutigen Nepali, der Amts- und Nationalsprache des modernen Nepal.

Die entscheidende Zuwanderung indischer Volksgruppen aber erfolgte im 11.-13. Jh., als hochkastige Hindus aus dem nordindischen Rajasthan Zuflucht vor den nach Indien vordringenden Muslimen im nördlichen gelegenen Himalaya suchten. Diese Rajputenfürsten kamen nicht als politische Eroberer in Form einer Invasion, doch verstanden sie es sehr rasch, die Macht in den zahlreichen Kleinstaaten, auf die sie im Gebirgsraum des heutigen Westnepal stießen, an sich zu reißen. Sie setzten damit einen Prozeß in Bewegung, der noch heute anhält und der sich als entscheidend für die Einigung des modernen Nepal erwiesen hat, nämlich den Prozeß der Hinduisierung. Mit den neuen Machthabern fand auch die Hingusetzgebung ihren Einzug in zum Teil vorher nicht-hinduistische Gebiete und drängte die dort geltenden Stammesgesetze allmählich in den Hintergrund.

Die weitere Ausdehnung dieser hochkastigen Hindus nach Osten vollzog sich im Zuge der militärischen Eroberung der übrigen Kleinstaaten durch das kleine zentralnepalische Königreich

von Gorkha, welche Mitte des 18. Jh. von König Prithwinarayan Shah begonnen und von seinen Nachfolgern zu Beginn des 19. Jh. abgeschlossen wurde. Der politischen und administrativen Vereinigung folgte die recht langwierige juristische und kulturelle, d.h. die Hinduergesetze und Lebensweisen mußten auf den neuen Einheitsstaat übertragen werden. Das spezifisch nepalische Problem war es, diese Hinduergesetze mit den diversen Stammesritten in Einklang zu bringen. Soweit die Ethnien schon vor der Eingung durch die Gorkhali hinduisiert waren, stellte dies kein sonderliches Problem dar. Bezüglich der übrigen Völkerschaften war man jedoch zur Anwendung eines gemilderten Hinduergesetzes gezwungen, in welches die bisherigen Stammespraktiken eingefügt wurden, soweit dies irgendwie mit dem Hinduideal vereinbar war. Dadurch schuf man eine anfängliche Bindung an die Zentralregierung, eine letzte Einigung des Landes war jedoch noch nicht erreicht.

Dieser Vorgang der Übertragung der Hinduergesetze auf Völkerschaften, welche zuvor eine nicht-hinduistische Gesetzesregelung kannten, wird als "Sanskritisierung" bezeichnet. Damit erfährt dieser Begriff in gewisser Weise eine Erweiterung, denn ursprünglich war damit lediglich die durch stärkere Anpassung an die hinduistische Lebensweise bedingte Aufwärtsbewegung einer Kaste innerhalb der Sozialhierarchie gemeint.

Die schriftliche Fixierung der staatlichen Gesetze im ersten nepalischen Gesetzeskodex, dem muluki ain von 1854, welcher bis heute, von diversen Änderungen abgesehen, als eine Art Bürgerliches Gesetzbuch für Nepal fungiert, stellte ein Novum in der nepalischen Rechtsgeschichte dar, da erstmals die unterschiedlichen Anwendungskriterien des Hindurechts in der Gesellschaft verbindlich niedergelegt wurden. Dieser muluki ain sieht eine Aufteilung der nepalischen Gesellschaft in eine besondere, von der klassischen indischen abweichende Form des hinduistischen Kastensystems vor, in welches auch die nicht-hinduistischen Völkerschaften integriert sind. Die Eingruppierung dieser ethnischen Gruppen ist abhängig dem Grad der Übernahme hinduistischer Anschauungen und Praktiken, d.h. vom Umfang der Anpassung an die hinduistische Lebensweise und die damit verbundene Aufwertung im hinduistischen Kastensystem und somit dem erreichten Grad der Sanskritisierung.

An der Spitze des nepalischen Kastensystems stehen die Schöpfer und Träger dieses Systems, d.h. die Brahmanen-Gruppen und die traditionelle weltliche Führungsschicht der Kshatriya-Kasten. Beide Gruppen zusammen bilden im nepalischen Kastensystem - dieses gilt nur für den Gebirgsbereich (= Pahar), den traditionellen Lebensraum Nepals, im Flachlandgürtel (= Tarai) entlang der indischen Grenze entspricht das heutige Kastensystem dem benachbarten klassisch-indischen - die oberste Gruppe der tagadharti (= "Träger der heiligen Schnur"). Diese tagadharti stellen etwa 50% der nepalischen Ge-

samtbevölkerung; ihre Muttersprache ist das Nepali. Die zweite Gruppe bilden die sogenannten matwali (= Alkohol trinkende Kasten), bei denen es sich um die zahlreichen ethnischen Gruppen des nepalischen Gebirgsraumes handelt, die untereinander wiederum rangmäßig geordnet sind, je nach dem Grad der Sanskritisierung. In Ermangelung der uns aus Indien bekannten zahlreichen berufsgebundenen Kasten mußten die hochkastigen Hindus nach anderen Gruppen für den mittleren Sozialbereich Ausschau halten, und da boten sich die zahlreichen ethnischen Gruppen förmlich an. Die dritte Gruppe besteht aus Bevölkerungsgruppen, von denen die höheren Kasten kein Wasser annehmen dürfen, deren Berührung aber keine rituelle Verunreinigung hervorruft. Hierunter fallen die Muslime, die etwa 3% der nepalischen Gesamtbevölkerung ausmachen, und die nicht sehr zahlreichen Weißen. Die unterste Gruppe des nepalischen Kastensystems bilden die Unberührbaren, bei denen es sich in Nepal um die Nachkommen jener wenigen Gruppen handelt, die im 11.-13. Jahrhundert gemeinsam mit ihren Arbeitgebern, den hochkastigen Hindufamilien Rajasthans, vor den vordringenden Muslimen in den Himalayaraum geflohen waren. Sozial ohnehin geächtet verlieren diese untersten Randgruppen der nepalischen Gesellschaft angesichts der zunehmenden Modernisierung des Landes heute auch noch ihre wirtschaftliche Lebensgrundlage.

Es bleibt hervorzuheben, daß dies die Gesellschaftsordnung der staatstragenden hohen Hindukasten ist; sie wird von den matwali insbesondere in ihren traditionellen Siedlungsgebieten hinsichtlich des zwischenmenschlichen Umgangs nicht geteilt, findet aber dennoch ihre bindende Verankerung in den Gesetzen und der Politik des Landes. Bezeichnend ist auch, daß die Großteils nicht-hinduistischen ethnischen Gruppen, die dieses hinduistische Kastensystem natürlich ablehnen, ihrerseits ein ähnliches Kastensystem entwickelt haben. So werden beispielsweise die Unberührbaren auch von buddhistischen Volksgruppen wie z. B. den Sherpa als unberührbar angesehen und entsprechend behandelt.

Das im muluki ain verankerte nepalische Kastensystem zeichnet sich durch eine deutliche Bevorzugung der höheren Kasten und eine starke Benachteiligung der unteren Kasten und damit auch der zahlreichen ethnischen Gruppen Nepals aus. In der Rana-Zeit (1846-1951) wurde diese Zweiteilung der Gesellschaft besonders markant. Die höheren Ämter in Politik, Verwaltung und Militär waren ausschließlich den Angehörigen der Rana-Familie vorbehalten. Was noch blieb an verantwortungsvolleren Aufgaben und Funktionen im nepalischen Staatswesen wurde von den verbliebenen Resten der alten Kshatriya-Familien besetzt, die von den Ranas aus den führenden Staatsämtern verdrängt worden waren. Erst mit der Ausbreitung eines stärkeren sozialen und politischen Bewußtseins in weiten Kreisen der nepalischen Bevölkerung bewirkt durch die zunehmenden Aktivitäten der Anti-Rana-Bewegung, zeigten auch Angehörige anderer Bevölkerungs-

gruppen Interesse und Anteilnahme an politischen Aktivitäten. Es sollte jedoch noch fast bis zum Ende der Rana-Zeit andauern, ehe diesem wachsenden demokratischen Interesse auch diesbezügliche gesetzliche Maßnahmen folgten.

Doch auch in der demokratischen Experimentierphase der fünfziger Jahre wurde die staatliche Hinduisierungspolitik fortgesetzt. Ein Beispiel mag die Auswertung des Nepali zur offiziellen und einzigen Amtssprache Ende der fünfziger Jahre sein. Mit der Einführung des Panchayat-Systems in den sechziger Jahren wurde die Politik in verschärfter Form fortgesetzt. Zwar sprach die Verfassung von der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, propagierte aber andererseits den Hindustaat in Perfektion.

Leittragende waren nicht nur die tibeto-mongolischen Völkerschaften, denen der Weg in viele politische Ämter und Bereiche des Staates dienstes verwehrt war, sondern auch die hinduistischen Bevölkerungsgruppen des Tarai, deren Muttersprachen indische Sprachen wie Maithili und Bhojpuri sind, und die häufig des Nepali nicht mächtig sind. Doch nicht nur die natürliche Sprachbarriere schloß diese Völkerschaften von den meisten politischen Bereichen aus, es wurden auch eigene Gesetze erlassen, die eine Einstellung dieser Menschen in Sicherheitskräften wie Polizei und Militär untersagten. Hintergrund dieser Maßnahmen war sicherlich einerseits die stets vorhandene und wohl auch begründete Angst vor indischer Untervandlung. Andererseits sollte aber auch die politische Dominanz der hohen Kasten des pahar erhalten bleiben. Diese blicken nämlich selbst auf die Brahmanen- und Kshatriyakasten des Tarai herab, obgleich letztere eine wesentlich orthodoxere Beziehung zu den religiösen Vorschriften aufweisen, da man keine Kompromisse mit nicht-hinduistischen Stammespraktiken hat schließen müssen, und bezeichnen die Bevölkerung des nepalischen Flachlandes allgemein abfällig als Madeshi.

rung dank des Friedens- und Freundschaftsvertrages nicht gestoppt werden konnte, ist einer der Hauptkonfliktgründe im stets angespannten indo-nepalesischen Verhältnis. Die Großgrundbesitzer aber, die man insbesondere im Tarai antrifft und die sehr zum sozialen Ungleichgewicht beitragen, sind Brahmanen und Chetri aus dem Pahar.

Die 3,7% Moslems, welche die staatlichen Statistiken heute ausweisen - Ethnologen gehen auch hier von einem deutlich höheren Bevölkerungsanteil aus -, leben zum Teil im Tarai, zum Teil aber auch im westlichen Pahar und im Kathmandu. Etwa seit dem 15. Jh. ist die Anwesenheit moslemischer Bevölkerung auf nepalesischem Territorium bekannt. Die Moslems, die meist in gesonderten Dörfern wohnen, unterscheiden sich rein äußerlich kaum von der Tarai-Bevölkerung. Lediglich im westlichen Tarai sprechen sie als Muttersprache Urdu, ansonsten bedienen sie sich meist der Sprachen der sie umgebenden Ethnien, und das ist überwiegend Nepali sprechende Bevölkerung. Ähnlich wie in den angrenzenden indischen Gebieten ist auch die Moslemgesellschaft in zahlreichen Berufs-kasten gegliedert, doch leben auch diese Menschen in erster Linie von der Landwirtschaft.

Nach der erfolgreichen Demokratiebewegung vom Frühjahr 1990 blickten all jene Gruppen, die sich zuvor im Hindustaat Nepal besonders benachteiligt fühlten voller Zuversicht in die Zukunft. Die nun wieder zugelassenen Parteien, welche die Bewegung organisiert hatten, hatten immer wieder betont, daß man sich für ein gerechteres Gesellschaftsgefüge einsetzen und sich dabei ganz besonders der Randgruppen der Gesellschaft annähmen werde. So waren es insbesondere die tibeto-mongolischen Ethnien, die Moslems, die Unberühmbaren, die wenigen Christen des Landes, aber auch einige Frauenorganisationen, die in der Ausarbeitungszeit der neuen Verfassung immer wieder lautstark die Abkehr vom Hindustaat und eine säkulare Verfassung forderten. Zwar bestand die neunköpfige Kommission, welche diese Verfassung ausarbeiten sollte, aus namhaften Anwälten und Vertretern der Parteien und Menschenrechtsorganisationen, doch waren auch diese mit einer Ausnahme lediglich hochkaste Hindu des Pahar. Auch Frauen waren nicht vertreten. So war es nicht

verwunderlich, daß sich dieses Gremium nicht von der Idee des Hindustates lösen konnte.

Dennoch enthält die neue Verfassung eine Reihe von Ansätzen, welche es den Randgruppen der Gesellschaft ermöglichen, für größere Rechte zu kämpfen. Voraussetzung wird allerdings sein, daß die heutigen Machthaber ihrer konstitutionellen Verpflichtung gerecht werden und die betroffenen Bevölkerungsgruppen eine größere Beteiligung zubilligen. Rückschläge sind in dieser Hinsicht bereits zu verzeichnen. So befanden sich unter den 47 Parteien, die sich um eine Zulassung zu den Parlamentswahlen im Mai 1991 bewarben, auch einige Organisationen, die sich gezielt für die Interessen der tibeto-mongolischen Ethnien, der Tarai-Bevölkerung und der Moslems einsetzen. Während jedoch beispielsweise die Nepal Sadbhavana Party, die sich für die hinduistische Bevölkerung des Tarai engagiert, zu den Wahlen zugelassen wurde, wo sie dann auch sechs Sitze errang, wurden andere Organisationen, die sich für die tibeto-mongolische Bevölkerung stark machten, ausgeschlossen. Bei den Wahlen hatten die Frauen nur des-halb einen Anteil von 5% der Kandidaten, weil dies in der Verfassung als Minimum vorgeschrieben wurde. Keine Partei hatte diese Zahl wesentlich überschritten. Gewählt wurden lediglich sieben Frauen, das macht 3,25%. Ebenso wurden ins Oberhaus (Rastriya Sabha) nur die in der Verfassung vorgeschriebenen drei Frauen berufen. Auch unter den 15 Ministern befand sich nur eine Frau, die allerdings später zurücktrat; außerdem sind die Hälfte der Minister Brahmanen. Wie können da die ethnischen Gruppen, die niederen Kasten und die Frauen auf eine Berücksichtigung ihrer Rechte hoffen?

Als die Nepali Congress-Regierung unter Premierminister Girija Prasad Koirala ihre Regierungserklärung im Parlament unterbreitete, fand sich darin auch noch einmal das Bekenntnis, sich für die bisher so benachteiligten Gesellschaftsgruppen einzusetzen und für eine gerechtere Gesellschaft zu sorgen, in welcher der Grundsatz des Artikels 11 der Verfassung gilt, der die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz betont: "Der Staat darf keine Bürger aus Gründen der Religion, der Rasse, des Geschlechts, der Kaste oder der Ideologie diskriminieren."

Indigenous People of Nepal and

Human Rights

By: Parshuram Tamang*

not of peoples and not of nations, but of states, and of governments. The UN has more than 170 member states. The first article of the International Covenant on Human Rights establishes that all peoples have right to self-determination. But the UN documents are silent as to who are the peoples who have these rights. We might say that there are basically two types of people. One type is the peoples who have their own states, who have coalesced into a territorial government, who identify with that state, and have developed their identities identical with nation-state like the French Nation, the German Nation, and the Japanese Nation, etc. Nepal has been declared as a Hindu state, so the Hindu people are identical with the Nepalese state. But Nepal is not similar with the European Nation-States. On the other hand, there are another type of people who are not identical to a state but who live within the territory of a state. Those stateless aboriginal peoples

who are sometimes referred to as backward, traditional, ethnic groups, minorities, tribes, communities, nationalities, nations, etc., are now asserting their own identities. Some of them are striving even for their own states. In Nepal, those people who are not identical with Nepal's Hindu state are mostly the indigenous peoples, the Buddhists or the animists.

Nepal is a country of many ethnic groups, races and religions. Most of indigenous peoples have their roots to mongoloid, Austric and Dravidian origins. Since immemorial times, indigenous peoples, some large and some small, have been living in different geographical regions of Nepal, e.g. the Limbu between Mechi river in the east and Kosi river in the west, the Kiranti-Rai between Kosi and Lkhu rivers, the Tamang between Lkhu and Marsyangdi rivers, the Gurung between Marsiyandi and Kali Gandaki, the Magar between Kali Gandaki and Bheri, the

1.0. Introduction

The term "indigenous" is used to refer to aboriginal or autochthonous people whose ancestors were the inhabitants of a particular country or a geographical region to which the country belongs, at the time of conquest or colonization or the establishment of the present state boundaries, whose cultural, social and economic conditions distinguish them from other section of national community, and those peoples who have a feeling of their distinctive identities (ILO). At least 5000 indigenous groups or nations can be distinguished by linguistic and cultural differences and by geographical separation in the world. The word 'people' is vague and requires much elaboration, interpretation and definition. The preamble to the charter of the united Nations speaks of "we the peoples of the United Nations". But as we know, the UN is an organization,

* Presented at the seminar on "Human Rights in SAARC Countries" (Jan. 20&21, 1993) in Janakpur, Nepal Organised by Forum for Protection of Human Rights (FOPHUR).

Nepal

* Member—Secretary, National Committee for the International Year for the World's Indigenous People, Nepal.

Tharu in the Tarai belt and the Newar in the Kathmandu Valley. The indigenous peoples retain a strong sense of their distinct cultures, the most salient feature of which is a special relationship to the land. They have their own languages, social organisations and religious institutions, too. The indigenous peoples are in different stages of development ranging from hunters and forest dwellers to urban dwellers, who participate fully in the culture of their national society. Linguistically, there are more than 50 ethnic groups speaking different languages.

The indigenous peoples are experiencing that their very right to development and the array of economic, social, cultural, political and civil rights, as spelled out in UN Universal Declaration of Human Rights and other international covenants on human rights are consistently denied. They are neither consulted during the planning of development nor are their voices heard. This mis-deal by the mainstream dominant peoples with indigenous peoples has opened the way to indigenous-ethnic peoples' visibility and organizational competence. Violation of their human rights and fundamental freedoms are becoming a matter of concern in Nepal today.

I hope that this seminar will deliberate critically on the issues of development and

the rights of indigenous peoples realistically and holistically.

2.0. Historical Background:

Prior to the establishment of the present state of Nepal in the later half of the 18th century, there were many independent tribaldoms, principalities or fiefdoms. The present state was articulated partially by conquering militarily and partially by subjugating the regions through treaties and negotiations. The Shaha dynasty, after coming into the state power of Nepal, confiscated the kipat (communal owned tribal land) except in Pallokirant under the Limbu tribe and deputed the Brahmins and Chhetries in their administration to carry out daily administration at tribal localities. They then extended the Hindu-Aryan settlements with all might by distributing the confiscated lands among the non-tribes as large birta, guthi and jagir land. Consequently, Brahmins and Chhetries developed themselves into rich landlords while the indigenous peoples turned landless.

Prithvinarayan Shah ordained Nepal as a true Hindusthan of four jats (castes) greater and lesser, with thirty-six classes (Stuller, 1989: 44). Heading to these, the descendants of Shah rulers enforced an embargo on the tribal cultural practices. With the rise of Rana rulers, the

the creation of Hindu nation state, indigenous peoples have been forced to live impoverished, deprived and subordinated lives in their own lands. Most indigenous peoples live below the poverty line. They are the mere labour for industries, agriculture and menial works. Most of the carpet and garment factories which have the largest share in foreign exchange earnings are filled by the children, women and men of indigenous peoples. More than 80% of total labour in the carpet industry is taken by CWIN (1992: 27). A study by CWIN shows that child labour under the age of 14 is 47.5% Tamangs, 10% Sherpa, 11.5% Magar, 3.3% Rai/Gurung and 10.5% Chhetri.

The state bureaucracy plays vital role in the development process. It is also the largest employment sector in Nepal. The privileged Hindu dominant groups, with 22.8% of total population have monopolised 92.8 percent of the administrative posts of under-secretary and above (Beenhakker, 1975: 25; NRA, 1989), 93.9 percent of the judicial posts of under-secretary and above (NRA, 1989) (86 percent in 1974; Tamang, 2038), 83.41 percent of the technical posts of officer level in 1989 (NRA, 1989), and 87 percent of the military officer level posts (Gaike 1975: 167). The Brahmins and Chhetri-Rajput casts make up 6th percent of national-level

administrative officials. The indigenous groups, who make up more than 77 percent of the total population, are highly under-represented. The Hill indigenous groups and the Tarai indigenous groups from, respectively, only 1.4 percent and 0.3 percent of all administrative officials (Blakie Feb. 1982: 95; NRA 1989).

At present, the Hill and Tarai indigenous peoples have been nominated for 16.67 percent of the seats in the upper House of parliament. They have monopolised 66.67 percent of seats in the upper House. The House of Representatives, 67.83 percent of the seats are occupied by the Hindus. Many smaller indigenous groups such as Thami, Jirei, Hayu, Darai, Dhimal, Chepang, Kusunda, Raute, Sunuwar, Pahari, Lepcha, etc, have no representative in the present parliament.

Indigenous peoples are also subjected to servitude and bonded labour. The lives of tribal or semi-tribal indigenous peoples are threatened by deforestation, marginalization and alienation due to the invasion of dominant power groups. Illiteracy rate is very high among indigenous peoples. Sixty percent of the children who do not go to school or leave school within the first year of enrolment are the children of indigenous peoples. Indigenous peoples offer do not often speak or understand the medium of instruction.

i.e., Nepali, in school. But, on the other hand Sanskrit University is free for the privileged Brahmins caste.

Nepal has been declared a "Hindu Kingdom" which speaks adequately of the internally colonizing thrust. The sovereign people as stated by the constitution of Nepal (1990) are the Hindu people. The stateless indigenous peoples are facing physical as well as psychological constraints of development. More generally, indigenous people who are integrated into the national society face discrimination and exploitation in education, employment, etc., and in matters having to do with language and religion. Those remaining in their traditional territories face disruption of their cultures and forced displacement as their lands and natural resources are claimed or invaded by power elites. It is no exaggeration to say that some indigenous groups have completely lost their own identities and some are living under the threat of extinction.

3.0. Concerns of Indigenous peoples

The awareness about human rights in the post-war era of the past 40 years is growing even and there has not been a parallel progress in enhancing the rights of indigenous peoples in the world. Their human rights are violated under the banner of national integrity, social

security, rule of majority, rule of nation and even under the name of democracy and human rights. In the last decades, indigenous peoples of Nepal have also begun to organize. Now, there are 18 indigenous groups who have organized themselves and have formed a federation. Their concerns include national identity, land and resources, human rights, self-government and autonomy, employment, education in mother tongue, cultural survival, state-power sharing, secular state end of internal colonization, etc. (Speech 2048/4/22 and declaration, NEFEN; July 13, 1992). Indigenous people want to maintain their distinct cultures and transmit their cultural heritages to subsequent generations within the multi-national state framework.

4.0. National Response

The Nepalese constitution promulgated after people's movement has recognized Nepal as a multi-ethnic and multi-lingual nation but it has not recognized her as a multi-religious one. Nepal continues to be a Hindu state. The language of the mainstream people has been declared as the national and official language of Nepal and languages of indigenous peoples as a second grade language. There is no provision for the participation of deprived communities in

decision making process for their upliftment. Indigenous peoples are demanding the right to educate their children in their own languages and their own textbooks and school materials. The constitution has given the right to education in mother tongue in primary schooling but the government has not taken up the responsibility. There is no plan and programme specially envisaged for the indigenous peoples either by the government or by the political parties.

4.1. International Response

The world's indigenous peoples have been demanding justice from the international community for many years. They have organized locally, nationally and regionally and are active in the international diplomatic arena seeking respect for their cultures and ways of life and full participation in the decisions that affect them. The international labour Organization (ILO) Conventions No. 107 (1957) and No. 169 (1989) are the leading international legal instruments dealing with the rights of indigenous peoples. Now the United Nations Working Group on Indigenous Population, 1982 (UNWGIP) is the centre of indigenous rights activities within the United Nations system. The UNWGIP has drafted a Universal Declaration on the Rights of Indigenous Peoples to develop international standards concerning the rights of these culturally

deprived peoples. The operative paragraphs of the draft declaration deals with full range of issues confronting indigenous peoples. The recent draft recognizes that indigenous peoples have the right to self-determination, of which an integral part is the right to autonomy and self government, as well as the right to full and effective enjoyment of all the human rights and fundamental freedoms recognized in the United Nations Charter and the international human rights law. The subsequent paragraphs of the draft include: the right to be protected from genocide, to maintain and develop their distinct ethnic and cultural identities, to use their own languages, to own and control their traditional lands and territories, to be compensated for lands that have been confiscated, to be consulted on development projects that will affect them, to exercise autonomy in internal and local affairs and to participate on an equal footing with all other citizens and without adverse discriminations in political, economic, social and cultural life of the state. Thus, the United Nations has advocated autonomy and self-rule as the most viable way for indigenous peoples to achieve equality and freedom from discrimination.

In December 1990, the United Nations General Assembly adopted resolution 45/164 proclaiming 1993 as the International Year for the World's Indigenous People in order to strengthen

international co-operation and understanding for the elimination of discrimination and underdevelopment faced by the indigenous communities. It is, therefore, hoped that the year 1993 will be a milestone in the struggle of indigenous people to achieve recognition of their rights and equal status in their ancestral homelands. The Nepalese indigenous people are dissatisfied with the fact that the government is not giving due attention towards them.

5.0. Needs Assessment

At the advent of the twenty-first century, the indigenous peoples are no more than helpless creatures grossly vulnerable to ignorance, poverty, illiteracy and powerlessness. Neither can they participate in the developmental process nor do they have access to the decision making process that affects them. Planners of the dominant class tend to proceed according to their own self-understanding of the situation to "help" the deprived indigenous people to overcome the problems. Their prescription of programmes, welfare schemes and even advocacy of equal rights has not been help to them. Even targeted development tend to replace the cultural identity of indigenous people. To-day, there is a great crisis of a national identity among the indigenous peoples.

indigenous peoples. It has always been the dominant Hindu people who have been prescribing, launching, monitoring and evaluating the programmes on behalf of indigenous and deprived peoples. The human rights activists of dominant groups are mere observers and are silent towards the violation of the rights of indigenous peoples.

Now we have multi-party political system with two Houses on the top. But district and village structures remain the house keeping this in view, can we imagine development within this structure? No, I would like to draw attention of this august gathering of human rights activists to the following:

5.1. Recommendations

5.1.1. The state should recognise cultural pluralism, i.e., national identities of all indigenous peoples, as a bases of national unity and integrity.

5.1.2. The state should be declared secular for not allowing the ruling dominant groups to use religion as an instrument to oppress the "other" faiths. Discriminatory rules and regulations relating to religious conversion, use of religious shrines or temples and the restriction on choice should be avoided.

5.1.3. Since Nepal is multi-national and multi-cultural, all languages and cultures

There are many development agencies and NGOs in Nepal run by the same elite who control. But their programming model has not touched these peoples. Inspite of various development programmes and heavy investment projects run by governmental and non-governmental organizations, the lives of the indigenous and deprived communities have remained essentially unchanged. The communication network and education facilities have not disseminated appropriate message of development to the indigenous and deprived community. The contractors of development that equates the indigenous people's culture, religion, society and psychological make-up with those of dominant peoples have been only successful in creating gaps between the delivery system of goods and services (state mechanism) and the absorptive capacity of the indigenous peoples (deprived groups).

The system of discrimination against indigenous peoples, their cultural, religious and political rights and the centuries of domination and oppression by Hindu ruling peoples which led to the internalization of a subservient mentality among the indigenous groups leading them to underestimate their strength and potentialities are responsible for the present situation of the

must have the rights to flourish. The state should provide education to indigenous peoples in their mother tongues.

5.1.4. There should be equal opportunity to all indigenous ethnic groups in state-power sharing. The upper house of the parliament must be called the House of Nationalities in which all nations that make up Nepal should be represented on the basis of equality, irrespective of the size of peoples in order not to duplicate the composition of the lower House and to give opportunity for all groups in decision making.

5.1.5. Right to self-determination for all indigenous and ethnic peoples or nations should be guaranteed within the multi-national state system. The political structure at the local level should have the right to self-rule and autonomy. Local development would then be culturally integrator, continued, environmentally sound, linguistically viable, spiritually satisfying, psychologically suitable.

5.1.6. In order to compensate for centuries of domination and deprivation, there should be special provisions for the personal and social development of indigenous peoples.

5.1.7. The state should recognize their distinctive and profound relationship with

state and the heterogeneous realities and between the concept of human rights of the ruling elites and concept of human rights of indigenous peoples. We must adopt the human rights of indigenous peoples to suit our heterogeneous realities, for indigenous peoples contribute to peaceful and equitable political, spiritual, social and economic development.

5.1.8. The state should recognise the rights of the indigenous peoples to engage and freely develop their traditional livelihood. The state should promote access to radio and television and communication and implement appropriate programmes in education, health, employment, housing and environment sectors.

5.1.9. The government should recognize the indigenous development by encouraging and supporting indigenous organisations and communities to prepare their own programmes and activities.

6.0. Concluding Remarks

There are large scale conflicts taking place all over the world. The conflict over the issue of national identity within states are regarded as dangerous to the world as the nuclear danger. But it is not the diversity of the peoples within the borders of a country which necessarily leads to conflicts. It is the incapacity of the nation-state to deal with the diversity and to respect the rights of different peoples. This is of basic contradiction between the concept of a homogenous

References

- Beenhakker, A. 1973. *A Kaleidoscopic Circumspection of Developmental Planning with Contextual Reference to Nepal*. Rotterdam University Press.
- Blakier, P. M. et al. 1982. *Nepal in Crisis*, Oxford University Press, Delhi.
- CWIN, 1993. *Voices of Child Workers, Issue Nos. 15 & 16*. Election Commission; various publications.
- Gaige, F. H., 1975. *Regional and National Unity in Nepal*. University of California Press, Berkeley.
- ILO, Conventions No. 107 and 169 on Indigenous and Tribal Peoples in Independent Countries.
- L. F. Stiller, S. J., 1989. *Prithwanarayan Shah in the Light of Dhyaya Upadesh*. Himalayan Book Centre, Kathmandu.
- NRA, 1989. *Nepal Personal Directory*. Dilli Bazar, Kathmandu.
- NEFEN, 1992. *Kathmandu Declaration, Tshar-Wend Nepal Tamang Chedung*, issue 10.
- U.N., Various documents concerning the International Year for the World's Indigenous Peoples. Draft Declaration by WCIP, UNO.
- Tamang, P. R., 203. *On the Question of Nationalities*. (in Nepali) ed. Subas Shrestha, Bedam, Kathmandu.
- (2048) : Speech. Yugadhwoni Weekly, Kathmandu. (2048/4/22)

(aus FOPHUR, Human Rights Bulletin, Vol. 5, No. 12, March 1993)

Excerpts from a letter to HURFON by Gopal Gurung, president of the Mongol National Organization

.... The Mongol National Organization was established at Bhadrakole Central Jail on January 1, 1989. Two State Offence Acts at a time were imposed on me on 30th August 1988 and sent me to imprisonment for three years. But due to the toppling down of the previous one party despot system I could be released after two years. My crime was to demand human rights and democracy in my book "Hidden Facts in Nepalese Politics", which was published in 1985 and 1988. My organization condemns the Hindu state and demands a secular state; it demands a fulfilled autonomous provincial government. As long as the state is a Hindu state there can be no equal treatment to non-Hindu people and the constitution will have less value. The king is only the Hindus' king. We 80% Mongol people of Nepal are aborigine nations and non-Hindus. There is no difference between the present multiparty system and the previous single party system to non-Hindus, i.e. Buddhists, Christians, Muslims, Jains, Sikhs and other Mongol peoples. The country is a Hindu state as it was before. The constitution was framed by the representatives of A and B class Hindus, i.e. bahun and chetri. The cabinet and other departments as well as the embassies are filled with bahun and chetri. The government is king's government (His Majesty's Government), the flag is king's flag, and the mentality of the bahun and Chetri is the same as before. More, the bahuns are trying their level best to impose sanskrit language (bahun language) in place of present chetri bhasa (khas bhasa).

Who are Mongol aborigine people of this land? Tamu (Gurung), Magar, Rai, Limbu, Newar, Tamang, Sherpa, Thakali, Sunuwar and Danwar in hill and mountain area and Tharu, Koch, Mechay and Dhimal in plain or terai belt. The Mongol National Organization is the only mother organization in Nepal which fights for the right of this downtrodden majority aborigine people who have been exploited by the Hindu refugees for generations and in my ward Indian-Nepali

.... The Mongol National Organization demands one ministry for Mongol people's welfare, and all staves from top to bottom should be from this people. In the same way there should be departments for Christian people, Muslims and scheduled castes.

(Indian origine Nepali) people. My organization has not been recognised by the government and my case against the election commission is at supreme court. The Present system is called multiparty system and it is written in the constitution, too, but in practice a new party is not allowed and no new party has yet been recognised.

The Mongol National Organization has very good influence in the eastern part of Nepal and members are increasing. In the last parliamentary election our two candidates received fifteen votes in lam District, but at the time of village and district elections we won 57 seats. Behind the 57 candidates there are 40-45 thousand supporters. And the same happened in Jhapa District. In the recent month some Sherpas from Solukhumbu came to me and expressed their views to establish a branch in that area.

You know this is an absolutely new and poor organization, so it is lagging behind, but one day it will be a leading organization. The potentiality of our innocent people was exploited by the migrated Hindus, and they enjoyed it. They laugh and swim in our sweat and blood. Their religion, culture and economy flourished and rooted out ours. The bahun and chetri may be in any name in politics but they jointly move to progress their religion, culture, language, etc. and they move jointly for suppressing the natives and to snatch everything from them. First they think they are bahun and chetri, only after that they are communist, congress, prajatantra party and other whatever may be the party's name of their own. Multiparty system does not mean democracy and human rights.

.... The Mongol National Organization demands one ministry for Mongol people's welfare, and all staves from top to bottom should be from this people. In the same way there should be departments for Christian people, Muslims and scheduled castes.

Pasang Sherpa

Menschenrechte in einer multiethnischen Gesellschaft - der Hindustaat Nepal

Das Thema "Menschenrechte ist heute zu einem geflügelten Schlagwort weltweit geworden. Ob Demokratie, Monarchien, Oligarchien, Diktaturen oder Militärregime, alle machen sich diesen Begriff zu eigen und verstehen doch offensichtlich immer ganz anders darunter. Denn

wie die Menschenrechte zu interpretieren sind, was überhaupt in den Bereich der Menschenrechte fällt, darüber divergieren die Meinungen stark. Daher wird jede Kritik an der Situation der Menschenrechte, die von außen an ein Land herangetragen wird, stets schroff zurückgewie-

sen und als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des eigenen Landes deklariert.

Sind die Menschenrechte eine innere Angelegenheit eines Staates?

Doch sind die Menschenrechte eine innere Angelegenheit? Sehen sie in jedem Land anders aus oder kann man von einer Universalität der Menschenrechte sprechen? Betrachtet man diese Frage abstrakt, so kann man festhalten, daß heute fast alle Staaten der Erde Mitglied der UNO sind. Im Rahmen dieser Organisation wurde im Laufe der Zeit eine Reihe von grundlegenden Konventionen und Vereinbarungen zum Schutz der Menschenrechte beschlossen, die jedoch bei weitem nicht von allen Mitgliederstaaten unterzeichnet worden sind. Hintergründe für diese ablehnende Haltung sind größtenteils innere und äußere machtpolitische Interessen, teilweise aber auch Interessenkonflikte zwischen den internationalen Verbänden, auf der Grundlage westlicher Ethik und Moral ausgearbeiteten Menschenrechten und dem jeweiligen traditionellen Gesellschaftssystem und der Kultur der Mitgliedsstaaten der UNO bzw. der herrschenden Klasse in diesen Ländern.

In einer ständig kleiner werdenden Welt mit ihrer immer stärker explodierenden und sich vermehrenden Bevölkerung muß es gewisse Grundrechte geben, die für alle Menschen gelten, gleich welcher Rasse, welches Geschlechts und welcher Herkunft. Wie leicht sich so etwas sagt und wie schwer sich die Menschen tun, damit umzugehen, mag die derzeitige Ausländer- und Asylantendiskussion in Deutschland mit all ihren Auswüchsen verdeutlichen. Man braucht nicht erst in ein Land der sogenannten Dritten Welt zu gehen, um zu sehen, wie die grundlegendsten Menschenrechte mit Füßen getreten werden, man erlebt es tagtäglich auf unseren Straßen und hört es aus den Mündern von Politikern und Bürgern.

Nepals Umgang mit der Demokratie

Was die Rahmenbedingungen anbelangt, scheint Nepal in einer besonders glücklichen Situation zu sein. Fast gleichzeitig mit dem Zusammenbruch des Ostblocks vollzog sich auch in Nepal eine politische Revolution, ein Neuanfang. Der Volksaufstand im Frühjahr 1990 führte zur Abschaffung der absoluten Monarchie und zur Einführung eines demokratischen Vielparteiensystems mit einem konstitutionellen Monarchen als Staatsoberhaupt. Noch im November 1990 trat eine neue Verfassung in Kraft, in welcher diese politische Staatsform festgelegt wurde. Eindeutig heißt es, die Souveränität liegt heute in den Händen des Volkes. Parlamentswahlen im Mai 1991 und Wahlen zu den unteren politischen Ebenen im Mai/Juni 1992 schlossen den Wandlungsprozeß ab. Eine demokratische Grundlage wurde also geschaffen, doch wie geht man mit der Demokratie um? Wie sieht es mit der Garantie und der Verwirklichung der Menschenrechte aus?

Bleiben wir zunächst beim Umgang mit der De-

demokratie, denn nur in einem demokratischen Staatswesen kann die Gleichheit und Freiheit aller Bürger garantiert werden. Demokratie ist eine Voraussetzung für die Verwirklichung der Menschenrechte. Nepal besitzt heute eine demokratisch gewählte Regierung. Aus den nach absolutem Wahlrecht geführten allgemeinen freien und geheimen Wahlen vom 12. Mai 1991 ging der Nepali Congress mit einem Anteil von gut 53% der Sitze als stärkste Partei hervor. Einer der Führer dieser Partei, Gijya Prasad Koirala, trägt heute die Regierungsverantwortung. Ungewöhnlich für die heutige Zeit mutet die sehr starke kommunistische Opposition (über 40% der Sitze) an. Sie ist zu verstehen vor dem Hintergrund, daß der Nepali Congress gemeinsam mit einem kommunistischen Bündnis und zwei Menschenrechtsorganisationen die Volksbewegung vom Frühjahr 1990 getragen und damit den politischen Wandel überhaupt erst möglich gemacht hat. Gründe für die Stärke der kommunistischen Parteien sind aber auch in der großen Armut der Bevölkerung und der ständig zunehmenden Arbeitslosigkeit, insbesondere in den Reihen der städtischen Jugend, zu sehen.

Wie hat sich die noch junge Demokratie bewährt? Es war von vorneherein klar, daß die neue Regierung mit großen Problemen konfrontiert werden würde. Schließlich hatte sich weder an der wirtschaftlichen noch an der sozialen Situation des Landes etwas geändert. Jene Kräfte, die aus dem abgeschafften Panchayat-System ihren besonderen persönlichen Nutzen gezogen, die sich illegal bereichert und in führenden politischen, administrativen und wirtschaftlichen Positionen etabliert hatten, bestimmten auch weiterhin das Geschehen. Bis heute hat sich daran nur sehr wenig geändert. Vielfach machten diese Leute den politischen Wandel einfach mit und traten in den regierenden Nepali Congress ein. Vielfach übernahmen aber auch die neuen Machthaber das politische Gebahren der deswegen zuvor kritisierten und bekämpften Machteelite. Die Korruptionsvorwürfe der Ministerin Shailaja Acharya an ihre eigene Regierung, die sie bei ihrem Rücktritt im Sommer 1992 erhob, mögen hier als ein Symbol stehen.

Mit dem Ziel, einen Weg aus der wirtschaftlichen Misere des Landes zu finden, hat sich die Koirala-Regierung zu einer umfassenden Privatisierung der Wirtschaft entschlossen. Dies mag vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt her sicherlich die idealste Lösung sein, die allein eine Verbesserung der Lage herbeiführen kann. Sozial gesehen aber hat sich bis heute nichts geändert, allenfalls verschlimmert. Wer in Nepal kann es sich erlauben, privates Eigentum an einst staatlichen Industrieunternehmen zu erwerben? Doch wohl nur die Reichen, also jene, die auch bisher die Macht in Nepal innehalten! Eine Folge der Privatisierung sind die ständig steigenden Preise. Vor allem im Grundbedarfsbereich haben sich bodenlose Probleme für die arme Bevölkerungsschicht - und das ist ja die überwiegende Mehrheit der nepalischen Bevölkerung - ergeben, ganz besonders im städtischen Bereich. Die privatisierten Betriebe müs-

sen nach marktorientierten Gesichtspunkten arbeiten. Sie können sich den durch ein enormes Übermaß an Arbeitskraft gekennzeichneten Personalüberhang der maroden staatlichen Betriebe nicht leisten. Gleiches gilt für die staatliche Verwaltung. Die Folge sind Massenentlassungen. Den Betroffenen wird die Überlebensgrundlage genommen, soziale Absicherungen gibt es nicht.

Anders als früher nehmen die Menschen dieses Schicksals heute nicht länger wortlos hin. Sicherlich ist dies eine Folge der Demokratisierung, der größeren Freiheitsrechte. Die Presse, insbesondere die regierungsunabhängigen Wochenblätter, berichtet über die Vorfälle, die Maßnahmen der Regierung und ihre Auswirkungen, wenn auch manches in haarsträubend entstellter Form wiedergegeben wird, und informiert die Menschen über ihre Rechte unter der neuen Verfassung.

Die Opposition als politischer Faktor

Ein weiteres wichtiges Element der Demokratie ist die Opposition. Nach dreißig Jahren parteilosen Systems sind die Parteigründungen, -vereinigungen, -abspaltungen und -umbenennungen kaum mehr zu überblicken. Nur einige wenige Parteien haben heute jedoch eine größere Zukunftsperspektive. Dies sind neben dem regierenden Nepali Congress (NC), die beiden kommunistischen Oppositionsparteien Nepal Communist Party (United Marxist-Leninist) (NCP), Jharkhand Jana Morcha Nepal (Jharkhand People's Front) (JP) sowie die National Democratic Party (NDP), das nunmehr große Sammelager der Kräfte des früheren Panchayat-Systems. Wegen der absoluten Mehrheit des Nepali Congress haben die Oppositionsparteien auf Parliamentsebene nur wenig ausrichten können, da sie stets überstimmt wurden. Daher haben sie ihre Politik überwiegend in der Öffentlichkeit ausgetragen, sei es durch Auftritte zu Demonstrationen oder Streiks, sei es durch symbolische Fahrrad-Rallies oder ähnliches.

Gerade die Streiks und Demonstrationen aber haben der im Umbruch befindlichen nepalischen Wirtschaft stark zugesetzt. Daher ist die führende Oppositionspartei, die NCP-JML, zunehmend behutsamer mit diesem Instrument eines demokratischen Staates umgegangen; man merkte wohl, daß man mit derartigen Maßnahmen die Situation, die man eigentlich bekämpfen wollte, nur noch verschlimmerte. So sind es heute insbesondere die kleineren, zahlenmäßig ziemlich unbedeutenden, aber dafür um so aggressiver agierenden linken Gruppen wie NCP-Masal und NCP (Unity Centre), welche immer wieder die Massen zum Boykott und zum Protest gegen die Maßnahmen der Regierung aufrufen.

Die Streiks und Demonstrationen zeigen aber auch, daß der Staat seine Macht unverändert mit den gleichen Mitteln ausübt, die schon das Panchayat-System so verrückt gemacht hatten. Zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung

griff die Polizei wiederholt auf die Praktiken der Wahllosen, manchmal bewußt tödlich zielenden Schußwaffengebrauchs, des brutalen Schlagstock- und Tränengasensatzes sowie der unge-rechtfertigten Verhaftung und der Folterung Verfahren zurück. Obgleich diese Praktiken im Widerspruch zu den internationalen Grundsätzen des Menschenrechts stehen, zu denen sich auch die neue nepalische Verfassung bekannt, rechtfertigte die nepalische Regierung immer wieder die Polizeieinsätze mit den teilweise gewaltsamen Ausschreitungen der Demonstranten. Die Schuld dafür, daß kleine Kinder gezielt erschossen wurden, wurde den Demonstranten zugeschoben, da diese die Kinder schützend vor sich gehalten hätten, um gewalttätigen Ausschreitungen der Polizei vorzubeugen. Zu der Tatsache, daß auch Kinder hinter verschlossenen Wohnungstüren und in den Fenstern der oberen Stockwerke der Häuser erschossen bzw. verwundet wurden, nahm die Regierung nicht Stellung. Es wurden auch keine Untersuchungen hierzu angestellt, geschweige denn, daß die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen worden wären.

Damit sind wir schon mitten im Thema "Menschenrechte". Wir erkennen, daß sich die Menschen in Nepal ihre Rechte bewußter werden, daß sie diese auch einfordern, daß sie ihre Meinung frei und öffentlich zum Ausdruck bringen können und daß sie zunehmend auch den ihnen offenstehenden unabhängigen Rechtsweg zur Durchsetzung ihrer Rechte benutzen. Insofern hat die Demokratie- und Menschenrechtsbewegung vom Frühjahr 1990 sicherlich einen grundlegenden Wandel bewirkt. Soweit es sich um die universalen Menschenrechte handelt, die ja auch von der nepalischen Verfassung garantiert werden, bekennen sich auch die Regierungen in Nepal eindeutig hierzu. Es gibt jedoch nach wie vor Bewertungsmaßstäbe, welche die persönlichen Grundrechte hinter die staatlichen Ordnungsprinzipien zurücksetzen. Beispiele wurden bereits oben erwähnt. Diesbezügliche Kritik wird natürlich von der Regierung nicht gerne gehört, aber das dürfte in allen Ländern gleich sein.

Das Problem der Gleichheit aller

Wesentlich schwieriger ist die Beurteilung der Entfaltung der individuellen Menschenrechte. Die in Teil 3 (Artikel 11-23) der nepalischen Verfassung geregelten Grundrechte deckten sich weitestgehend mit dem, was nach westlichem Demokratieverständnis als internationaler Maßstab angesehen werden kann. Man sollte daher meinen, daß die untergeordneten Gesetze mittlerweile in entsprechender Weise angepaßt worden sind und jeder Mensch in Nepal unabhängig von Religion, Rasse, Geschlecht, Kaste, Volksstamm oder Ideologie, wie es in Artikel 11 heißt - diese Rechte ggf. vor Gericht einklagen kann. Doch die nepalische Wirklichkeit steht in krassem Widerspruch zu diesem allgemeinen Gleichheitsgrundsatz, u.z. nicht nur im Gesellschaftsbild, sondern auch in den Gesetzen und in der Rechtfertigung derselben

durch die Politiker.

Augenscheinliche Ursache für diese Divergenz ist der Leitgedanke des Hindustaat. Nach Artikel 4 der Verfassung erklärt sich Nepal nämlich ungeachtet der im gleichen Artikel genannten Multiethnizität und Vielsprachigkeit zum Hindustaat. Dies bedeutet nach nepalischem Verständnis, daß die nachfolgend genannten Grundrechte nur insoweit garantiert sind, als sie nicht im Widerspruch zum übergeordneten Hindurecht stehen. Insofern wird eine Abänderung der auf dem Hindurechtsdenken beruhenden Gesetze, welche zum Teil im Gegensatz zu den internationalen Menschenrechten stehen, als nicht notwendig abgelehnt. Viele führende Politiker aus Regierung und Opposition protestieren gar gegen derartige Forderungen, weil sie darin einen Angriff gegen die kulturellen Grundlagen des nepalischen Volkes zu erkennen glauben.

Es ist festzuhalten daß diese Sicht- und Denkweise für jene Menschen selbstverständlich ist, welche die Urheber, Erhalter und Hauptnutznießer des Hindurechtsdenkens sind, d.h. die Angehörigen der hohen Brahmanen-, Thakuri- und Chetri-Kasten, insbesondere die männlichen. Betrachtet man, wer in Nepal die führenden Ämter in der Regierung, im Parlament, in den Parteien, in der Verwaltung, im Gerichtswesen, beim Militär, im Bildungsbereich und in der Wirtschaft bekleidet, so muß man feststellen, daß hier die hohen Hindukasten in geradezu erdrückender Weise dominieren. Das war schon früher so und daran hat sich auch durch die Volksbewegung von 1990 nichts geändert. Auch jene Männer, in deren Händen die Ausarbeitung der neuen Verfassung lag, entstammten diesem Bevölkerungskreis. Es ist also nicht verwunderlich, daß sie ihre eigene soziale und kulturelle Denkweise zur Grundlage von Recht und Politik gemacht haben. In den machthabenden Positionen finden sich ja auch nur wenige, die auf die Idee des Widerspruchs kommen könnten.

Widerlegung der Begründung des Hindustaat

Gibt es unabhängig davon, ob die Leitgedanken des Hindurechts mit den internationalen Menschenrechten westlichen Musters vereinbar sind oder nicht, einen zwingenden Grund oder sogar eine Berechtigung, Nepal zum Hindustaat zu erklären? Der Hinduismus ist mehr als eine Religion; er verleiht dem Individuum seine spezifische soziale Rolle und Aufgabe in Staat und Gesellschaft, der man sich nicht entziehen kann. Gleichzeitig wird die Rechte und Pflichten der Mitglieder und der Gesellschaftsaufbau, das unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen nach einem religiös begründeten streng hierarchischen Muster geordnet. Bei einer völlig geschlossenen hinduistischen Gesellschaft wäre ein derartiger Staat denkbar mit der Begründung der eigenständigen kulturellen Entfaltung des betroffenen Volkes. Ob Einzelaspekte dieser Kultur wegen des Widerspruchs zum international verbrieften Menschenrecht zu kritisieren und auf ihre Verbesserung zu drängen wäre, hinge hierbei vom Einzelfall ab. Wesentlich wäre dabei insbesondere eine Kritik und ein Bemühen um Verände-

rung von innen heraus.

Eine derartige geschlossene Hindugesellschaft ist in Nepal jedoch nicht gegeben. Nepal ist nicht nur ein multiethnischer Staat, in welchem mindestens 35 verschiedene Völkerschaften auf engem Raum zusammenleben, die Menschen gehören auch völlig unterschiedlichen anthropologischen, linguistischen und religiösen Bereichen an. Ein fundierter Überblick über die Zusammensetzung der nepalischen Gesellschaft wird schon allein durch die staatlichen nepalischen Statistiken erschwert. Es ist allgemein bekannt, daß die Ergebnisse der alle zehn Jahre stattfindenden Zensusumfragen ein im Sinne der hohen Hindukasten und des Hindustaat ver-schobenes Bild widerspiegeln. Ursache hierfür sind nicht nur inkorrekte Zähnmethoden bei den ethnischen Gruppen sondern auch föhliche Angaben befragter Personen. Wer überhaupt eine Chance im Hindustaat haben will, muß sich zum Hindu erklären, auch wenn dies der eigenen Praxis oder Religionsausübung widerspricht. Man kann grob sagen, daß alle altnepalischen Gruppen einschließlich der im Flachland siedelnden Tharu keine Hindus sind. Sie sind entweder Buddhisten oder haben animistische Religionen. Allenfalls haben sie bestimmte Praktiken von den seit etwa dem 11.-13. Jh. zugewanderten und die politische und wirtschaftliche Macht rasch an sich reißen den hohen Hindukasten übernommen. Doch diese Hindupraktiken überragen meist nur lose das traditionelle Religions- und Gesellschaftsgefüge der ethnischen Gruppen.

Sahen wir einmal von der erst in den letzten Jahrzehnten aus den angrenzenden indischen Gebieten zugewanderten Hindubevölkerung des Tarai, des nepalischen Flachlandgürtels entlang der indischen Grenze, ab, so umfassen die nepalischen Hindus lediglich die hohen Kasten der Brahmanen, Thakuri und Chetri sowie eine kleine Zahl von diesen hohen Kasten als unberührbar angesehener Berufsgruppen. Die Muttersprache dieser Menschen ist das Nepali, gemäß der Verfassung die Nationalsprache Nepals. Das Nepali ist heute die einzige Sprache, die landesweit von fast allen Bewohnern mehr oder weniger gut verstanden und gesprochen wird. Gerade die jüngere Generation auch der ethnischen Gruppen bedient sich zunehmend des Nepali und vernachlässigt die eigene Muttersprache. Dies hat zur Folge, daß viele Menschen, die nicht den hohen Hindukasten bzw. den berufsgebundenen unberührbaren Kasten angehören, heute bei den zehnjährigen Zensusumfragen als ihre Muttersprache das Nepali angeben. Bedenkt man dies, wenn man die Zahlen des Zensus von 1991 betrachtet, bei dem das Nepali als Muttersprache gegenüber dem 81er Zensus schon um 5,2% auf 53,2% zurückgegangen ist, so wird klar, daß die alles dominierenden hohen Hindukasten allenfalls ein Drittel der Gesamtbevölkerung Nepals ausmachen, eher noch weniger.

Man muß sich daher fragen, worin die Repräsentanten dieser Minderheit als Schöpfer der Verfassung von 1990 die Berechtigung, ja nach ei-

genen Aussagen sogar die zwingende Notwendigkeit, gesehen haben. Nepal weiterhin als Hindustaat zu definieren. Im Vorfeld der neuen Verfassung hatten fast alle Parteien, Menschenrechtsgruppen und die wie Pilze aus dem Boden schießenden Interessenvertretungsorganisationen der ethnischen Gruppen, Moslems, Unberührbaren und Frauen vehement die Schaffung eines säkularen Staates gefordert, mit der Begründung, daß nur darin der Gleichheitsgrundsatz gewahrt und die grundlegenden Menschenrechte verwirklicht werden könnten. Das ist jetzt gut zwei Jahre her. Für die etablierten Parteien ist das Thema gestorben, allenfalls noch einige extremistische Linksparteien, die ohnehin die Abschaffung des Königtums und eine Republik fordern, kritisieren weiterhin den Hindustaat. Betrachtet man die Zusammensetzung der Führungsgremien der Parteien, so wird deren Haltung verständlich. Selbst die MCP-UML, die sich doch als kommunistische Partei frei von religiösen Belangen ausgibt, hatte bei den Parlamentswahlen vom Mai 1991 zu nicht weniger als 42% Brahmanen ins Rennen geschickt. Beim Nepali Congress sah es nicht viel anders aus. Als kurz darauf Girija Prasad Koirala, selbst Brahmane, sein Kabinett zusammenstellte, bestand es zur Hälfte aus Brahmanen; die einzige, inzwischen zurückgetretene Frau in diesem Kabinett, war natürlich auch eine Brahmanin.

Bei der Zulassung von Parteien hat man zwar Organisationen zugelassen, welche sich gezielt für Hinduinteressen einsetzen. So setzt sich z.B. die Nepal Sadbhavana Party speziell für die erst in den letzten Jahrzehnten aus Indien zugewanderte hinduistische Bevölkerung des Tarai ein. Nicht zugelassen wurden jedoch Organisationen der ethnischen Bevölkerung und der Unberührbaren, da sie, wie es in der offiziellen Begründung hieß, lediglich kommunale Interessen verträten. Eine dieser Organisationen ist die Mongol National Organization, welche sich, wie der Name sagt, für die tibeto-mongolischen altnepalischen Gruppen einsetzt. Eine Verfassungsklage seitens dieser Organisation wegen der Nicht-Zulassung ist auch zwei Jahre nach den Wahlen noch bei Obersten Gerichtshof anhängig. Vorsitzender des Obersten Gerichtshofes ist ein Brahmane, der 1990 Vorsitzender jener Kommission war, welche die neue Verfassung ausgearbeitet hat.

Chancen der ethnischen Bevölkerung

Mit welchen Problemen haben die Angehörigen der ethnischen Gruppen, der unberührbaren Kasten, zum Teil aber auch die Hindubevölkerung des Tarai vor allem zu kämpfen? Benachteiligt sind die genannten Gruppen schon aufgrund ihres Siedlungsgebietes. Seit die hohen Hindukasten vor gut 200 Jahren Nepal militärisch und politisch geeinigt, die ethnischen Gruppen ihres Landes beraubt und das Kathmandual zum Zentrum ihrer Macht deklariert haben, ist alles Geld und alle Entwicklungskraft fast ausschließlich in dieses Zentrum geflossen, zum Nachteil des Rests des Landes. Daran hat sich auch nach der Öffnung des Landes zu Beginn der 50er Jahre

und mit dem Zustrom ausländischer Entwicklungshilfe nicht viel geändert. Immer noch sind die meisten Projekte im Tal und in seiner hohen Umgebung angesiedelt. Außer den hohen Hindukasten konnte lediglich das Volk der Newar, quasi die Ureinwohner des Kathmanduals, von dieser Situation profitieren, wirtschaftlich, aber zunehmend auch politisch. Heute sind die Angehörige in führenden politischen, administrativen und wirtschaftlichen Funktionen zu finden sind. Gemessen an ihrer Gesamtzahl sind auch sie eigentlich schon wieder überrepräsentiert, wenn auch Ganesh Man Singh Shrestha, oberster Führer des Nepali Congress und selbst Newar, bei seinen parteiinternen Querelen mit Premierminister Girija Prasad Koirala wegen dessen Brahmanisierung des Staates vom Gegenteil spricht. Mehr oder weniger chancenlos sind dagegen die Angehörigen der übrigen altnepalischen Volksgruppen, allenfalls findet man einige von ihnen in den unteren und mittleren Chargen der Verwaltung.

Schule - Sprache - Kultur

Die Probleme beginnen bereits in der Schule. Die Unterrichtssprache, das Nepali, ist für viele Kinder auf dem Land eine Fremd- oder allenfalls eine Zweitsprache. Die Schulbücher und die Lernhalte sind vollgestopft mit Themen und Symbolen aus der Hinduwelt, die den Kindern der ethnischen Gruppen vielfach noch völlig unbekannt sind. Allzu oft werden sie von schlecht ausgebildeten und schlecht bezahlten Lehrern unterrichtet, die sich keine Mühe geben, sich mit der Muttersprache und Kultur der Kinder, die sie unterrichten, zu befassen. Geht es dann später um die Fortsetzung der Ausbildung an Sekundarschulen, so haben die Kinder der ethnischen Gruppen kaum Chancen, an den wenigen wirklich guten Schulen des städtischen Bereichs unterzukommen. Die besten Schulen Nepals sind für die hohen Hindukasten und einige Newarfamilien reserviert, auch wenn das so nirgendwo steht. Durchaus wohlhabende Freunde von uns aus dem Kathmandual - er ist Tamang, sie Tibetaner - konnten, obgleich recht wohlhabend, ihre Kinder nicht in Kathmandu unterbringen und schickten sie daher auf Schulen im indischen Himalayaarum. Andere mit uns befreundete Familien hatten da keine Probleme, da sie Chetri- bzw. Thakuri-Familienamen trugen. Geht es später bei einem eventuellem Studium für besonders Begabte darum, ein Stipendium für eine ausländische Universität zu erhalten, stehen die privilegierten Bevölkerungsgruppen wieder an vorderster Stelle. Man betrachte in diesem Zusammenhang nur einmal die Liste der nepalischen Studenten, die in den letzten 20 bis 30 Jahren an deutschen Universitäten studiert haben; die Bilanz dürfte eindeutig sein.

Artikel 18 der Verfassung billigt jeder im Königreich Nepal lebenden Bevölkerungsgruppe das Recht zu, ihre eigene Sprache, Schrift und Kultur zu erhalten und zu fördern sowie Schulen zur Bildungsvermittlung in der Muttersprache

tern erscheinen, dann kann man fast immer davon ausgehen, daß es sich dabei um Frauen aus hohen Hinduakasten, allenfalls auch um ein paar Newarfrauen, handelt. Der Staat soll eine Politik betreiben, welche den Frauen eine größtmögliche Beteiligung an der Aufgabe der nationalen Entwicklung einräumt, heißt es in Artikel 26, Absatz 7, der Verfassung. Voraussetzung wäre die rechtliche Gleichstellung von Frau und Mann, wozu allerdings der politische Wille der Verantwortlichen ganz offensichtlich fehlt.

Natürlich wäre auch mit einer tatsächlichen rechtlichen Gleichstellung das gesellschaftliche Problem der Benachteiligung der Frauen nicht gelöst. Es wäre auch vermessen, zu behaupten, die Frau werde nur in der Hinduogesellschaft benachteiligt. Auf die ethnischen Kulturen trifft dies natürlich ebenfalls zu, auch auf die buddhistischen Ethnien. In der Hinduogesellschaft ist die Benachteiligung aber besonders ausgeprägt und vorgehoben werden - im Hindurecht schriftlich fixiert. Mit der Anwendung des Hindurechts auch auf die sehr zahlreichen nicht-hinduistischen Bevölkerungsgruppen wird die untergeordnete Rolle der Frau auch dort kodifiziert und verstärkt.

Erwartungen und Forderungen

Die Volksbewegung von 1990 und die durch sie bewirkten verfassungsrechtlichen Änderungen haben dem nepalischen Volk größere Freiheiten und Rechte gebracht. Es wurde damit die Grundlage für eine menschenwürdige Zukunft geschaffen. Die oben genannten Beispiele verdeutlichen aber, daß von einer tatsächlichen Demokratie noch nicht gesprochen werden kann. Demokratie bedeutet die Herrschaft des gesamten Volkes, in Nepal aber handelt es sich dabei nach wie vor nur um eine Minderheit hochkastiger Hindus und Newar, wenn auch der Kreis der Beteiligten verändert und erweitert wurde. Die Mehrheit des nepalischen Volkes aber gehört nicht den hohen Hinduakasten an, die einzig und allein von einem Hinduastaat profitieren. Wenn die in der Verfassung garantierten Menschenrechte tatsächlich für alle Bevölkerungsgruppen und -schichten in gleicher Weise verwirklicht werden sollen, dann wird das Land nicht umhin kommen, den Begriff Hinduastaat aus der Verfassung zu streichen. Wegen der notwendigen Zweidrittelmehrheit ist bei der genannten Machtkonstellation ein derartiger Schritt aber nicht zu erwarten. Ein Wandel zu einem säkularen Staat ist nur durch massiven Druck der benachteiligten Bevölkerungsgruppen möglich. Presse- und Meinungsfreiheit sind heute geeignete Forderungen der Interessensorganisationen werden zunehmend lauter. Eine große Gefahr für den Staat liegt darin, daß einige von den Führern ihre durchaus berechtigten Forderungen mit der Idee autonomer Regionen verbinden möchten. Nepal muß seine Einheit in der Vielheit wahren. Sowohl die machthabende Elite als auch die ethnischen Gruppen müssen sich zum Vielvölkerstaat bekennen. Die Aussage des Artikels 4 der Verfassung, Nepal sei ein multie-

thnisches und hinduistisches Königreich ist ein Widerspruch in sich; die zahlreichen ethnischen Gruppen Nepals sind keine Hindus. Erst wenn die Verfassung und die untergeordneten Gesetze wirklich allen Menschen des Landes gleiche Rechte zubilligen, kann sich der Staat um eine Verwirklichung dieser Rechte in der Gesellschaft bemühen.

Welche Konsequenzen ergeben sich aus der obigen Analyse von Demokratie und Menschenrechten in Nepal für den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit? Nepal bedarf dringend die positiven wirtschaftlichen und politischen Ansätze nicht im Keim ersticken will, ist sogar eine größere Integration der benachteiligten Bevölkerung in die Wirtschaft des Landes notwendig. In Anbetracht des Grundsatzes der Wahrung der Menschenrechte sollten sich die Geberländer und -organisationen um eine größere Integration der benachteiligten Bevölkerungsgruppen Nepals bemühen. Das bedeutet nicht nur eine Bevorzugung von Projekten, die direkt diesen Menschen zugute kommen, es könnte auch durch die Forderung an die nepalische Seite, in einem ausgewogenen Maße auch Angehörige der benachteiligten Gruppen im Rahmen der personellen Zusammenarbeit zu beschäftigen, u.z. nicht nur als Handlanger und Kulis, zum Ausdruck gebracht werden. Dies würde den Angehörigen benachteiligter Gruppen

* * * * *

Die politische Beteiligung der ethnischen Gruppen in Nepal nach der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung

Aus den Ergebnissen einer Untersuchung der Political Science Association of Nepal (POLSAN)

Nach einer Studie der Political Science Association of Nepal (POLSAN)¹ stellen die Brahmanen in den beiden Häusern des heutigen Parlaments 39,08% der Abgeordneten, die Chetri 18,75%, die Newar 9,37%, die gesamten übrigen ethnischen Gruppen des Gebirgsraums zusammen 16,4%, die Tarai-Gruppen 12,89%, die Moslems 2,34% und die unberührbaren Kasten 1,17%². Vergleicht man den Anteil der Bevölkerungsgruppen bei den einzelnen im Parlament vertretenen Parteien, so sind die drei oberen hinduistischen Kastengruppen (Brahmanen, Thakuri und Chetri) am stärksten bei der National Democratic Party (NDP), also den ehemaligen Panchas, mit 100% vertreten, gefolgt von den Nominierten des Königs (70%, nur National Assembly), Nepali Congress (60,7%) und NCP-UML (52,9%). Von den ethnischen Gruppen sind außer den Newar nur noch die Tharu (6,6%), die Limbu (4,3%) und die Gurung (3,5%) erwähnenswert.³

Ein anderer Aspekt der Untersuchung von POLSAN ist die Volkszugehörigkeit der Mitglieder der diversen Parteien.⁴ Hierbei kamen die

zu einem sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg auch im Hinduastaat verneinbar und somit ihre politische Stellung in der Zukunft stärken.

Eine sehr gute Gelegenheit zur Förderung der ethnischen Gruppen und anderer benachteiligter Schichten der Bevölkerung ist durch die neuen entwicklungspolitischen Richtlinien Nepals gegeben. Die im Frühjahr 1992 erlassenen Gesetze zur lokalen Verwaltung wie Village Development Committee Act und Municipality Act zwingen die örtliche Verwaltung, Entwicklungsprojekte der lokalen Bevölkerung, besonders zu fördern; auswärtige Hilfe wird dabei besonders willkommen heißen.

Man muß aber auch die westlichen Politiker aufordern, sich nicht von dem ersten Eindruck einer ausreichenden Achtung der Menschenrechte täuschen zu lassen. Wenn sie bei allen ihren Gesprächen mit Vertretern Nepals auch das Thema Menschenrechte ansprechen und auf die gesellschaftlichen Ungleichheiten verweisen, könnte auch das einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Meine persönlichen Gespräche mit zahlreichen nepalischen Politikern, einschließlich Premierminister Koiralas, haben mir bewußt gemacht, daß der Wille zur Verwirklichung der Menschenrechte durchaus vorhanden ist, daß aber der Schleier der eigenen Kultur und Erziehung vielfach den Blick für die gesellschaftlichen Gegebenheiten trübt.

Brahmanen insgesamt auf 34%, die Thakuri und Chetri auf 18,4% und die Newar auf 22,4%. Die Brahmanen sind also weniger stark repräsentiert als auf Parliamentsebene, die Newar weit mehr als doppelt so stark, während der Prozentsatz der Thakuri und Chetri etwa gleich hoch ist. Bei allen größeren Parteien, NCP-UML, UPPN und NDP, liegt der Anteil der hohen Hinduakasten deutlich über 50%⁵.

Bei der Frage nach der praktizierten Religion bezeichnen sich 70,1% der Parlamentsabgeordneten als Hindus, wobei der Anteil bei den einzelnen Parteien von 9,1% (UPFN) über 40,5% (NCP-UML) bis 91,6% (NC) und 100% (NDP und NWPP) schwankt.⁷ Auch bei den benachteiligten Parteimitgliedern in den ausgewählten Bezirken weist die UPPN den geringsten Hinduanteil auf, wengleich sich hier immerhin noch 48,8% der Mitglieder zum Hinduismus bekennen. Hier führt die auf das Tarai beschränkte Nepal Sadbhavana Party (NSP) mit 88,9%, gefolgt von NC und NDP mit jeweils 87,2%⁸.

Bei der Befragung von POLSAN wurde auch das Thema der Beibehaltung des Königtums, und

das ist in Nepal gleichbedeutend mit der Idee des Hindustates, angesprochen. Von den befragten Parlamentariern sprachen sich 62% für eine Beibehaltung der Monarchie aus, 37,6% waren dagegen. NDP, NSP und die Nominierten des Königs in der National Assembly waren einstimmig für die Monarchie, von den 135 Abgeordneten des Nepali Congress stimmte nur ein einziger für eine Abschaffung. Von den 95 befragten Abgeordneten der vier im Parlament vertretenen kommunistischen Parteien waren lediglich drei für die Beibehaltung der Monarchie.⁹ Bei der Befragung der Parteimitglieder in den ausgewählten Distrikten stellte POLSAN im Gegensatz zur Befragung der Parlamentarier sowohl die Frage nach der Beibehaltung des Hindukönigreiches als auch die nach einem Wechsel zu einer republikanischen Staatsform und ermöglichte darüber hinaus eine differenzierte Form der Beantwortung. 50,9% fanden die Beibehaltung des Hindukönigreiches als gut und wichtig, 10,7% fanden es zwar gut, hielten es aber für unwichtig und 37,6% waren gegen den Hindustaat. Im Gegensatz zu den Parlamentarierangeordneten waren aber bei allen Parteien mindestens 10% der Mitglieder gegen den Hindustaat, die wenigsten beim NC mit 10,3%.¹⁰ Diese Differenzierung wurde dann

wiederm aufgeheben durch die Frage nach einem Wechsel zur Republik.¹¹

- 1 Political Parties and the Parliamentary Process in Nepal. A Study of the Transitional Phase. Kathmandu: POLSAN 1992.
- 2 a.a.O., S. 64, table no. 6
- 3 a.a.O., S. 203, table no. 3
- 4 Befragungen wurden in zehn Distrikten aus unterschiedlichen Gegenden des Landes sowie im Kathmandu bei Mitgliedern der im Parlament vertretenen Parteien durchgeführt.
- 5 Hierbei muß natürlich berücksichtigt werden, daß mit den drei Distrikten des Kathmandus als Haupt-siedlungsgebiet der Newar etnbezogen wurde.
- 6 a.a.O., S. 89, table no. 4
- 7 a.a.O., S. 208, table no. 25. Bei den Zahlen für die kommunistischen Parteien ist zu berücksichtigen, daß sich viele Mitglieder als religiösbe bezeichneten.
- 8 a.a.O., S. 90, table no. 5
- 9 a.a.O., S. 274, table no. 1
- 10 a.a.O., S. 131, table no. 16
- 11 a.a.O., S. 163, table no. 1

* * * * *

"Magarant" State Demanded By Liberation Front

By M.R. Jesso

The as-yet-unknown "Magarant Liberation Front" has in a recent appeal demanded the recognition by the government of a "Magarant" state comprising the twelve districts of Tanahu, Syangja, Parvat, Myajedi, Baglung, Gulmi, Palpa, Arghakhanchi, Pyuthan, Ropla, Rukum and Salyan.

This renewed appeal, interestingly enough, has been timed in the context of the declaration by the UN of 1993 as the year of indigenous people. The Front's chairman, Hit Bahadur Thapa Magar, asserts that this demand is well within constitutional limits as the "Magarant" state would be wholly

within Nepal. According to the appeal, in the "Magarant" state, all communities would be treated equally, irrespective of their caste and creed. However, if its demand is not conceded in, the Front's chairman has threatened: "we will fight for separation." He has also put two choices before the government: concede the demand for creation of such a "Magarant" state or bear the full responsibility of separation of the elements or foreign loobbies have been active in this respect, one wonders if such a possibility can be

How serious is this threat? No one knows for sure. Yet, there seems little doubt that the demand for such more from Hit Bahadur Thapa Magar in the future — and even sense of frustration and deprivation perhaps of a similar move by other experienced by a section of jingrits for the creation of a "Limbuwan" or "land of the Limbus" (minority ethnic group) in eastern Nepal. In any case, the government's handling of these sensitive issues should be of enormous interest, as also to listen for any possible echoes of "Magarant" demands, in the forthcoming parliamentary session. ■

(The Independent, 17. Februar 1993)

* * * * *

CHILDREN OF THE DEPRIVED: NEPAL'S CASE

By
Mathura P. Shrestha
Indira Shrestha**

SUMMARY:

The paper utilizes historical and other sources to analyze the extent and determinants of poverty and deprivation. The majority (70%) of people in Nepal are below the poverty line. The effects of poverty and deprivation is maximum among the indigenous and oppressed minorities, especially the woman and children. They are continuing to be displaced physically, economically, culturally and socially. Some of the communities are facing physical extinction. The tragic consequences of war, power struggle, natural and man-made disasters, market economy and foreign aid in their health, development and environment are discussed. The paper advocates conscientization and empowerment to assert their rights to health and development and to upliftment. In designing programmes for them, it proposes to go beyond the medical and health spheres, to a seven step model: (1) critical awareness, including the elements of comprehension, competency, creativity, and confidence; (2) effective communication; (3) a people-oriented strategy; (4) a simplified, informative, flexible, progressive and people oriented system; (5) in-built monitoring and evaluation with a rapidly assessable information system and rapid analysis of problems; (6) social responsibility to have rights to informed choice and to health, education and development; (7)

research and innovation yielding prompt results.

1. OVERVIEW

As humans, we have taken giant steps in the development of sciences, technology, communications, services, etc. Today, we are prouder, healthier, more informed, better equipped, more capable, more developed and richer than our ancestors.¹ We live in a world of plenty.² We now can make "milk and honey flow in every person's home on our planet, eradicate many of the diseases and solve most of the problems irritating us. Yet at the advent of twenty-first century, we are no more than helpless creatures—grossly vulnerable to mutual distrust and the crude instinct to exploit fellow humans and the environment. Because of this inadequacy, too many of us in this world, especially those living in developing countries, continue to suffer from the cruel effects of ignorance, poverty, hunger, disease, exploitation and insecurity.

As adults, we run the affairs of this world. But what of our children? What of those deprived and underprivileged children in developing countries? Children of deprived sections and oppressed minorities continue to take the brunt of this inadequacy. It is the time to review the neglected questions of their survival, protection, development and participation in conformity with the UN Convention of the Rights of

the Child, which Nepal has also signed and ratified.

State authorities, parents, teachers, health professionals and other adult members of society must understand that the question of "bringing up an adult"—that is, of promoting children to become healthy, productive and responsible adult members of society—is a right of the children. That right is intimately tied with the right to life. A child has a right to develop physically, mentally, intellectually and socially, irrespective of differences in gender, race, caste, class, creed and any other accidents of birth or otherwise, including the "accidents" that are artificially and socially or unjustly imposed.³ Since the children are the future, they must be encouraged to participate in creating that very future. This emphasis on enabling will be most difficult and challenging to impart among the children of deprived indigenous peoples, especially those in the Least Developed Countries (LDCs) like Nepal.

Avast number of the unborn children in Nepal do not survive to see the light of day, simply because the mothers whose wombs harbour these foetuses are poor, discriminated against, malnourished and ill with many preventable diseases, or they lack access to antenatal or natal services. Infant mortality is as high as 107 per thousand live births and maternal mortality as high as 850 (hospital data).⁴ 1500 (data from my community health surveys)⁵ per 100,000 live births. Sixty percent of children,

mostly children of deprived communities and girls, either do not go to the school or leave within the first year of enrollment. As high as 14.6% of children aged 10-14 were either married, widowed or divorced. 6 Fifty seven percent of children of this age group are economically active. 7 mostly in primary sectors or factories without basic sanitation or safety. 8 Children in these factories are most susceptible to exploitation and other occupational hazards. In addition to diseases associated with overcrowding, poor sanitation and personal hygiene. Diarrhoeal diseases, ARI, tuberculosis, bacterial meningitis, skin diseases and trauma are major health problems among them. The average working hours for a girl child are 7.4 hours per day, twice that of a male child. 9 Illegal child and women trafficking in Nepal is quite common. It was estimated in 1987 that as high as 130,000 Nepal women, mostly girls, were trafficked and entered into flesh trade in Bombay and other metropolises of the world. Within Nepal, prostitution, though illegal, is increasing. In some far western and midwestern parts of Nepal as many as 17,000 girls have been offered to Hindu gods or temples as Debaki or Badanti to serve as religious slave-prostitutes. Child trafficking, especially in the deprived communities, is maintained here to supply cheap and unrecorded or unmeasured household hands and begging industry in India. The most rudimentary slavery system still exists in Nepal in the name of Hali, Kammatyala, Gothala, and other forms of debt servitude. Whole families are usually lost to death, chronic malnutrition and disease, or social and intellectual disabilities. Bonded labourers in brick factories, carpet industry

and other risky trades, drawn mostly from among low class children, are legally unprotected and live out their lives no better than slaves.

The "World Bank Report" ranked Nepal as one of the lowest five of the least developed countries (LDCs) of the world. 10 A low economic growth rate of less than 2% in 1991—if indexed against past real values—indicates that the absolute income of the people of Nepal is decreasing rather than increasing. Unchecked inflation, increasing consumption patterns among the upper classes, rising expectations of the people in the face of increasingly privatized and appropriated resources, and a widening gap or disparity between the upper and lower classes have made the situation worse.

A vast majority of the people of Nepal (90%) are rural and urban poor living in extreme poverty and deprivation. According to a recent figure presented in a recent seminar on poverty alleviation in Kathmandu organised by the National Planning Commission, UNDP and World Bank, 70% of population was below the poverty line. 11 The poverty level is far more apparent in both comparative and absolute terms among these poor. Yet spectacular mountain scenery, tourist hype and professional obfuscation effectively mask the severity and causes of poverty and deprivation from observers both within and outside Nepal, leading to gross under-estimation and deliberate neglect of the problems. 12 The highest price of such poverty and deprivation is paid by children and women, especially those belonging to indigenous tribes and oppressed minorities.

Democracy in Nepal was a gift from its people to the leaders, especially to the "elected masters" (in words of Max Weber) 13 rather

than the other way round. Having no menu for development, the government at least has slogans to addict the people to day dreaming or to the "culture of silence". This new class of leadership has depended on IMF and World Bank agents to define and tailor development for poor Nepal. They have turned this new-found democracy, as the African writer Ngũgĩ Wa Thiong'o puts it, into "... independence with the ruler holding a begging bowl and the ruled holding shrimking belly." 14 Foreign aid in such a bowl is largely consumed by the elites of the donor and recipient countries, leaving a mere trickle to the needy poor or deprived, and this, too, is applied for the most part to breakdown their remaining autonomy. World Bank and foreign aid have together created a chain of commission agents or "middle men", contractors and subcontractors, corrupt officials, and "well-bred men" smart enough to sabotage the very development process of the people. Such aid almost invariably kills people's initiative or self sustenance to make them more and more dependent on foreign aid. So-called NGOs also do not fare better. Many mushrooming NGOs in Nepal, established by the same elite group of people controlling the government, are nothing more than begging bowls to fatten clever men and women who are good at hijacking the fruits of cooperation from the people for their own benefit.

Nepal's elite, as in any other developing country, are conspiring to industrialize and develop as rapidly as possible in order to catch up with more developed nations. This has led to deliberate modification of natural environment with concomitant loss of social values. Many forest areas were decimated, often

illegally and unethically, to export or supply the timbers and forest products to the black market in order to become rich as fast as possible. The traditional agricultural system rapidly changed to cash-crop or market-oriented farming, with indiscriminate use of imported seeds, chemical fertilizers and pesticides. Due to destruction of long established natural balances, many "new" diseases and pests destroyed orange and other fruit cultivation; several indigenous varieties of rice, corn, legumes, potato and vegetables, which were then replaced by inferior varieties dependent on increasing supplies of water, fertilizers and pesticides. Often, developing countries like Nepal served as dumping grounds for the sale of hazardous and even banned pesticides, chemicals, drugs and technology and machinery which are pollution prone, emitting toxic waste or gasses and dusts. The plying vehicles almost always emitted too much of dust smokes, that also right at the level of children's noses. The imported, energy guzzling, labour intensive and unproductive or substandard technology and machinery enriched the industrialists and the privileged sections of population, but always lost the race in the competitive markets, even in their own country. This caught the indigenous and deprived population unaware, either eliminating them or forcing them to submit to the cheap but virtually bonded labour market. Interests of the children are easily compromised in this process.

I hope that this seminar will deliberate critically on the issues of development of indigenous people and minority communities realistically and holistically. I would now like to bring up some of the issues taking Nepal as a case,

2. CHILDREN, WAR AND CHANGE OF DYNASTY

Nepal is a country of many ethnic groups, races and religions. Historically, many dramas of wars and battles were enacted here, a process in which one ruling tribe or dynasty replaced another after successive episodes of barbaric enactment of power, full with tyranny, intrigues, conspiracy, deception, torture and deprivation. Each of the victorious dynasties always started with forceful elimination of peoples, culture and civilization. Atrocities and reprisal of all sorts were cruelly perpetuated. To illustrate one such hateful example:— when a Gurkha King conquered Kirtipur, in the Kathmandu valley, he punished the defeated inhabitants by cutting their noses off. 15 Although the order was against the adult males, women and children were not spared in that barbaric act. The grim statistic is added that the weight of noses and lips that were brought to Prithivi Narayan in a proof that his order had been obeyed amounted to no less than eighty pounds. Father Giuseppe, who was present at the time, records the horror with which he saw so many living men whose faces resembled skulls. 16 Many, specially the children, died of infections that followed. They even glorified every such act of violence in the name of the nation or the age. Often they falsified and misused history to justify or legitimize violent interventions. Each such conquest was invariably accompanied by too many unwanted deaths, diseases and loss of property and livelihood. The list of deprived classes or ethnic groups invariably became longer. Children, especially of the deprived, suffered most.

War anywhere has always been the worst epidemic. It thus becomes the prime duty of health

professionals to prevent war for the health and well being of humanity, our children and future generations. War is a most inappropriate or out-dated tool to bring change. Today at the threshold of the twenty first century, humanity has matured sufficiently to out law wars and their determinants. War is our creation and our problem. We can and must abolish it.

3. Children and eco-health

We remember Nepal as a very beautiful country. The rivers were clean and transparent, deep and so full with aquatic life! One could clearly view swimming fish and colourful gravels at the bottom of these rivers from a height as high as one kilometre. During some weekends, we found fishing so easy and enjoyable! We used to hold two roughly discoid shaped stones, opposed one over the other over a rocky bank of a river in such a way that the lower stone is partially submerged in water. When we struck hard on the top with a medium sized hammer, the impact of the sound would paralyse and bring to surface a few unaware fish, which we would collect with a great pleasure and excitement. Sometimes, while swimming, we would ransack crevices or cavities in the rocky banks of rivers to pull out unaware or hiding fish. Occasionally, snakes were pulled out instead, scaring us all. It used to be so fun and so memorable! Similarly, our plains, hills and mountains were richer, greener, stronger and more beautiful, with a multitude of flora and fauna. The soil was so fertile that Nepal was a self-sufficient and even a food surplus nation with many fat and lazy landed aristocrats. The purity of the air, majestic mountains, lush green plains and hills, and calm and serene atmosphere, with the spectacular scenery of the

country-side and beautiful temples, architectural monuments and uncrowded streets and spaces, made Kathmandu and other townships majestic. Our forests used to be so dense and rich that, had they been managed properly, Nepal would still be rich and prosperous without the need of any foreign aid.¹⁷ The testimony of the greatness and richness of Nepal in those days was apparent in the recent exhibition of historical photographs of Nepal fifty years ago, presently held in Kathmandu by the Nepal Heritage Society. Today, even in a country like Nepal where much of nature remains intact, children are deprived of opportunities that were available naturally fifty years ago.

It would be irresponsible of us to blame only population growth for such a disaster.¹⁸ The poverty is more pronounced among the marginalised population in rural areas, shanty towns and, in many developing countries in areas where population density is lower than in urban centres and developed countries. Exploitation means people cannot provide their needs with their labour, so they have more children as their only perceived means to get additional labour.¹⁹ High birth rates are a response to, not a cause of, poverty, and population control efforts divert attention from economic and social development programs. Zimbabwe, for example, has a high average annual population growth rate of 3.5%. Environmental stress there, however, comes not from too many people or cattle but from too little land in African communal areas and too much in the European controlled large farm sector.²⁰ The reduction of fertility rate is the result of improvements in the living conditions rather than the cause of such improvements (Buchanan, 1982). Similarly, poverty in a developing country is

the historical product of exaggeration and aggravation of existing inequities, through expanding markets, foreign aid and cooptation of the elites, expropriation of the producers and other kinds of theft, and the concentration of capital globally.

Another aspect of eco-health is that many indigenous tribes and minority communities depended on forest and nature for their livelihood. In Nepal, indigenous tribes like Kusunda, Raute, Chepang, Sattar, Thami, Musahari etc. partially depended on fruits, wild yams, wild animals and other forest and grassland products for their food and livelihood. Once highly cultured and prosperous, these tribes first lost their fields and then their forests. Now they no longer have a source of livelihood. Lost is their forest-friendly slash-and-burn method of farming, resulting in a rapid reduction of their population due to high mortality and morbidity. Today, the Kusunda and Raute are on the verge of extinction. The following episodes would illustrate the extent of their deprivation and the interdependence between these peoples and nature.

I (M. P. Shrestha) remember that there were a lot of Chepang and Kusunda people in the forests near my own village, Nandipur, when I was a child. I used to be fascinated by their ability to sing, make bamboo flutes, produce music even out of a leaf and make beautiful wooden utensils. I was even able to make friends among their children, though they generally shunned so-called "civilised" people. Many in my village used me to barter their woden utensils with rice. Such exchange took place at the edge of forest that involved only children. When I returned to my village after about 20 years, I was shocked

lowest social status. These deprived communities have a very low level of subsistence even in normal conditions. Inadequate support and backup system available makes them vulnerable. During the rescue and rehabilitation operations, these people are easily bypassed in favour of victims belonging to the upper class. They are less likely to protest because of internalised inferiority complex in them. I (M. P. Shrestha) am myself a witness, as a Medical Officer in Syangja, Pokhara and Dhaulikh Districts, to several cases of malnutrition, disability, death and displacement occurring among the deprived communities in the western and midwestern regions of Nepal during the drought of the early sixties.

5. Upliftment of the deprived: There are many agencies and NGOs in the business to help these deprived and indigenous communities. There may be many documents and reports proclaiming success in developing model programmes for them. But, by and large, these peoples continue to be forgotten and deprived.

Planners of the dominant class tend to proceed with a subconscious motive to integrate these communities into their society or "the mainstream" as fast as possible in order to "help" the indigenous people to overcome problems related to their development. We can view this as a "belligence syndrome" with a predilection towards cultural cannibalism. They tend to replace the indigenous religions, languages, cultures, social norms and ways of life by their own. They prescribe many programmes, apparently well intentioned, launch many welfare schemes and even advocate equal opportunity. In spite of this, the cultural identity of these communities is almost

develop their confidence in their potentialities and to have their own hand in making the decisions that affect their lives.

Prescription-type programmes have been disastrous. Even advocacy does not help much if enabling factors and empowerment are not considered. As humans, they have every right to participate in the creation of their education, development and employment as the most favoured persons. Philosophically, we need to take three strategies to develop the programme. One is to apply a concept of development and progress starting from what they are, and what they have in the manner that they could continuously experience the progress being made. The second is to ensure that they participate in all phases of the programme as in their own. The third is to develop confidence that such programmes would raise the quality of life and level of satisfaction. These communities and their children need to rise up. "It must begin through a process of awakening, through a process of solidarity" (Werner, 1989).²³ As leaders, we need to emphasise their critical consciousness rather than simple literacy, their ability for organised move or dissent to break the culture of silence and realize their empowerment.²⁴

According to the Alma-Ata declaration, health is a right and responsibility of the people. The health programmes for the deprived should be designed considering the following five principles:

1. equitable distribution and access,
2. active community participation (empowerment),
3. focus on preventive and promotive services,
4. appropriate technology, and

completely lost. Occasionally, they are even forced towards their physical extinction. Both aspects of human development (hrd) and human resource development (hrd) should be considered for their upliftment. According to the undp 21, Human Development is defined as the process of increasing people's choices and opportunities. In particular those leading to a long and healthy life, to knowledge, to find access to assets, employment and income needed for a decent standard of living; to participate fully in community decisions; and to enjoy human economic and political freedoms. It is to be by the people, of the people and for the people. However, due to centuries of domination and deprivation by the oppressors, these peoples internalised a subservient mentality leading them to underestimate their own strength and potentialities and look to an external force to come and save them, or they await their liberation from heaven or a messianic leader.²² They are introversion or retreatism. The undp has recommended that the traditional concept of human resource development (hrd), that it is the stock of skill, knowledge, physical and mental abilities of people (as labour force) to contribute to production of goods, services, and further knowledge, should be replaced by a process of developing policies and programmes that will sustain equitable opportunities for continuing acquisition and autonomy and socioeconomic progress, which are mutually beneficial to individuals, the community and the larger environment of which they are a part (UNDP, 1990; Gurugharana, 1992). Development programmes should integrate processes to

5. multi-sectoral approach
 As to the components of health services, a PHC guideline would not suffice. In addition to building on a community or people orientation, they should solve their problems and meet their real rather than presumed demands. Prototype health is not an answer for them. Each component should be featured to meet their real needs with an intent to assure their satisfaction.

Family planning may not be a priority among these peoples in view of their decreasing population. But it should continue to be an integral part of their reproductive health to assure their health and freedom, especially of women and mothers. Although often unschooled, the women have a high demand for contraceptives which are not met. However, forced contraception should be avoided or even banned.

Health should be a part of their living and health professionals should also facilitate the consciousness-raising programmes, skill and income generation activities, development of agro-forestry, social and entertainment programmes, and human rights issues. They must oppose the traits and activities producing sexual discrimination, sexual harassment, exploitation, and unjust or harmful practices. They should also act as their friends to help them rescue from substance abuse, including smoking and alcoholism, prostitution, bonded labour, women and child trafficking, religious or communal intrigues and illicit trades in which they are used as pawns. Similarly, they should be educated and involved in the prevention of sexually transmitted diseases, including HIV and HBV, in the rehabilitation of social, mental and physical handicaps, and in socio-political

affairs to assert their rights particularly those related to the enhancement of the quality of life.

6. developing programmes for the deprived

We would like to suggest the following seven steps in formulating development programmes for the deprived peoples. All these areas are to be considered holistically and converted into action programmes in dynamic and historically conscious terms so that these programmes can generate perceptible improvement in the quality of their life (QOL) in a continuous and linearly progressive manner, both in qualitative and quantitative terms.

A. Developing critical awareness, vision and understanding the determinants of their condition, deprivation and exploitation, so that they begin to take action to break the "culture of silence". However dogmatism and rhetoric should be avoided. Critical awareness should encompass the development of the following five qualities (5Cs) in an integrated and holistic manner:

- Comprehension,
- Competency or skill,
- Critical analysis and synthesis,
- Creativity with sufficient flexibility and persistence or tenacity, and
- Confidence of achievement without romanticism, dogmatism or disparity.

B. Developing a people oriented strategy so that they are shaped after the community's informed choice and felt needs.

C. Developing a community oriented system so that the wisdom and skill of the people, organisational structure, equipments, physical structures and justice with equitable opportunity and individual

autonomy/rights are generated to optimize the programme objectives with a strong orientation to the community. The system should have:

- Clarity by making it simple, uncomplicated and affordable so that the people understand it and participate in its development;
- Informative and verifiable by generating quantifiable information about its outputs, deficiencies or problems and changing needs.
- Flexibility to a better style and to satisfy the people.
- Progressive, promising a better tomorrow through prompt and quality actions.
- People oriented in a manner the community is empowered to participate in the system to solve their needs in the way they want.

D. Developing an effective communication system among themselves so that intensive interaction among and between peoples is encouraged, allowing them to share the benefits, ideas, understandings and strategies, and to improve the programme continuously.

E. Developing in-built monitoring and evaluation systems with the generation of rapidly assessable information system. This should provide information about the status of the programme in relation to resources, benefits, problems, trends in demands and supplies, marketing and pricing situations, safety or hazards and options for improvement. Variety of simplified charts and techniques like programme evaluation and review technique, critical path analysis, rapid analysis of problems, decision trees etc. may be used.

F. Developing social responsibility that it is the right and responsibility of the people to "attain the highest attainable health." 26 Programme managers

should undertake responsibility towards the right of the community to have informed choices with the fullest knowledge of the personal and social consequences related to their decisions. Therefore their right to information including the right to know about the hazards the risks of decisions must be respected at all costs. People should be enabled to assert their rights.

G. Developing research and innovation. Innovation, in our opinion, is the modification, adaptation or improvement of technique or system already available and making it appropriate to social, physical, biological, psychological and cultural settings of the

community. Relevant research about the programme to find the means of solving the problems or changing needs is to be developed and implemented to bring about quantitative and qualitative changes. Again, the community should be subservient to the technology too, should be subordinated to the needs of the people. 28

Human health is complex. Health must be liberated from its medical and health parameters. It is inseparable part of people's life, their activities and eco-system around them. For this reason, International Symposium on the health status of people is of the Asia Pacific Region: An Agenda for Academic Public Health". Curtin University, Perth 0 - 16 December, 1992.

The paper is based on the paper presented at the 19th Meeting of Asia-Pacific Academic Consortium of Public Health (apacph) and International Symposium on the health status of people of the Asia Pacific Region: An Agenda for Academic Public Health". Curtin University, Perth 0 - 16 December, 1992.

- * President, FOPHUR
- ** Prediatrician and FP/MCH Specialist.

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 *Economy and Society (Berkeley: University of California Press, 1971).*

14 Ngugi wa Thiong'o, *Writing Against the Neocolonialism* (United Kingdom: Vita Books, 1986).

15 Sri Panch Prithibi Narayan Shahra" in Baskota, N. (ed.), *Pragati Dweimasik Sahitya Sankalan (Nepali) (Kathmandu, 2012 [1954]), 3(2), Percival Landon, Nepal, 2 Vols. (1st print, 1928) New Delhi: Cosmos Publications, 1987*, vol. 1, chapt. 4: 59-81; F. B. Hamilton, *An Account of the Kingdom of Nepal and of the Territories Annexed to this*

Dominion by the House of Gorkha (First published 1888) New Delhi: Asian Educational Services, 1986), p. 103.

16 eival Landon, Nepal.

17 disciplinary academic journal], 7(1 [1986]): 13-22.

18 *The Myth of Population Control: Family, Caste and Class in an Indian Village (New York: Monthly Review Press, 1972).*

19 *Cotton on the Silk Road: Dialectic of a Merchant Community in West-central Nepal* (Ph.D. Dissertation, Madison: University of Wisconsin, 1988).

20 21 22 *Organising People for Power: A Manual for Organisers* (Hongkong: Asian Committee for People's Organisation, 1987).

23 David Werner, *Health for No One by the Year 2000: the High Cost of Placing 'National Security' Before Global Justice* (Palo Alto: The Hesperian Foundation, 1989).

24 25 26 27 28

* * * * *

BHUTAN

Human Rights Violations against the Nepali-speaking Population in the South

DECEMBER 1992

SUMMARY

AI INDEX: ASA 14/04/92
DISTR: SC/CO/GR

This document describes Amnesty International's concerns at reports of human rights violations occurring in southern Bhutan since late 1990. These violations took place in the context of opposition by Nepali-speaking southern Bhutanese to the government policy of national integration on the basis of the northern Bhutanese traditions and culture, and the application of the 1985 Citizenship Act.

Amnesty International has collected testimony of arbitrary arrests, ill-treatment and torture, particularly in the period after demonstrations in September 1990. It has also received reports of attacks on civilians, some attributed by the government to *ngolops* or "anti-nationalists", many of whom allegedly belong to the Bhutan People's Party (BPP), an opposition organization founded in India in June 1990.

There are currently an estimated 70,000 Nepali-speaking southern Bhutanese refugees in camps in eastern Nepal, many of whom allege that they were forced to leave the country.

In January 1992, an Amnesty International delegation visited Bhutan to discuss its concerns with government officials. Amnesty International has since been informed by the government of a number of steps taken to improve the human rights situation, including the abolition of shackles and an invitation to the International Committee of the Red Cross to visit the country. Amnesty International welcomes these steps but believes that further safeguards are needed to ensure that there can be no continuation of human rights violations. The organization is urging the government to immediately release all prisoners of conscience, bring to trial those held on recognizable criminal offences and take measures to prevent torture and ill-treatment. It has also recommended that the International Committee of the Red Cross be allowed to develop a full program of regular visits to all places of detention, to set up a program of dissemination of information to members of the security forces and provide medical assistance to prisoners.

This report summarizes a 26-page document (11,185 words), *Bhutan: Human Rights Violations against the Nepali-speaking Population in the South* (AI Index: ASA 14/04/92), issued by Amnesty International in December 1992. Anyone wanting further details or to take action on this issue should consult the full document.

INTERNATIONAL SECRETARIAT, 1 EASTON STREET, LONDON WC1X 8DJ, UNITED KINGDOM

* * * * *

Bhutan

Ingrid Decker

DIE KEHRSEITE DES "LETZTEN SHANGRI LA"

Bhutan-Flüchtlinge in Südnepal

Wie kommt es, daß es dem Königreich Bhutan bisher gelungen ist, von den Menschenrechtsverletzungen im Süden des Landes abzulenken? 100.000 Flüchtlinge, das sind 17% der Gesamtbevölkerung, leben mittlerweile in den Camps im Jhapa-Distrikt in Südnepal. Ein Bericht von einem Besuch in den Lagern Goldap, Beldangi und Timai im Januar 1993.

Harima ist seit 15 Monaten im Flüchtlingslager Beldangi I, dem größten der insgesamt 5 Lager in den Distrikten Jhapa und Morang. Wir, mein nepalischer Begleiter und ich, sind gerade in eine Lagerversammlung hineingelappt. Alle aufkommenden Probleme werden von den Flüchtlingen selbst besprochen und, falls möglich, auch gelöst. Ich möchte gerne ein paar Frauen interviewen und jemand holt Harima. Sie ist weit über 60 Jahre alt. In ihrem Gesicht spiegelt sich Entschlossenheit, aber auch Trauer. Harima kommt aus Dillipur im Geylegphug-Distrikt in Südbhutan.

Männer fragte. Wir Frauen wurden gejagt, einige auch verewaltigt. Das war alles so unerträglich, daß sich alle Dorfbewohner drei Tage und Nächte im Dschungel verborgen hielten, um dann über Indien hierher zu gelangen.

Auf die Frage, warum dies alles ihrer Ansicht nach geschehen sei, sagt Harima: "Ich weiß es nicht. Vorher ist alles gut gewesen."

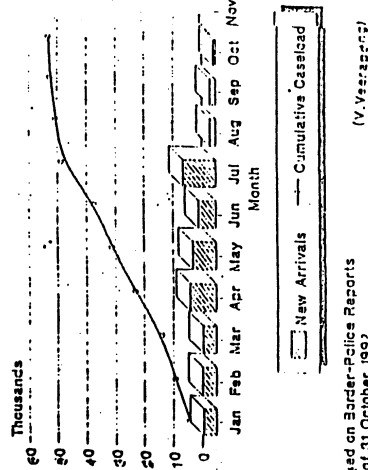
Warten ohne Hoffnung

Beldangi machte den Eindruck eines wohlorganisierten Camps. Die Ansammlung der Bambusbüchsen ist in Blocks eingeteilt. An jeder Türöffnung hängt ein Schild mit Name, Blocknummer und Herkunft der Flüchtlingsfamilie. Nur derjenige wird aufgenommen, der Ausweispaß derjenige aus Bhutan vorzeigen kann oder von anderen Campbewohnern identifiziert wird. Das nur, um die Behauptung der Regierung in Thimpu zu entkräften, die Flüchtlinge seien illegale Einwanderer, gar Terroristen in Bhutan gewesen oder Inder.

Unter der Schirmherrschaft des UNHCR (United Nations High Commission for Refugees) hat der Lutheran World Service (LWS) den Bau von Hütten, sanitären Anlagen, Schulen und Versammlungsräumen initiiert. Das Rote Kreuz und der "Save the Children Fond" richteten Krankenzustationen ein, Caritas und "Oxfam" unterstützen die Schulen und geben Unterricht im Stricken und Weben. Sanman Rai, selbst Bhutanflichtling, ist Campsekretär in Beldangi I. Seine Aufgabe besteht darin, Programme und Aktivitäten für das Camp zu gestalten. Er sagt, daß die Flüchtlinge sehr froh sind, Hilfe bekommen zu haben durch UNHCR. "Aber, wir wollen zurück, so schnell wie möglich," fügt er hinzu. Sanman Rai sieht folgende Gründe für die Vertreibung der Nepali sprechenden Bevölkerung aus Südbhutan:

1991 gab es in ganz Bhutan Volkszählungen. Danach legten die Regierungsbeamten fest, daß nur derjenige "nationalisiert" werden kann, der vor 1958 nach Bhutan gekommen ist und ein "Land-Tax-Certificate" vorweisen kann. Wer das

BHUTANESE REFUGEES ARRIVAL STATISTICS IN 1992



Based on Border-Police Reports as of 31 October 1992

(V. Vespazanti)

Alles begann vor etwa zwei - drei Jahren. Den Männern wurde nicht mehr erlaubt, im Haus zu leben (alle Männer waren verdächtigt, Mitglieder der verbotenen Bhutan Peoples Party (BPP) zu sein). Zwei Jahre lang habe ich alle männlichen Familienmitglieder im Wald verstecken und versorgen müssen, bis dann die Polizei immer öfter in unser Dorf kam und nach dem Verbleib der

nicht konnte, mußte das Land sofort verlassen. Sanman Rai lebte mit seinen Eltern im Sarwang-Distrikt. Er ist 30 Jahre alt, war also im 1958 noch gar nicht geboren. "Ich wurde von Regierungsbeamten in das Haus des Dorfvorstehers (Mandal) gerufen. Nach der Volkszählung war ich in die Kategorie I eingeordnet worden, das heißt, ich mußte das Land verlassen. Wir waren 192 Häuser im Dorf. Wir versammelten uns. Fünf Soldaten und etwa 10 Polizisten hielten Waffen auf uns gerichtet. Wir wurden gezwungen, ein Dokument zu unterschreiben. Ich wußte nicht, was in dem Dokument stand. Nach 15 Tagen mußten wir das Land verlassen haben."

Konflikte auch in Nepal

Im Lager Goldap sind einige Flüchtlinge wieder mit den staatlichen Autoritäten in Konflikt geraten. Es geht um das Feuerholz, das größte Problem in den Camps. Da nicht genügend Kerosin verteilt wird, sammeln die Campbewohner trockene Äste und Blätter im Wald. Manchmal wird eben auch ein Baum gefällt. Da die Wälder sich im Besitz der nepalischen Regierung befinden, gibt es öfters Ärger mit der Polizei. Die Lagerleitung von Goldap saß im Gefängnis, als wir dort ankamen. Die Gründe sind nicht eindeutig, aber das Feuerholz spielte wohl eine wichtige Rolle. Kadishwar Mishra, Camp-Koordinator gab zu bedenken, daß es unter so vielen Menschen auch ein paar Kriminelle gibt. Die Lagerleitung sitzt anstelle einiger Rowdys im Knast, die das Polizeirevier demolliert, Uniformen zerrissen und Fahrräder der Polizei in den Fluß geworfen hatten. Die Polizei hat daraufhin erst einmal drei Lastwagenladungen Brennholz beschlagnahmt, das die Flüchtlinge gesammelt hatten.

Nichts zu tun

Menschen, die ihr Leben lang vom Morgengrauen bis zu Dämmerung hart gearbeitet haben, sind hier plötzlich zum Nichtstun verdammt. Zwar gibt es Schulunterricht für Kinder und Jugendliche, die Frauen kochen das Essen für die Familie und einige Männer betätigen sich in ihren alten Berufen, wie Schmied oder Frisör. 'Oxfam' gibt Frauen, aber auch Männern, Wolle, um daraus lange Schals zu stricken, die dann zu Decken zusammengenäht werden. Dafür gibt es dann auch ein paar Rupien.

Lok Bahadur Rai (22) lebt mit seiner Familie seit einem Jahr im Lager Timai. Seit dieser Zeit ist er ohne Beschäftigung. Irgendwann, meint er, warum so viele Bhutan verlassen mußten. "Wegen der Mitarbeit in der BPP, die sich für die Erhaltung unserer Tradition eingesetzt hat. Die haben nicht darum gebeten, die haben gefordert." Sein Freund Birkaraj Gurung (20) hat ein halbes Jahr in der Lagerverwaltung gearbeitet, jetzt unterrichtet er in der Schule. "Wir haben alles in Bhutan gelassen: ein gut gebautes Haus, unsere ganze Ernte, drei 'Acre' Land, die Kar-damompflanzen, die Guavabäume, das ganze Vieh. Nichts konnten wir mitnehmen."

schrift Incependant (London) gar darin, den König Bhutans wie einen Märchenprinzen zu beschreiben, der mit vier wunderschönen Schwestern verheiratet sei. Jigme Wangchuk gilt einhellig als 'handsome' und wird gar mit einem griechischen Gott verglichen, und die Monarchie hält er auch nicht für die beste Staatsform... So etwas schafft natürlich Sympathien bei Reportern, zumal wenn sie das Glück hatten, zu einer persönlichen Audienz 'bei Königs' eingeladen zu werden. Der selbst überläßt das Geschäft der Politik lieber seinem langgedienten Außenminister Tawa Tsering, der sich auf dem Parkett der Diplomatie mit meisterhafter Sicherheit zu bewegen scheint.

Erst jüngst hat der DED (Deutscher Entwicklungsdienst) zwei Entwicklungshelfer fristlos entlassen, die sich geweigert hatten, ihren Dienst in Bhutan anzutreten, nachdem sie über die Menschenrechtslage dort aufgeklärt worden waren.

Dann sind da noch die 2.000 Touristen, die in einem Jahr Bhutan besuchen (dürfen), für 200 US\$ täglich. Natürlich sehen diese nur, was man ihnen zeigt. Manche erzählen dann schöne Geschichten mit noch schöneren Bildern illustriert, wie es sich eben für Märchenbücher gehört.

* * * * *

.....KEIN ETHNISCHES, SONDERN EIN POLITISCHES PROBLEM !

Interview mit S.K. Pradhan, Generalsekretär der Bhutan People's Party im Exil
von Ingrid Decker

Shiva Kumar Pradhan (36) bezeichnet sich selbst als den 'most wanted man' der Regierung in Thimpu (Bhutan). Er studierte Wirtschaft und politische Wissenschaften in Indien, USA und Großbritannien. Elf Jahre lang diente er der Regierung seines Heimatlandes als Beamter der 'Royal Civil Service Commission', verließ aber Bhutan im August 1990. Auszüge aus einem Interview, das er am 15. Dezember 1992 in Kathmandu gegeben hat.

haben wir eine feudale, elitäre Regierung, die sich nicht wirklich um das Volk kümmert. Die Politik, die das Regime seit 1988 verfolgt, richtet sich gegen das Volk und gegen die Menschenrechte.

Der 'Citizenship-Act' von 1985 wurde 1988 durch eine Volkszählung in die Tat umgesetzt. Das Problem dieses Gesetzes ist, daß alle vorhergehenden Gesetze zur Staatsbürgerschaft auf einmal für null und nichtig erklärt wurden. Dadurch erklärte man hundertausende von Südbhutanesen zu illegalen Immigranten. Dazu kam ein Kulturekredit, das 'Drig Lam Namzha'. Bhutan bildet eine mehrsprachige, multikulturelle und ethnische Gesellschaft. In den sechs Distrikten im Nordwesten wohnen die Drukpas, die aus Ti-

Frage: Was sind die Ziele und Aktionen der 'Bhutan People's Party' (BPP)?

Pradhan: Die BPP bildet heute die Oppositionspartei im Kampf für eine konstitutionelle Monarchie, Mehrparteiensystem und die Verwirklichung der Menschenrechte in Bhutan. Am 2. Juni 1990 wurde die Partei im indischen Exil gegründet. Wir sind Sozialdemokraten und glauben an friedliche, gewaltlose Aktionen, um unser Ziel zu erreichen. Wir sind nicht gegen die Monarchie in Bhutan, wir sind aber gegen das Regierungssystem. Wir wollen, daß es ein demokratisches System wird, basierend auf dem Grundsatz: 'one man - one vote'. Im Moment

bet gekommen sind, sie folgen der 'Drukpa Kagyupa'-Schule des lamaistischen Buddhismus und sprechen Dzongka. Ihr Anteil liegt bei 16%. Im Osten leben die Sarchops mit 30% Bevölkerungsanteil. Sie sprechen Sarchopka und folgen dem Nyingmapa-Buddhismus. Im Süden leben Nepalis, die in der Mehrzahl Hindus sind. Ihr Anteil liegt bei 52%. Dazu kommen noch kleinere Stämme und ethnische Gruppen, alle mit eigener Kultur, eigenem Lebensstil, Kleidung und Sprache. Mit dem Kulturedikt versuchte die Drukpa-Elite ihre Kultur den restlichen 84% der Bevölkerung aufzuzwingen. Damals gründeten wir zunächst das 'People's Forum of Human Rights' (1989) und später die BPP (1990). Im September 1990 organisierten wir friedliche Protestdemonstrationen in ganz Südbhutan.



S.K. Pradhan, Generalsekretär der 'Bhutan People's Party' (Foto: Ingrid Decker)

Frage: Bhutans Opposition im Exil ist zerstritten. Was sind die Gründe?

Pradhan: Solange die Opposition vereint ist, ist sie eine Bedrohung für das Regime. Wir glauben, daß Regierungsagenten unsere Bewegung unterwandert haben, deshalb haben wir zwei Parteien: die BNDP ('Bhutan National Democratic Party'), gegründet Anfang 1992, und die BPP. Hauptunterschiede sind die Herangehensweise und die Ideologie. Wir glauben an Sozialismus, daß heißt zuerst Demokratie und dann Sozialismus. Die BNDP glaubt an Kapitalismus, wiederum für die Elite.

Frage: Ist König Jigme Wangchuk in Gefahr, seinen Thron zu verlieren, oder warum reagiert die Regierung seiner Majestät wie ein 'verwundeter Drache'?

Pradhan: Wir wollen eine konstitutionelle Monarchie, denn der König ist ein Symbol der Einheit für alle ethnischen Gruppen in Bhutan. Der König aber, anstatt daß er versucht die Probleme friedlich zu lösen, hat sich mit denen verbündet, die nur ihren eigenen Interessen dienen und ich glaube nicht, daß diese Leute sich auch mit dem König verbünden werden. Nach außen aber zeigen sie, daß sie es sind.

Frage: Welche Beziehungen hat Bhutan zu China, gibt es da Annäherungen?

Pradhan: Bhutan war immer sehr vorsichtig gegenüber China, aber kürzlich gab es Annäherungen (Außenminister Tsering reiste im Mai nach Peking), vielleicht aber nur, um den demokratischen Bewegungen entgegenzutreten. Das Regime sucht also ein Gegengewicht zu Indien.

Frage: Warum ist die indische Regierung so still, was die Flüchtlingsfrage angeht?

Pradhan: Indien ist unser direkter Nachbar, Nepal ist für uns ein Drittland, aber die indische Regierung war bisher sehr passiv. Es ist unsere eigene Schwäche. Vielleicht sind wir nicht in der Lage, das Bewußtsein zu schaffen, das man braucht, um eine Bewegung in Gang zu setzen, denn Indien unterstützt offiziell das Regime in Thimpu. Aber wir glauben an die Macht des Volkes. Regierungen kommen und gehen, aber das Volk bleibt. Deshalb versuchen wir die indische Bevölkerung zu mobilisieren. Ob die indische Regierung uns unterstützt oder nicht, kümmert uns nicht wirklich. Was wir brauchen ist die Unterstützung des indischen Volkes.

Frage: Was erwarten Sie von der nepalischen Regierung in Bezug auf die Flüchtlingsfrage?

Pradhan: Solange die indische Regierung nicht eingreift, glaube ich nicht, daß Bhutan und Nepal allein dieses Problem lösen können. Nepal kann nicht genug Einfluß auf Bhutan ausüben, deshalb muß Indien aktiv werden, direkt oder indirekt.

Frage: Abgesehen von den Spenden für die Flüchtlingscamps, bekommen Sie auch ideologische Unterstützung aus dem Westen, gibt es Protest von dort gegen die Verletzung der Menschenrechte in Bhutan?

Pradhan: Bisher konnte ich nicht feststellen, daß sich die westliche Presse damit beschäftigt, aber Organisationen wie Amnesty, die Weltorganisa-

tion gegen Folter, haben in Genf protestiert während der 40. Tagung der Menschenrechtskommission. Was den Kampf für Demokratie anbelangt, haben wir bisher keine Unterstützung aus dem Westen bekommen.

Frage: Was glauben Sie, sind die Gründe dafür?

Pradhan: Vielleicht, weil uns die Ressourcen fehlen, die internationalen Medien für uns zu gewinnen und deshalb haben wir auch keine Lobby. Unser Anliegen wurde bisher nicht internationalisiert. Nepal, das die Flüchtlinge beherrscht, muß die Führungsrolle bei der Internationalisierung übernehmen.

Frage: Können die Flüchtlinge in naher Zukunft in ihr Land zurückkehren? Halten Sie das für

* * * * *

wahrscheinlich?

Pradhan: Die Flüchtlinge in Ostnepal sind keine Wirtschaftsflüchtlinge, sondern die Opfer politischer Verbrechen in Bhutan. Sie sind politische Flüchtlinge. Also, diese Menschen müssen nach Bhutan zurückkehren. Aber sie zurückzuschicken ist nicht genug. Die Repatriierung muß unter der Aufsicht der UN geschehen, denn wir können das Schicksal der Flüchtlinge nicht dem königlichen Regime überlassen. Rehabilitierung ist ein weiteres Problem. Wir sprechen hier von 100.000 Menschen (16% der Bevölkerung). Das Land in Südbhutan ist verwahrlost, die Leute werden nichts zu essen haben, kein Haus zum Wohnen, denn die sind von der Regierung völlig zerstört worden. Aber die Flüchtlinge werden zurückgehen müssen!

Nepal-Kontakte

Hari Karki

Bericht meiner Nepalreise

Ende November 1992 plante ich kurzfristig eine Reise nach Nepal, um meine Familie zu besuchen, die in Bhojpur-Dalgaun / Ostnepal lebt. Für knapp eine Woche hielt ich mich vor meiner Abreise in Kathmandu auf und nutzte die Gelegenheit, die Kontakte von HURFON zu verschiedenen Menschenrechtsorganisationen und NGOs auszubauen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu besprechen.

Ich besuchte INSEC (Informal Sector Service Centre), eine Menschenrechtsorganisation, die von dem 1992 tödlich verunglückten Prakash Kafley, Sushil Pyakurel und anderen 1991 gegründet wurde, die für die Aufwertung des nicht organisierten Sektors der Gesellschaft auf der Basis "Hilfe zur Selbsthilfe" arbeitet und auch durch ihre zahlreichen Publikationen (die regelmäßig herausgegebene Zeitschrift ist das "INSEC Bulletin - South Asian Exchange") sowie durch die Initiierung einiger 'Fact Finding Missions' bekannt ist.

Pramod Raj Kafley, der 'Programme Officer' des Human Rights Awareness Programme (HRAP) berichtete neben anderen Projekten sehr beeindruckend vom 'Human Rights Awareness Programme', mit den Zielen der Bildung des Selbstbewußtseins der Dorfbewohner bezüglich der Menschenrechte und der Vermittlung der internationalen Menschenrechtsausbildung, in der nicht-formalen Ausbildung, die für die benachteiligten Bevölkerungsgruppen in den verschiedensten Distrikten Nepals gegeben wird. INSEC aktiviert auf Distriktebene Teams, um sie

am Ende als autonome Arbeitsgruppen zu registrieren, die zukünftig eigenverantwortlich Aktionen bezüglich der Menschenrechte durchführen.

Dem 'Office Secretary' von HURON (Human Rights Organisation of Nepal) konnte ich noch einmal ausführlich über unsere Arbeit berichten. HURON wurde 1988 von Rishikesh Shaha, Dr. Devendra Raj Pandey, der im November 1992 eine politische Partei gründete, und anderen Personen gegründet wurde und wirkte bei der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung 1990 aktiv mit. Die Hauptziele sind Ratifizierung und Verwirklichung der Menschenrechte entsprechend der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und den damit zusammenhängenden internationalen Pakten.

HURON arbeitet seit seiner Gründung für den Schutz der Menschenrechte und deren Einforderung. In Bezug auf die Verschlechterung der Menschenrechtssituation, seit die gewählte Regierung an die Macht kam, hat HURON viele Presseerklärungen herausgegeben und wiederholt die Regierung gemahnt, die Menschenrechte zu respektieren. HURON hat die Regierung aufgefordert, zur Verwirklichung des Berichtes der Mallick Kommission eine Aktion gegen die Übeltäter der Massenbewegung zu initiieren.

Ich besuchte FOPHUR (Forum for Protection of Human Rights), die älteste Menschenrechtsorganisation Nepals, die 1984 von Politikern, Rechtsanwältinnen, Akademikern, Journalisten,

etc. gegründet wurde, sie spielte während der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung 1990 eine wichtige Rolle. Ihre Hauptziele lehnen sich an die Erklärung der Menschenrechte der UN ihrer Werte und Normen im Hinblick auf eine speziell nepalische Perspektive. Da sich in dieser kurzen Zeit kein Termin mit den entsprechenden Ansprechpartnern vereinbaren ließ, konnte über eine konkrete Zusammenarbeit nicht diskutiert werden. Ich traf im Büro von FOPHUR in Maithar / Kathmandu nur den 'Account Coordinator' N. P. Koirala. Bei dieser Gelegenheit konnte für unsere Vereinsarbeit die Zeitschrift 'Human Rights Bulletin', die regelmäßig von FOPHUR herausgegeben wird, abonniert werden.

V. K. Mainali, der Generalsekretär von FOPHUR, wird am 21. - 23. Mai 1993 zu unserer Öffentlichkeitsveranstaltung und Mitgliederversammlung nach Dortmund kommen. Dort können wir konkrete Formen der Zusammenarbeit besprechen.

Nur kurzen Kontakt hatte ich zu INHURED (Institute of Human Rights, Environment and Development-International), einer NGO, die sich für die Förderung der Menschenrechte, den Schutz der Umwelt, für angepasste Entwicklung und für den Weltfrieden einsetzt. Sie arbeitet auch in Sachen Bhutani und hat eine Petition bei den UN gemäß der ECOSOC-Resolution gegen die Menschenrechtsverletzungen in Bhutan eingereicht. Neben anderen Aktivitäten, nahm INHURED an

* * * * *

Kurzinformationen

Aktuelles aus Nepal

Zusammengestellt von Hari Karki und Karl-Heinz Krämer

Nepal Investment Forum

Am 30. November 1992 eröffnete Premierminister Girija Prasad Koirala eine fünfjährige Tagung des Nepal Investment-Forum, welches gemeinsam von der nepalischen Regierung, UNDP und UNIDO organisiert wurde. In der Eröffnungsrede versicherte er den ausländischen Teilnehmern, daß die Regierung alles tun werde, günstige Investitionsbedingungen zu schaffen. Er fügte hinzu, es werde keine staatlichen Interventionen über die grundlegenden Rechtsstrukturen hinaus geben. Das Forum wurde von mehr als 300 Unternehmen aus 22 Nationen sowie Vertretern von internationalen Agenturen besucht. Es waren 225 nepalische Teilnehmer vertreten, von denen etwa 110 Projektvorschläge präsentiert wurden. (Gorkhapatra, 2.12.1992)

Am Ende des Forums, am 4. Dezember 1992,

einem Treffen teil, das von der ILO in Pakistan über das Thema Kinderarbeit organisiert wurde. Am Ende des Gesprächs vereinbarten wir einen gegenseitigen Informationsaustausch zwischen INHURED und HURFON.

Sehr interessant war auch das Zusammentreffen mit Gauri Pradhan, dem 'Executive Coordinator' von CWIN (Child Worker in Nepal), einer Organisation, die sich seit 1987 als erste nationale NGO sehr stark für die Verwirklichung der Kinderrechte einsetzt, mit den Hauptthemen: Straßenkinder, Mädchenhandel, Kinderarbeit, Slumkinder.

Wir konnten uns lange über die z. T. hoffnungslose soziale und rechtliche Situation der betroffenen Kinder unterhalten. Unter anderem berichtete Gauri Pradhan über das Projekt des Ausbildungsförderungsprogramms, durch das mittellosen Kindern, insbesondere Mädchen eine schulische Ausbildung ermöglicht werden kann und über das bereits in unserem letzten Rundbrief geschrieben wurde. Die regelmäßig erscheinende Zeitschrift von CWIN ist 'Voice of Child Workers'. Herr Bijaya Sainju, 'Research Officer' von CWIN, nimmt an unserer Öffentlichkeitsveranstaltung und Mitgliederversammlung in Dortmund teil.

Ich gewann insgesamt den Eindruck, daß eine Kooperation wichtiger auf der ideellen als auf der materiellen Ebene zu suchen ist. In Einzelfällen gibt es auch finanzielle Erwartungen.

organisierte die 'Federation of Nepalese Chambers of Commerce and Industry' (FNCCI) eine dreitägige Ausstellung der nepalischen Industrieerzeugnisse im Hotel Blue Star in Kathmandu.

Am 29. November 1992 hielt in Zusammenarbeit mit der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) die 'Nepal-German Chamber of Commerce and Industry' in Kathmandu einen eintägigen Workshop über Projektfinanzierung ab. Etwa 100 nepalische und deutsche Industrielle bzw. Handelsleute, die am Nepal Investment-Forum teilnahmen, diskutierten in diesem Workshop über die Möglichkeiten von Investitionen von Banken und anderen Finanzinstituten bei der Gründung von Industrien in Nepal.

Bildung des Central Executive Committee des Nepali Congress

Am 2. Dezember 1992 gab der Präsident des Nepali Congress die Bildung des 27-köpfigen Central Executive Committee's des Nepali Congress, mit Ganesh Man Singh als einem permanenten besonderen Gast, bekannt. Acht weitere Subkomitees, jedes von einem Mitglied des Central Executive Committee koordiniert, wurden gebildet. Diese Komitees sind Political Committee (Basudev Rimal), Economics Committee (Khanan Rude Rambabul), Development Committee (Chiranjibi Wagle), Foreign Relations Committee (Shusil Koirala), Social Committee (Bhu Bikram Newang), Principle, Policy and Program Coordination Committee (Dhundi Raj Shastri), Land Planning Committee (Durga Datta Joshi) und Youth and Students Committee (Bal Bahadur K. C.) (Gorkhapatra, 3.12.1992)

Nach der Bekanntgabe des Zentralkomitees äußerte K. P. Bhattarai, der Präsident des Nepali Congress, er habe bei der Bildung des Zentralkomitees dem Bedürfnis Rechnung getragen, einseitige Kontinuität, Respekt und Würde der Parteitradition zu erhalten und andererseits eine neue Generation von Führern zu bilden. Er sagte, daß das Komitee nach Konsultation von Ganesh Man Singh und Girija Prasad Koirala gebildet wurde.

Die Zeitung Naya Nepal Post (7.12.1992) berichtete, daß am 6. Dezember 1992 Arbeiter des Nepali Congress, die mit der Bildung des zentralen Exekutivkomitees unzufrieden waren, eine Protestveranstaltung vor dem Parteibüro des Nepali Congress in Kathmandu veranstalteten. Auf der Protestversammlung sagte Marshal Julum Shakra: "Das neue Zentralkomitee repräsentiert nicht die ehrlichen Arbeiter der Partei, die Veränderung wünschen. Es repräsentiert auch nicht die Region gleichmäßig. Hier sind Elemente vertreten, die keinen soliden Beitrag zum Kampf gegen den Panchayat-Despotismus geleistet haben und auch nicht im Gefängnis gewesen haben."

Die Zeitung Bishwabhami (5.12.1992) schrieb: "Omkar Shrestha, ein Mitglied des Political Sub-Committee's, Khum Bahadur Khadka, Minister für Transport, auch Mitglied des Youth and Students Committee's und Jagannath Acharya,

Minister für Land Reform, auch Mitglied des Land Planning Committee's kündigten ihren Rücktritt vom Komitee an, weil sie mit der Art und Weise der Bildung des Komitees unzufrieden waren. Marshal Julum Shakra und Haribol Bhattarai protestierten gegen die Aufnahme von Bharat Shumshere und Kuber Sharma in das zentrale Exekutivkomitee. Auch auf Distriktebene wurden von Protesten von Arbeitern des Nepali Congress berichtet.

Am 13. Dezember 1992 übergaben 184 Arbeiter einschließlich 30 Parlamentsabgeordneten und Mitgliedern des General Council des Nepali Congress dem Präsident des Nepali Congress, K. P. Bhattarai, ein Memorandum mit der Forderung, das neu gebildete Zentralkomitee so bald wie möglich aufzulösen. Es hieß in dem Memorandum, das Zentralkomitee sei auf undemokratische Weise gebildet worden. (Naya Nepal Post, 14.12.1992)

Bhutanische Flüchtlinge

Am 8. Dezember 1992 besuchte Innenminister Sher Bahadur Deupa die Flüchtlingslager in Jhapa. Er wurde von den Botschaftern aus Deutschland, Japan, Thailand, Amerika und Repräsentanten des UNHCR und anderer Geberländer und internationaler Agenturen, die sich um die Flüchtlinge sorgen, begleitet. Im Lager Nr. 1 in Beldangi sagte der Innenminister, daß das Innenministerium zur Zeit Ausweise für jeden Flüchtling ausgibt. Die Ausweise, die die bhutanische Regierung ausgestellt hat, werden geprüft. Nach der letzten Zählung, sind 72.809 Flüchtlinge in sechs Lagern im Bezirk Jhapa untergebracht und 10.000 Flüchtlinge leben außerhalb der Lager. Falls sich der Zustrom im gleichen Maße weiter fortsetzt, wird das lokale Bevölkerung vor unüberwindliche Probleme von höheren Preisen, Nahrungsmittelmangel und Waldvernichtung stellen. (Gorkhapatra 9.10.1992.)

Amnesty International

In einer Pressekonferenz am 9. Dezember 1992 gab der Vorsitzende des Exekutivkomitees von Amnesty International, Ross Daineal, bekannt, daß die Nepal Unit of Amnesty International bald die volle Mitgliedschaft bei Amnesty International erhalten wird.

Während des 30-jährigen Panchayat Systems, gab es ernsthafte Menschenrechtsverletzungen in Nepal. Eine Aktion gegen die Verantwortlichen der Menschenrechtsverletzungen müsse vorgenommen werden. Es solle aber nicht eine Aktion im Namen von Anarchie und Rache sein, sondern klare und faire gesetzliche Prozesse.

Daineal betonte, daß nach der Wiederherstellung der Demokratie eine signifikante Verbesserung in dieser Hinsicht zu verzeichnen sei. Er drückte seine Zufriedenheit darüber aus, daß Nepal eine Reihe von internationalen Konventionen bezüglich der Menschenrechte unterzeichnet habe, aber inzwischen wurden von der Regierung und ihren Sicherheitsorganen die Menschenrechte wieder verletzt. In der weiteren Zukunft müsse über

diese Fällen eine Untersuchung eingeleitet werden. Die Schuldigen müssten bestraft werden. Die Beamten, die in der Vergangenheit massive Menschenrechtsverletzungen begangen hätten, seien noch immer im Amt. Er äußerte die Notwendigkeit einer Menschenrechtskommission oder einer anderen unparteilichen und freien Kommission, um die Menschenrechtssituation in Nepal zu untersuchen (Saptahik Bimarsa, 11.12.1992)

Ross Dainel sagte, daß Amnesty International Druck auf die bhutanische Regierung in Bezug auf die Menschenrechtsverletzungen im Lande ausübte. Die Nepal Unit of Amnesty International wird die Befugnis zur Aktionsdurchführung hinsichtlich der Menschenrechte außerhalb Nepals tätig zu sein, erhalten. Er appellierte, daß Nepal durch die SAARC in der Menschenrechtsfrage Druck auf Birma ausübe. (Gorkhapatra, 10.12.1993)

Nepal und die europäische Gemeinschaft

Am 10. Dezember 1992 fand ein Seminar über das Thema EG-Binnenmarkt statt, das von der europäischen Gemeinschaft in Kollaboration mit dem Trade Promotion Center in Kathmandu organisiert wurde. Auf einer Pressekonferenz am 12. Dezember 1992 sagte die Missionschefin der EG, Frau Francis Henrich, der europäischen Binnenmarkt eine neue Möglichkeit für die nepalische Exporteure eröffne, besonders für Teppiche, Leder und Textilien. Sie listete auch landwirtschaftliche Produkte, Kunsthandwerke und Jute-Produkte als potentielle Exportartikel auf, falls die Qualität dieser verbessert werde. Sie gab bekannt, daß Nepal Produkte im Wert von 7 Milliarden Rs. in die EG-Staaten exportiere und Produkte im Wert von 2 Milliarden Rs. von EG-Staaten jedes Jahr importiert werden. Frau Henrich machte darauf aufmerksam, daß nepalische Unternehmer die Vorteile der liberalen Wirtschaftspolitik der EG nutzen und sich mit Investoren aus der EG in kleineren und mittleren Joint-Ventures zusammenschließen können. Weiter sagte sie, daß die EG bald ein Büro in Nepal eröffnen werde, um einen Standard für den nepalischen Export aufzustellen. (Gorkhapatra, 13. Dezember 1992)

Religiöse Konflikte

Am 15. Dezember 1992 organisierte aus Anlaß des Ayodhya-Vorfalles der 'Hindu Samaj Kalyan Sangh', eine Wohlfahrtsorganisation der Hindu-gemeinschaft, eine Demonstration. Die Polizei verhaftete 6 Personen dieser Organisation. In der Nacht des 17. Dezember 1992 wurde ein Shiva Tempel und ein Santoshi Mata Tempel in Rani/Birathagar demoliert und viele Götterbilder und heilige Statuen wurden gestohlen. Am Tag darauf versammelten sich viele ortsansässige Hindus zu einem Protestumzug. Die Polizei ging mit Schlagstöcken gegen Demonstranten vor und verhaftete eine Person. Mit der Forderung, die Hindutempel im Hindustaat Nepal müßten geschützt werden, formierte sich am 22. Dezember 1992 ein Umzug, an dem ca. 4.000 Menschen in Birganj teilnahmen. Ein Memorandum

mit dieser Forderung wurde der Distriktverwaltung übergeben.

Nationalkonferenz der NCP-UJML

Am 27. Januar 1993 begann eine einwöchige nationale Konferenz der NCP-UJML in Kathmandu. Die Eröffnungsveranstaltung fand im Dharath Stadium statt, während die ansonsten geschlossenen Sitzungen in der Royal Academy Hall abgehalten wurden.

Das wichtigste Ziel der Konferenz war es, die zukünftige Parteilinie festzulegen. Es waren hierzu sechs alternative Vorschläge vorgelegt worden: Multi Party Democracy von Generalsekretär Madan Bhandari, Reformed People's Democracy vom Parlamentsabgeordneten Chandra Prakash Mainali, New People's Democracy von Mohan Chandra Adhikari, Social People's Democracy von Raghu Pant, Environmental People's Democracy von Badri Prasad Khatiwada und Full People's Democracy vom Sankhuwahasabha District Committee der NCP-UJML. (Gorkhapatra, 25.01.1993)

Bei der Eröffnungsrede sagte der UJML-Präsident, Man Mohan Adhikari, die Konsolidierung der Demokratie sei derzeit die einzige politische Herausforderung. Er betonte die Notwendigkeit der Verständigung zwischen dem Nepali Congress und den linken Parteien. Er fügte hinzu, die NCP-UJML sei für eine ökonomische Liberalisierung, die Wahrung der nationalen Interessen und eine Außenpolitik, die auf Panchashila basiert.

Der oberste Führer des Nepali Congress, Ganesh Man Singh, und der Präsident des Nepali Congress, K. P. Bhattarai, waren eingeladen und nahmen auch an der Eröffnungsveranstaltung teil. Premierminister Girija Prasad Koirala wurde jedoch mit der Begründung, daß er die Verfassung verletzt habe, nicht eingeladen. (Dristi, 27.01.1993)

Repräsentanten anderer politischer Parteien aus Indien, Bangladesh, Nord-Korea, China, und Pakistan wünschten in ihren Reden viel Erfolg für die Konferenz. Botschaften kamen auch von politischen Parteien aus Japan, Italien, Laos, Vietnam, Norwegen, den Philippinen, Zimbabwe, Großbritannien, Syrien und Sri Lanka. (Gorkhapatra, 28.01.1993)

In einer geschlossenen Sitzung wurde am 30. Januar 1993 die Linie der Multi Party People's Democracy, vorgeschlagen von Generalsekretär Madan Bhandari, von 74 Prozent der 697 Delegierten gewählt. Der Vorschlag der Reform der New People's Democracy, der eine begrenzte Freiheit für Oppositionsparteien vorsah, vorgeschlagen vom Parlamentsabgeordnete Chandra Prakash Mainali, erhielt 13,8 Prozent und die New People's Democracy, vorgeschlagen von Mohan Chandra Adhikari, das traditionelle kommunistische Ein-Parteien-System, bekam 7,5 Prozent. (Rising Nepal, 04.02.1993). Die Konferenz lehnte einen Vorschlag, wonach die Partei ihren Namen und ihre Flagge ändern sollte, ab.

Am 03.02.1993 hielt die NCP/UMML eine Presse-

konferenz in Kathmandu ab, um die Politik und Programme, denen in der Konferenz zugestimmt wurden, bekanntzugeben. In einer Erklärung wurde folgendes Basischarakteristikum der Multi Party People's Democracy erklärt: Gerechte Verteilung von Land durch Landreformen, Abschaffung von feudaler und imperialistischer Ausbeutung, Industrialisierung, Modernisierung der Landwirtschaft, Mehr-Parteien-Wettbewerb, die oberste Rolle der Verfassung, Rechtsstaatlichkeit, periodische Wahlen, konstitutionelle Bindung von Regierungsmehrheit und Oppositionsminderheit und Wohlfahrtsstaat. Nach Madan Bhandari, ist die Linie der Multi Party People's Democracy ein Versuch, den Marxismus in kreativer Weise in Nepal anzuwenden. Diese Linie nehme eine Mehr-Parteien-Staatsform, und eine pluralistische Gesellschaft mit konstitutionellen Anstrengungen gegen Feudalismus, monopolistischen Kapitalismus und aller Arten von Unterdrückung und Ausbeutung ins Auge. Sie garantiere die Existenz der nicht-kommunistischen und oppositionellen Parteien und die Aufhebung des traditionellen kommunistischen Ein-Parteien-Systems im Namen von Diktatoren des Proletariats. Sie akzeptiere das Supremat der Verfassung und beinhalte den Glauben an den politischen Pluralismus. Der Marxismus selbst sei eine dynamische Philosophie, die auf dem dialektischen Materialismus basiere. Die neue Linie repräsentiere einen Versuch zur Herbeiführung radikaler und revolutionärer Veränderungen in der Gesellschaft vor dem Hintergrund der feudalen Ausbeutung und kapitalistischen Monopolproduktion. (Gorkhapatra, 04.02.1993)

Ministerien umbenannt:

Die Regierung benannte das Ministry of Tourism in das Ministry of Tourism and Civil Aviation, das Ministry of Labour and Social Welfare in das Ministry of Labour und das Ministry of Education and Culture in das Ministry of Education, Culture and Social Services um. (Gorkhapatra, 06.14 und 16.01.1993)

Sanktion gegen Teppich-Fabriken

Das Labor Department bestrafte drei Teppich-Fabriken, Karmatara Carpet Industries aus Swayambhu, The Lama Carpet Industries aus Baudha und Himalaya Rug Industries aus Jorpati in Kathmandu zu je einem Bußgeld von 5000 Rs., da diese Unternehmen Kinder unter 14 Jahren beschäftigt hatten. Dies sei ein Verstoß gegen den Labor Act. (Gorkhapatra, 05.02.1993)

Arun III-Projekt

Am 19. Februar 1993 fand in Paris eine Sitzung der Geberagenturen für das Arun III-Wasserkraft-Projekt statt. An der Sitzung nahmen Repräsentanten der Weltbank, der Asian Development Bank, sowie der Regierungen von Deutschland, Japan und Finnland teil. Aus Nepal nahm der Staatsminister für Finanzen Mahesh Acharya an der Sitzung teil. Schweden und Frankreich waren als Beobachter anwesend. Die Weltbank stimmte zu, 175 Millionen US \$, die

Asian Development Bank 150 Millionen US \$ und die schwedische Regierung 30 Millionen US \$ für das Arun III-Projekt zu bewilligen. Die deutsche Regierung sicherte 235 Millionen DM zu. Die japanische Regierung erklärte sich bereit, für die Konstruktion des Kraftwerkes und die damit zusammenhängenden Strukturen, Elektrogeräte und Maschinen zur Verfügung zu stellen. Die finnische Regierung wird die Hilfe für notwendige Energieerzeugung während der Konstruktionsperiode leisten. (Gorkhapatra, 21.02.1993)

Menschenrechtsorganisationen

Eine neue Menschenrechtsorganisation namens National Democratic Human Rights Council wurde in Kathmandu gegründet mit Satya Swarup Nepali als deren Vorsitzendem, Ganesh Bahadur als dessen Stellvertreter und Ram Krishna Pant und Swayambhu Shakya als Generalsekretären. (Gorkhapatra, 11.02.1993)

Vom 18.-19. Februar fand in Kathmandu ein Seminar über Menschenrechte statt, an dem Delegierte aus Bangladesh, Bhutan, Indien, Nepal, Pakistan und Sri Lanka teilnahmen, um über die Frage der Menschenrechte in der SAARC Region zu diskutieren. Innerhalb des Seminars wurde die Organisation namens South Asian Forum For Human Rights (SAFHR) gegründet, um die Grenzfläche und Interaktion zwischen Nicht-Regierungs- und Inter-Regierungs-Initiativen im Bereich Menschenrechte zu ermöglichen. Ein fünfköpfiges Komitee wurde zum Entwurf der Charta der Menschenrechte in der SAARC Region gegründet. (Rising Nepal, 20.02.1993)

Das Parlament

Die vierte Sitzungsperiode des Parlaments begann am 14. Februar 1993. Als Premierminister G. P. Koirala an das Rednerpult trat, verminderte Bharat Mohan Adhikari (NCP-UJML) und andere Abgeordnete der Oppositionsparteien, daß der Premierminister sprechen konnte. Der Sprecher (Vorsitzende) des Parlaments, Daman Nath Dhungana, ließ dann Bharat Mohan Adhikari im Namen der Opposition ein Statement abgeben, aber dem UPF-Führer Lilamani Pokhrel wurde diese Erlaubnis nicht erteilt. Als sich der Premierminister nach dieser Unterbrechung an das Parlament wandte, wurde seine Rede durch Zwischenrufe der Opposition minutenlang gestört. (Gorkhapatra, 15.02.1993)

In seiner Rede sagte der Premierminister, daß die Regierung die Resolution des Tanakpur-Akkords in dieser Sitzung zur Ratifizierung vorlegen werde und appellierte an die Opposition zur Kooperation in der Aufgabe der nationalen Entwicklung. Er sagte auch, daß aufgrund der Verschiebung des Gipfeltreffens der SAARC-Länder in Dhaka, ein Gespräch mit dem König von Bhutan über die Frage der bhutanischen Flüchtlinge in Nepal nicht möglich war. Nepal müsse eine politische Atmosphäre schaffen, in der die Flüchtlinge mit Würde in ihr Land zurückkehren könnten. Die Anzahl der Flüchtlinge sei wieder gestiegen; infolgedessen würden die

Umwelt, die sozialen Strukturen und die Wirtschaft negativ beeinflusst. Die Frage würde jetzt noch komplizierter, da von den verantwortlichen Behörden der bhutanischen Regierung verwirklichte und widersprüchliche Aussagen gemacht würden. Er hoffte, daß die bhutanische Regierung ernsthaft Schritte zur Problemlösung einleiten werde.

Der Premierminister erwähnte auch, daß die Beziehungen zu Indien in den letzten Monaten noch intensiver geworden seien. Er referierte über den Besuch des indischen Premierministers, Narsimha Rao, in Oktober 1992. Nepals Freundschaft mit China sei auch stärker geworden. Die Entwicklungsprojekte in Nepal mit chinesischer Kooperation machen Fortschritte. (Gorkhapatra, 15.02.1993)

Wirtschaftliche Indikatoren

Während der ersten 7 Monate des Wirtschaftsjahres, die am 11. Februar 1993 endeten, stieg Nepals Export um 35,6 Prozent gegenüber der gleichen Periode 1991-1992 und erreichte die Gesamtsumme von 9,750.0 Millionen Rupien. Ebenso stieg der Import um 6,7 Prozent und erreichte 19,655.0 Millionen Rupien. Während beim Export nach Indien ein Rückgang von 1 Prozent zu verzeichnen war und 952.8 Millionen Rupien erreichte, stieg der Export in andere Länder um 41,3 Prozent und erreichte 8,798.0 Millionen Rupien. Der Import aus Indien stieg um 5,7 Prozent und erreichte 7,065.7 Millionen Rupien, während der Import aus anderen Ländern um 7,3 Prozent stieg und 12,589.3 Millionen Rupien erreichte.

Tourismus

Während des Jahres 1992 kamen insgesamt 319,922 Touristen nach Nepal. Dies ist eine Steigerung von 9,2 Prozent gegenüber der Zahl des Vorjahres. Es kamen 288.880 Personen bzw. 90,3 Prozent auf dem Luftweg, 221.174 Touristen kamen aus Drittländern, davon kamen

* * * * *

Nepal-Indien

Hari Karki und Karl-Heinz Krämer

Tanakpur

Vom 5.-10. Dezember 1991 hatte sich Premierminister Girija Prasad Koirala auf Staatsbesuch nach Indien begeben. Hauptanliegen war die Erneuerung der Handels- und Transitverträge gewesen, die im März 1989 ausgelaufen waren. Damals hatte die indische Rajiv-Gandhi-Regierung auf einer Zusammenlegung der Verträge beharrt, wie es bis 1978 üblich gewesen war. Schließlich war es zur indischen Wirtschaftsblockade gekommen, welche die städtische Bevölkerung und die Umwelt Nepals hart getroffen hatte. Nun wurden am 6. Dezember 1991 doch

98.748 Reisende aus Indien. (Gorkhapatra, 29.01.1993)

Kinderarbeit

Am 16. Februar 1993 berichtete die Tageszeitung The Rising Nepal, daß 20 Teppich-Fabriken, mit je einem Bußgeld von 5.000 Rupien belegt wurden, da diese Kinder unter 14 Jahren beschäftigt hatten. Die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren ist ein Verstoß gegen den Labor Act.

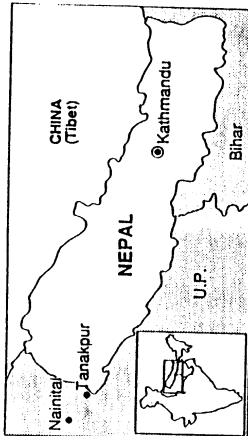
Generalestreik in Kathmandu Tal

Am 14. März 1993 organisierte die Sechse-Parteien-Allianz, bestehend aus NCP-UJML, UPPN, NWPPP, Masal, Nepal Communist League und die Marxist-Leninist-Maoist-Group der NCP einen Generalstreik im Kathmandu Tal, mit der Forderung des Rücktritt des Premierministers G. P. Koirala wegen der Tanakpur-Frage und anderen Anliegen für die die Nation kämpft. Umzüge und Demonstrationen fanden an verschiedenen Orten in Kathmandu, Lalitpur und Bhaktapur statt. Der Streik verlief zum größten Teil friedlich, aber über sporadische Fälle von Gewalttätigkeiten und Brandstiftung wurde auch berichtet. So steckten z. B. einige Personen die Telefonverleiherstelle in Bhotahizi/Kathmandu in Brand. Sie attackierten die Polizei mit Ziegelsteinen. Acht Personen wurden daraufhin verhaftet. Nach der 'Balmiki Campus Unit der Nepal University Teacher's Association', drangen einige Demonstranten in das 'Balmiki Sanskrit Campus' in Kathmandu ein und zerstörten Sitzmöbeln, Telefone und anderes Eigentum des Campus. Sie schlugen Dozenten, Angestellte und Studenten des Campus.

Nach Angaben des Pressesprechers des Innenministeriums wurden 15 Personen in Kathmandu und Lalitpur verletzt. 25 Personen wurden verhaftet, einschließlich einer Person, die in eine Messerstecherei verwickelt war. (Gorkhapatra, 03.1993)

getrennte Verträge über Handel und Transit abgeschlossen.

Im Verlauf des Staatsbesuchs wurde aber auch eine Reihe anderer Verträge geschlossen. So wurden u.a. auch Vereinbarungen über die gemeinsame Nutzung der Wasserressourcen getroffen. Damals ahnte noch niemand, daß genau dieser Punkt Anlaß zu der bisher wohl schwersten Krise der G.P. Koirala-Regierung werden sollte.



Tanakpur an der Grenze zwischen Indien und Nepal

Bereits am 17. Dezember 1991, also nur wenige Tage nach der Unterzeichnung des Abkommens, hatte der NCP (UJML) nahestehende Rechtsanwalt B. K. Neupane eine Petition eingereicht, um über das Übereinkommen, das Premierminister Girija Prasad Koirala während seines Besuchs in Indien im Dezember 1991 bezüglich Tanakpur und anderen Wasserressourcenprojekten unterzeichnet hatte, entscheiden zu lassen. Neupane begründete, daß die Tanakpur-Frage nach Artikel 126 (2) der Verfassung von 1990 als Vertrag einzustufen sei und demnach durch eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Abgeordneten beider Häuser des Parlaments in einer gemeinsamen Sitzung zu ratifizieren sei.

Art. 126 (2) der Verfassung von 1990 unterscheidet zwischen zwei Kategorien von Verträgen und Vereinbarungen mit anderen Staaten. Zur ersten Kategorie zählen solche, welche Frieden und Freundschaft, Verteidigung und strategischer Allianz, die nationalen Grenzen sowie die natürlichen Ressourcen, ihre Verteilung und ihren Nutzen betreffen. Alle diesbezüglichen Verträge und Vereinbarungen bedürfen gemäß Artikel 126 (2) der Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder der beiden Häuser des Parlaments in einer gemeinsamen Sitzung. Zur zweiten Kategorie des Artikels 126 (*) gehören Verträge und Vereinbarungen mit anderen Staaten, die sich nicht in ernsthafter Weise oder auf langfristiger Basis auf das Land auswirken, sondern nur ordinärer Natur sind. Diese bedürfen zur Ratifizierung lediglich der einfachen Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Repräsentantenhauses.

Premierminister Girija Prasad Koirala hatte zunächst eine Vorlage der Tanakpur-Vereinbarung vor dem Parlament grundsätzlich abgelehnt, da es sich dabei nur um eine Absprache und nicht um ein Abkommen mit Indien handelte. Gleich in den ersten Tagen der Wintersession

des nepalischen Parlaments, im Frühjahr 1992, kam es daher zu Disputen über die Vorlage aller Dokumente zu den Vertragsvereinbarungen mit Indien vom Dezember 1991. Premierminister Koirala hatte nun doch eine Vorlage derselben in seiner Eröffnungsrede angekündigt, die Opposition, mit Ausnahme der Nepal Sadbhavana Party, bestand jedoch auf einer sofortigen Vorlage und bekräftigte dies durch geschlossenes Verlassen des Sitzungssaales und lautstarke Protestkundgebungen innerhalb des Plenums. Schließlich wurden die Verträge und Vereinbarungen am 13. März von Premierminister Koirala dem Parlament vorgelegt. Die oppositionelle NCP (UJML) verlangte eine Debatte und Abstimmung über die Verträge entsprechend Artikel 126 der Verfassung, was seitens der Regierungspartei als nicht notwendig angesehen und daher abgelehnt wurde.

Die Opposition beharrte auf der Meinung, daß es sich bei der Tanakpur-Angelegenheit um ein Abkommen und nicht um eine bloße Absprache mit Indien handele; da dieses Abkommen über nepalisches Territorium entscheide, müsse gemäß Artikel 126 (2) die Angelegenheit vom Parlament mit Zweidrittelmehrheit ratifiziert werden.

Der für die Petition B. K. Neupane zuständige Oberste Gerichtshof ließ sich mit seiner Entscheidung ein ganzes Jahr Zeit. Unterdessen kam es immer wieder zu Protestaktionen und Demonstrationen zugunsten einer Abstimmung gemäß Artikel 126 (2), welche insbesondere von den linken Oppositionsparteien organisiert wurden. Eine der spektakulärsten Aktionen war eine Fahrrad-Rally von Mahendranagar in Westnepal nach Kathmandu, welche im Oktober 1992 im Vorfeld des Staatsbesuchs des indischen Premierministers Narasimha Rao von der NCP (UJML) initiiert wurde. Als Abschluß der Rallye war die Überreichung eines Protestschreibens an den indischen Premierminister vorgesehen. Die Teilnehmer der Rallye wurden jedoch am 15. Oktober auf Anweisung der lokalen Verwaltung in Kawsoti (Distrikt Nawalparasi) verhaftet, ehe sie das Ziel ihrer Fahrt überhaupt erreichen konnten. In der Folge artete eine Protestdemonstration von einigen hundert Personen in Gewalttätigkeiten aus. Die Polizei setzte Schlagstöcke, Tränengas und Schußwaffen ein, um die Menge auseinanderzutreiben. Acht Personen wurden verletzt. Die verhafteten Teilnehmer der Rallye wurden am 18. Oktober wieder freigelassen.

Das Forum for Protection of Human Rights (FOPHUR) kam bei einer Untersuchung der Zwischenfälle zu folgendem Ergebnis: "Beamte der Distriktverwaltung erklärten die Teilnehmer und Unterstützer der Rallye zu anti-nationalen Elementen. Entgegen der amtlichen Version wurde bei dem Zwischenfall kein Polizist verletzt. Es stimmte auch nicht, wie von offizieller Seite behauptet wurde, daß anti-soziale Elemente den Verkehr lahmgelegt und die Polizei mit brennenden Fackeln und Speeren angegriffen hätten. Wahr ist vielmehr, daß lokale Bevölkerung die Straße mit Tischen, Stühlen und Steinen blockiert hatte. Die Polizei eröffnete das Feuer ohne

jede Vorwarnung." (Samaj, 4.11.1992). Dieser Untersuchungsbericht von FOPHUR wurde dem Premierminister überreicht.

Auch INSEC (Informal Sector Service Centre), eine andere menschenrechtsbezogene Organisation in Kathmandu, führte eine gründliche Untersuchung des Vorfalls durch und kam dabei zu folgendem Ergebnis: Die 12 Teilnehmer der Fahrrad-Rally wurden am 15. Oktober auf Veranlassung der lokalen Verwaltung ohne Angabe von Gründen (Eine Anklageschrift wurden ihnen entgegen den Vorschriften der Verfassung erst nach 32 Stunden überreicht.) verhaftet, offensichtlich, um das Ziel der Rally, die Überreichung des Memorandums zur Tanakpur-Frage an den indischen Premierminister, zu verhindern. Daraufhin kam es zu Agitationen der lokalen Bevölkerung; man blockierte die Straße und versuchte so die Freilassung der Verhafteten zu bewirken. Die örtliche Verwaltung bemühte sich nicht um eine friedliche Beilegung des Konflikts. 15 Minuten nachdem die Polizei auf der Szene erschien, begann sie ohne Vorwarnung zu schießen. Die Polizeioffiziere bemühten sich nicht um den Einsatz friedlicher Mittel. Die Schüsse der Polizei wurden mit Steinwürfen der Demonstranten beantwortet. Der CDO (Chief District Officer) Narayan Jha bezeichnete INSEC gegenüber die Demonstranten als militante Kräfte, die auf den Polizeiangriff bestens vorbereitet gewesen seien. Er war jedoch nicht in der Lage, diese militanten Gruppen und ihre Bewaffnung näher zu bezeichnen. INSEC konnte keine militanten Organisationen in der Gegend ausfindig machen. Die Demonstration war ganz offensichtlich eine spontane Reaktion auf die Verhaftungen gewesen. INSEC konnte 15 Einschüßlöcher in den umliegenden Hauswänden und Dächern feststellen. Nach Aussage eines Polizisten wurden 32 Schüsse abgegeben und 10 Tränengasgranaten geworfen. 8 Personen wurden durch die Polizeischüsse verletzt. Die Zahl der Demonstranten betrug etwa 250-300 unbewaffnete Personen. Ihnen standen etwa 250 bewaffnete Polizisten gegenüber. Auf der Grundlage der Untersuchung und der Interviews mit Opfern und Augenzeugen kam INSEC zu dem Schluß, daß für die Polizei keine Notwendigkeit zum Schießen bestand.

Auch wenn dies weder von nepalischer noch von indischer Seite offiziell zugegeben wurde, so hinterließen die Protestaktionen der Opposition offensichtlich doch ihre Wirkung. So wurden die Vereinbarungen zu Tanakpur während des Besuchs des indischen Premierministers erneut überarbeitet. Gegenüber den ursprünglichen Vereinbarungen vom 4.5.12.1991 wurde u.a. klargestellt, daß das betroffene nepalische Gebiet unter der Souveränität und der Kontrolle Nepals verbleiben würde.

Die Abtretung von nepalischem Territorium an Indien in Zusammenhang mit dem Tanakpur-Wasserkraftprojekt wurde am 7./8. September im nepalischen Parlament abermals heiß diskutiert, nachdem die eingesetzte Sonderkommission unter Leitung des stellvertretenden Parlamentsprechers, Mahanta Thakur, ihren Bericht vorgelegt hatte. Nachwievorr beharrte die Oppo-

sition auf der Meinung, daß es sich um ein Abkommen und nicht um eine bloße Absprache mit Indien handle; daher müsse die Angelegenheit vom Parlament ratifiziert werden. Zur Durchsetzung ihrer Forderung schlossen sich acht Oppositionsparteien - NCP (UML), NCP (Unity Centre), NCP (Masali), NCP (United), NCP (MLM), NCP (Amatyala), Nepali Communist League und Nepal Workers and Peasants Party - zu einer Allianz zusammen. Ab 9. September sollte eine öffentliche Protestkampagne beginnen. Laut Oppositionsführer Man Mohan Adhikari (NCP-UML) sollte der Protest auf der Grundlage von Demokratie und Verfassung organisiert werden.

Vom 22.-24. September fand vor dem Obersten Gerichtshof endlich eine Anhörung zu einer schriftlichen Petition bezüglich der Gültigkeit der Verträge, Vereinbarungen und Übereinkünfte zwischen Nepal und Indien vom Dezember 1991 statt. Eine Entscheidung wurde zunächst für den 3. November erwartet. Am 3.11. vertagte der Oberste Gerichtshof seine Entscheidung und forderte stattdessen Anklage (Rechtsanwalt Bal Krishna Neupane) und Verteidigung auf, bis zum 10. November Stellungnahmen zu den jüngsten indisch-nepalischen Vereinbarungen abzugeben.

Am selben Tag erklärte Premierminister Girija Prasad Koirala vor Studentinnen der Nepal Students Union, der Studentenorganisation des Nepali Congress: "Das Tanakpur-Problem ist ein Test für den Nepali Congress. Wenn in diesem Zusammenhang etwas geschieht, wird die Entwicklung der Nation um 25 Jahre zurückgeworfen. Es liegt mir jedoch fern, mit dieser Bemerkung Einfluß auf die Gerichtsbarkeit auszuüben." (Gorkhapatra, 4.11.1992)

Die Anhörung vor dem Obersten Gerichtshof fand am 10. und 12. November statt und wurde am 17. und am 20. November fortgesetzt. Dann wurde eine Entscheidung für den 15. Dezember angekündigt.

Als am 10. November in Dhangadi die NCP-UML Protestdemonstrationen gegen den anwesenden Premierminister G.P. Koirala wegen der Tanakpur-Frage organisierten, wurden 42 Mitarbeiter der Partei, darunter der Oberhaus-Abgeordnete Prem Singh Dhama, verhaftet.

Am 15. Dezember 1992 verkündete der Oberste Gerichtshof das lang erwartete Urteil in Bezug auf die Tanakpur-Frage. Das Urteil anerkennt die Tanakpur-Frage als einen Vertrag innerhalb des Umfanges des Artikels 126 (2). Das Urteil spezifiziert nicht, ob dieser Vertrag der Zwei-Drittel-Mehrheit der gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Parlaments bedarf oder lediglich einer einfachen Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Repräsentantenhauses. Es heißt in dem Urteil: "Es ist die Pflicht der Regierung Verträge über Vereinbarungen, die von ihr abgeschlossen wurden, entsprechend der Verfassung durch das Parlament ratifizieren, billigen, zustimmen oder akzeptieren zu lassen. Es ist das Recht und auch die Pflicht der Regierung, die Vorschläge für eine solche Zustimmung in einer gemeinsamen Sitzung des Parlaments oder in einer Sitzung des Repräsentantenhauses vorzulegen. Es ist

nicht richtig, daß das Gerichtswesen an die Regierung Weisungen gibt, eine Entscheidung über die Gültigkeit irgendeines Vertrages oder Vereinbarung zu fällen, bevor solche ratifiziert, zugestimmt etc. wurden. Solche Handlungen des Gerichtswesens stünden im Gegensatz zum parlamentarischen System der Regierung und der parlamentarischen demokratischen Prozesse." (Rising Nepal, 16.12.1992)

Bei der Urteilsverkündung waren viele Zuschauer anwesend. Als Reaktion auf dieses Urteil formierte sich ein Demonstrationszug, dem sich auf seinem Weg nach Bhadrakali/Katmandu immer mehr Leute anschlossen. Die Demonstranten forderten den Rücktritt von Premierminister Girija Prasad Koirala. Auf der anschließenden Kundgebung versammelten sich mehr als 40000 Demonstranten. Auf dieser Kundgebung forderte unter anderem Jhal Nath Khanal, ein Parlamentsabgeordneter der NCP-UML, den Rücktritt des Premierministers.

Nach der Urteilsverkündung gab die Regierung eine Pressemitteilung heraus, in der bekanntgegeben wurde, daß die Tanakpur-Frage in der nächsten Sitzung des Parlaments zur Ratifizierung vorgelegt wird.

K. P. Bhattarai, Präsident des Nepali Congress, äußerte sich, daß das Urteil des obersten Gerichtshofs die Würde des Parlaments hervorhebe und daß der größte Erfolg sei, daß es die Regierung wachsam gemacht habe. Nach der Entscheidung, ob die Ratifizierung einer Zwei-Drittel-Mehrheit bedürfe oder der einfachen Mehrheit, müsse die Regierung den Vertrag im Parlament vorlegen.

Madan Bhandari, der Generalsekretär der NCP-UML sagte, daß das Urteil des obersten Gerichtshofs beweise, daß die Regierung von G. P. Koirala Verfassung und Recht mit Füßen getreten habe. G. P. Koirala habe keine weitere moralische Autorität, im Amt des Premierministers zu verbleiben. Er solle sofort zurücktreten. Der Nepali Congress habe die Mehrheit im Parlament. In dieser Situation müsse er einen angemessenen Respekt gegenüber der demokratischen Idee und der Moral haben und eine politische Lösung für diese Probleme finden. (Dristi, 16.12.1992)

Die Nepal Sadbhavana Party begrüßte die Entscheidung des Gerichts. Sie begrüßte, daß der Premierminister G. P. Koirala damals die Initiativen ergriffen habe, jedoch sei bei solchen Handlungen Vorsicht geboten und auf den maximalen Vorteil für das Land zu achten. Das Urteil des obersten Gerichts zeige, daß die Regierung das Parlament übergangen und die Rechte des Volkes auf Information ignoriert habe.

Kritiken waren in vielen Zeitungen zu lesen. Das Urteil wurde in seiner historischen Bedeutung begrüßt, jedoch gab es große Kritik an der Regierung. Dristi (16.12.1992) schrieb: "Das Urteil wendet sich gegen die verärrliche Regierung der Nepali Congress Partei, geführt von G. P. Koirala, der anstrebt, Nepals Wasserressourcen durch ein ungleiches Abkommen, durch Überrollen des Geistes der Volksbewegung und der

Verfassung und Lügen, an Indien auszuhändigen." Janadesh Weekly berichtete am 16.12.1992: "Das historische Urteil hat das wahre Gesicht von Premierminister G. P. Koirala und seiner Partei gezeigt. Es ist jetzt klar, daß Premierminister G.P. Koirala und seine Partei bestrebt war, die Nation irrezuführen. Er raubte dem Volk das Recht auf Information und wertete die nationalen Interessen ab. Der Standpunkt, den Premierminister G. P. Koirala vertreten hatte, war falsch und basislos. Dies kann als ideologische Niederlage genommen werden. Er muß daher aus moralischen Gründen sofort zurücktreten."

Am 21.12.1992 entschieden die vier Parteien der linken Allianz NCP-UML, UPP, Masal und NWPP, eine landesweite Agitation, um den Rücktritt von Premierminister G. P. Koirala und Anstrengungen zur Bildung einer nationalen Übereinstimmung über die Tanakpur-Frage mit gebührender Rücksicht auf die nationalen Interessen durch Gespräche mit einer neuen Regierung zu führen. Die Allianz plante landesweite Demonstrationen und Umzüge zwischen dem 25. Dezember 1992 und dem 12. Januar 1993. (Samaj, 22.12.1992)

In einem Interview äußerte der Präsident der NCP-UML, Man Mohan Adhikari: "Wir fordern den Premierminister zum Rücktritt aus moralischen Gründen auf. Die Lösung der Probleme kann gefunden werden, wenn ein neuer Premierminister den Dialog mit der Opposition beginnt. Der Nepali Congress folgt in der Frage nach der Beziehung zu Indien der gleichen Linie wie der Premierminister. Aber es ist G. P. Koirala, der in seiner dienstlichen Eigenschaft einen Fehler gemacht hat. Aus diesem Grund ist die Agitation auf ihn ausgerichtet. Die Tanakpur-Frage ist mit unserer Souveränität verbunden. Es betrifft unsere Wasserressourcen und unser Land. Daher muß die Verteilung von Wasser und Energie nach internationalem Recht entschieden werden. Wir glauben, Verträge müssen mit Indien auf einer Basis, in der unsere Rechte gewahrt sind, unterschrieben werden. Der Tanakpur-Damm ist auf indischem Territorium. Wir können Indien nicht hindern, auf seinem Territorium auf dem Flusse von Nepal nach Indien fließen, ein Projekt zu errichten. Was wir wollen ist nur eine gerechte Verteilung. Wir können nicht dagegen vorgehen, was bereits gebaut ist. Ein Vertrag muß unterzeichnet werden. Wir werden nicht gegen einen Vertrag in der Tanakpur-Frage sein. Solche Verträge müssen auch unterzeichnet werden in Hinsicht auf Panchesar und andere Projekte. Wir sagen nicht, daß wir keinen Vertrag mit Indien unterzeichnen wollen oder daß wir kein Interesse an solchen Projekten wie Panchesar hätten." (Deshantara, 27.12.1992)

Ein spezielles Komitee in Bezug auf die Tanakpur-Frage, bestehend aus vier Ministern, wurde unter Vorsitz von Minister Ram Chandra Poudel, Minister für Local Development and Agriculture, gebildet, um Konsultationen über die Tanakpur-Frage mit den verschiedensten politischen Parteien, Intellektuellen und Rechtsexperten auf nationaler Ebene zu erzielen.

(Gorkhapata 6.1.1993)

Am 11. Januar 1993 nahm das Komitee seine Arbeit auf. An jenem Tag wurden Diskussionen mit Repräsentanten des Nepali Congress, der National Democratic Party, der Nepal Sadbhavana Party und der Nepal Communist Party (United) aufgenommen. Die linke Allianz verweigerte bis zum Rücktritt von Premierminister G. P. Koirala das Gespräch und kündigte am 14.1.1993 die zweite Phase der Agitation an.

Am 16. Januar 1993 fand eine Sitzung mit Rechtsexperten in Kathmandu statt. Die Experten rieten der Regierung zur Bildung eines Bewertungskomitees, um die notwendige Bewertung vorzunehmen, bevor die Dokumente im Parlament vorgelegt werden.

Am 18. Januar 1993 wurde Devendra Kumar Sharma, der Vorsitzende des Banke Unit des Nepal Sadbhavana Vidyarthi Manch, dem studentischen Flügel der Nepal Sadbhavana Party, unter Public Offences and Penalties Act verhaftet, während er Slogans an die Wand kritzelte. (Gorkhapatra 26. u. 27. 01.1993)

Am 24. Januar 1993 in der zweiten Phase der Agitation organisierte die linke Allianz Demonstrationen in Kathmandu und andernorts, mit der Forderung nach dem Rücktritt des Premierministers G. P. Koirala.

Am 28. Januar 1993 bildete die Regierung ein elfköpfiges Evaluation-cum-Advisory Committee unter dem Vorsitz von Prof. Lok Raj Baral zur Bewertung der Tanakpur-Frage, hinsichtlich des Urteil des Obersten Gerichts.

Am 7. Februar 1993 verbrannte die linke Vier-Parteien-Allianz eine Puppe in Gestalt von Premierminister G. P. Koirala und forderte den Rücktritt des Premierministers. (Naya Nepal Post, 08.02.1993). Etwa 15 Mitarbeiter der United People's Front Nepal wurden während der Protestdemonstrationen in Damauli verhaftet, darunter auch der Vorsitzende der Tanahun District Unit, Shri Ram Dhakal (Samsaj, 08.02.1993). Die

* * * * *

Öffentlichkeitsveranstaltung / Mitgliederversammlung

Am Sonntag, dem 23. Mai 1992 findet im Anschluß an die Öffentlichkeitsveranstaltung zum Thema "Kinder in Südasien" in Dortmund unsere diesjährige Mitgliederversammlung statt (s. gesonderte Einladung). Auf dieser Versammlung sollen u. a. folgende Themen besprochen werden:

- Arbeitsgruppen / Themenzuständige
- Auf unserer ersten Vollversammlung 1990 wurden folgende themenbezogene Arbeitsgruppen definiert und Koordinatoren für die Arbeitsgruppen benannt:
 - Ethnisch-sprachliche Probleme (Silke Wolf)
 - Wirtschaftliche und soziale Menschenrechte, Berufsausbildung (Egon Bender)
 - Frauenrecht (Alexandra Plüschke)
 - Bildungs- und Schulwesen, Kinderrechte (Ingrid Decker)
 - Gefangene (Alexandra Plüschke)
 - Umwelt (Ludmilla Tütting)

Zeitung Janadesh berichtete am 09.02.1993, daß elf Personen in Jaleswar und eine Person in Bharatpur verhaftet wurden.

Am 22. Februar 1993 wurden Kopien des Reports des Baral-Komitees über die Bewertung des Tanakpur-Abkommens den Parlamentsabgeordneten zur Verfügung gestellt. Der Bericht wurde am 26.02.1993 im Gorkhapatra abgedruckt. Er beinhaltet, daß das Tanakpur-Abkommen mit Indien aus legalen und Verfassungsgesichtspunkten gewöhnlicher Natur war und keine breite, ernsthafte oder größere längerfristige Auswirkung hinsichtlich der natürlichen Ressourcen des Landes und ihrer Ausnutzung habe. D. h. mit anderen Worten: Das Tanakpur-Abkommen bedarf nur der einfachen Mehrheit der Abgeordneten des Repräsentantenhauses. Der Nepali Congress bedürfte in diesem Fall nicht der Kooperation der Oppositionsparteien.

In einem Interview in einer Zeitschrift Arati am 25. März 1993 sagte der Oppositionsführer und Vorsitzende der NCP-UJML Man Mohan Adhikari: "Wir sind zur Zusammenarbeit mit dem Nepali Congress bereit, um einen Nationalkonsens zu finden, wenn Girija Prasad Koirala von Daman Nath Dhungana als Premierminister abgelöst wird. Wir sind ebenso bereit, über das Tanakpur-Abkommen auf der Basis von einer Zweidrittel-Mehrheit abzustimmen, aber wir möchten nicht die Hartnäckigkeit des G. P. Koirala unterstützen. Wir sind bereit eine andere Person vom Nepali Congress als Premierminister zu akzeptieren". Er fügte hinzu: "Wenn eine Gruppe von 30 bis 35 Parlamentsabgeordneten des Nepali Congress unter die Führung von Daman Nath Dhungana nach vorne käme und wenn K. P. Bhattarai diese unterstützte und uns um die Bildung einer Koalitionsregierung bäte, würden wir sicherlich darüber nachdenken. Wir sind darauf vorbereitet, in das Ministerkabinett einzutreten, um unsere Zusammenarbeit bei den der Nationalentwicklung zu erweisen".

* * * * *

- Familienplanung/Gesundheit/Hygiene (Lhakpa Sherpa-Krämer)
- Opfer der Demokratiebewegung (Hildegard Möller-Karki)

Echte Arbeitsgruppen haben sich jedoch in keinem einzelnen Fall gebildet. Die erarbeiteten Ergebnisse wurden von den mit der Koordination der jeweiligen Arbeitsgruppe beauftragten Personen in Einzelarbeit erstellt.

Um diesen Erfahrungen Rechnung zu tragen und die personelle Zuständigkeit zu unterstreichen, wird vorgeschlagen, in Zukunft den Begriff "Themenzuständiger" zu verwenden und die themenbezogenen Arbeiten jeweils einer Einzelperson zuzuordnen. Sofern sich für die Arbeiten Gruppen bilden, so erfolgt dieses informell, d.h. Ansprechpartner bleibt die/der Themenzuständige.

Mit der Zuordnung zu Fachthemen werden jedoch keine Monopolstellungen vergeben, d. h. jedes Mitglied bleibt aufgefordert, sich in allen Themen zu engagieren. Empfohlen wird jedoch, dieses nach Möglichkeit in Absprache mit der/dem Themenzuständigen zu tun.

Die Zuordnungen der Themengebiete zu Personen soll auf der Vollversammlung neu festgelegt werden. Themenzuständige sollten bevorzugt Personen werden, die auf der Vollversammlung ihr beabsichtigtes Vorgehen offenlegen bzw. zur Vollversammlung einen entsprechenden Brief zusenden.

Regionalgruppen

Regionalgruppen können die Möglichkeiten räumlicher Nähe nutzen und bieten sich deswegen zur Kollektivarbeit an. In der letzten Vollversammlung wurde die Gründung folgender Regionalgruppen vorgesehen:

- Köln/Bonn (Iris Rauver)
- Heidelberg (Martina Maier, Silke Wolf)
- Stuttgart (Martina Maier)
- Duisburg (Ludwig Debusch)
- Frankfurt (Peter Becker)

Die Geschäftsführerin hat diejenigen, die sich zur Koordination der jeweiligen Regionalgruppe bereit erklärt hatten, angeschrieben. Das Feedback ist bisher ausgeblieben.

Jeweils ein Koordinator für eine Regionalgruppe in Berlin und in München wurde bisher nicht gefunden. Interessierte mögen sich bitte melden.

Für den Aufbau von Regionalgruppen erscheint eine Starthilfe durch den Vorstand / Beirat unerlässlich. So sollte z. B. eine erste Öffentlichkeitsveranstaltung, durch die interessierte kennengelernt werden können, durch Beiträge von Vorstand / Beirat unterstützt werden.

Vereinsinterne Info-Dienste

* * * * *

In der letzten Vollversammlung wurden folgende vereinsinternen Info-Dienste definiert und einige Mitglieder hatten sich bereit erklärt, diese Aufgabe wahrzunehmen:

- Kontakte in Nepal: Hari Karki, R. Thapa
- europäische und intrn. Organisationen: ---
- Presse, Funk, TV: ---
- nepalische Medien: ---
- Literatur: ---
- nepalische Literatur: R. Thapa, Hari Karki
- nepal-bezogene Organisationen: ---
- in Deutschland lebende Nepali: Dhamala, Thapa, Karki
- Tourismus: ---
- Internationales Menschenrecht: Egon Bender
- Diplomaten, Konsulate: Hari Karki, R. Thapa

Workshops

Workshops (bzw. Seminare) mit konkreter Themenstellung sollten ein wesentlicher Bestandteil unserer Öffentlichkeitsarbeit sein. Die Workshops sind grundsätzlich offen auch für Nichtmitglieder und sollten an unterschiedlichen Orten im Bundesgebiet durchgeführt werden. Anregungen zu Workshops sollten dem Vorstand zugesandt werden.

Die Kombination der Workshops mit einer Beiratung bietet sich an. Workshops können auch beim Aufbau von Regionalgruppen helfen (siehe oben).

Gestaltung des Rundbriefes

Folgende Fragen zum Rundbrief sollten auf der Vollversammlung beantwortet werden:

1. In welchen Themenbereichen ist der Rundbrief zu detailliert bzw. zu umfangreich? Welche Themenbereiche könnten entfallen?
2. Welche Themenbereiche sollten detaillierter ausgearbeitet werden? Welche Themenbereiche sollten zusätzlich aufgenommen werden?
3. Sollte der Umfang der Originalinformationen erhöht werden? Ist dieses finanziell vertretbar?
4. Sollte dazu Übergangene werden, anstatt der teilweise umfangreichen (und arbeitsaufwändigen) Zusammenfassungen nur noch Übersichten mit Quellenangaben zu erstellen (Kopien könnten dann über den Vorstand bezogen werden)?
5. Wie können mehr Mitglieder zum Erbeiten von Beiträgen im Rundbrief motiviert werden? Welche organisatorischen Maßnahmen sind erforderlich?